



Kulturpolitische Mitteilungen | Beiheft 3 | 2004

Braucht Europa eine Außenkulturpolitik?

Eine Studie von Kathinka Dittrich van Weringh und Ernst Schürmann

Does Europe need a Cultural Foreign Policy?

A Study of
Kathinka Dittrich van Weringh
and Ernst Schürmann



Kulturpolitische Gesellschaft e.V.

Die Studie »Braucht Europa eine Außenkulturpolitik?« ist von Dr. Kathinka Dittrich van Weringh und Ernst Schürmann erstellt worden.

Sie erscheint zusammen mit den Kommentaren von Lord MacLennan of Rogart und Nina Obuljen sowie den Zusammenfassungen der Gespräche von Jacques Delors und Anne-Marie Autissier als Beiheft 3 der Kulturpolitischen Mitteilungen, der Zeitschrift für Kulturpolitik, die vom Vorstand der Kulturpolitischen Gesellschaft herausgegeben wird.

Die Übersetzung der Texte und der Druck der Dokumentation wurden freundlicherweise vom Goethe-Institut und von der Europäischen Kulturstiftung (Amsterdam) finanziert.



Impressum

Herausgeber

Kulturpolitische Gesellschaft e.V.
Weberstraße 59a
53113 Bonn
Fon 0228/20167-0
Fax 0228/20167-33
post@kupoge.de
www.kupoge.de

Redaktion

Dr. Kathinka Dittrich van Weringh

Gestaltung

Umschlag: Künkel / Büro für Gestaltung
Innenteil: Ralf Brünglinghaus

Schutzgebühr: 7,50 €

© 2004

Kulturpolitische Mitteilungen.
Zeitschrift für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft.
Beiheft 3 Auflage: 600 Exemplare

ISSN 0722-4591

**Braucht Europa eine
Außenkulturpolitik?**

**Does Europe Need a
Foreign Cultural Policy?**

Inhalt

Content

Vorwort 7 <i>Oliver Scheytt / Norbert Sievers</i>	Preface 47 <i>Oliver Scheytt / Norbert Sievers</i>
Braucht Europa eine Außenkulturpolitik? 9 <i>Kathinka Dittrich van Weringh und Ernst Schürmann</i>	Does Europe Need a Foreign Cultural Policy? .. 49 <i>Kathinka Dittrich van Weringh and Ernst Schürmann</i>
Braucht Europa eine kulturelle Botschaft? 37 <i>Lord MacLennan of Rogart</i>	Does Europe need a cultural message? 75 <i>Lord MacLennan of Rogart</i>
Auswärtige Kulturpolitik als Instrument zur Förderung kultureller Vielfalt 39 <i>Nina Obuljen</i>	Foreign cultural policy as a tool for the promotion of cultural diversity 77 <i>Nina Obuljen</i>
Braucht Europa eine komplementäre Außenkulturpolitik? 43 <i>Zusammenfassung eines Gesprächs zwischen Jacques Delors und Kathinka Dittrich van Weringh</i>	Does Europe need a complementary cultural foreign policy? 81 <i>A summary of a conversation between Jacques Delors and Kathinka Dittrich van Weringh</i>
Braucht Europa eine komplementäre Außenkulturpolitik? 45 <i>Zusammenfassung eines Gesprächs zwischen Anne-Marie Autissier und Kathinka Dittrich van Weringh</i>	Does Europe need a complementary cultural foreign policy? 83 <i>A summary of a conversation between Anne-Marie Autissier and Kathinka Dittrich van Weringh</i>
Autoren 85	Authors 85

Vorwort

Dr. Oliver Scheytt

Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft

Dr. Norbert Sievers

Geschäftsführer der Kulturpolitischen Gesellschaft

In der Bundesrepublik Deutschland ist Kulturpolitik vor allem eine Angelegenheit der Länder und Kommunen. Über 90% der öffentlichen Kulturausgaben werden von ihnen getätigt. Staatliche Kulturförderung und -finanzierung ist hierzulande föderal und dezentral organisiert und in dieser historisch bedingten und strukturell verfestigten Besonderheit wird allgemein die Grundlage für die vielgestaltige und reiche kulturelle Landschaft gesehen. Insofern überrascht es nicht, wenn namentlich die Länder, die in ihrer verfassungsrechtlich verbürgten »Kulturhoheit« ein Kernelement ihrer Eigenstaatlichkeit sehen, eifersüchtig darauf bedacht sind, ihre vorrangige Kulturkompetenz im innerstaatlichen Verhältnis der politischen Handlungsebenen zu schützen und den kulturpolitischen Ambitionen des Bundes und der Europäischen Union mit großer Skepsis gegenüberstehen.

Dieser Kompetenzstreit hat sich seit der Einsetzung des/der Beauftragten für Kultur und Medien und eines entsprechenden Kulturausschusses im Deutschen Bundestag im Jahr 1998 noch verschärft und überlagert eine ebenso notwendige Debatte um die *Inhalte* der Kulturpolitik und ihre Positionierung im Kontext neuer gesellschaftlicher Entwicklungen und Herausforderungen. Die Fixierung der kulturpolitischen Auseinandersetzung auf ordnungspolitische Rahmenbedingungen, institutionelle Strukturen sowie Finanzierungs- und Verfahrensfragen mag notwendig sein, sie begründet jedoch auch die Gefahr, dass unter der Hand das Bewusstsein dafür schwindet, warum und zu welchem Zweck wir einer öffentlichen Kulturförderung bedürfen.

Gerade die Kulturpolitik braucht jedoch als vermeintlich freiwillige Aufgabe starke Argumente, um im Wettbewerb bei der Verteilung der Steuermittel bestehen zu können. Ihr Bedeutungsgewinn seit den 1970er Jahren verdankt sich gewiss nicht der Frage, wer welche Aufgabe in eigener Verantwortung oder gemeinsam mit anderen übernehmen sollte, sondern hat damit zu tun, dass viele Menschen überzeugt werden konnten, dass Kunst und Kultur für die Lebensqualität in den Städten und Regionen und für die Zukunftsfähigkeit der Ge-

sellschaft unverzichtbare Faktoren sind. Es scheint, dass es heute erneut notwendig ist, an diese inhaltlichen Debatten und an das Grundverständnis, dass Kulturpolitik auch Gesellschaftspolitik ist, wieder anzuknüpfen. Die kulturelle und politische Zukunft Europas ist dafür ein herausragendes Beispiel.

Die Neue Kulturpolitik, von der hier die Rede ist, hat in den vergangenen drei Jahrzehnten einen Überschuss an Ideen und Impulsen geliefert, die die Kulturpolitik in Deutschland verändert haben und in ihrer Überzeugungskraft noch heute nachwirken, auch wenn manche Erwartungen sich nicht erfüllt haben. Sie wurzelt nicht nur in einer deutschen, sondern vielmehr in einer europäischen Tradition und hat bei der Formulierung ihrer inhaltlichen Positionen von den Debatten und Anregungen des *Europarates* und der *Unesco* profitiert. Begriffe und Konzepte wie Dezentralität, Pluralität, Subsidiarität, Diversität und Identität und deren spezifische Auslegung sind Beispiele dafür. Kulturpolitik, die in dieser inhaltlichen Tradition steht, war deshalb von jeher ein europäisches Projekt, in dem die normativen Vorgaben der Aufklärung und des Humanismus verankert sind.

Warum sollten diese programmatischen Ideen in Europa nicht wieder neu begründet und gestärkt werden können? Und warum sollte nicht jene »Botschaft der Beruhigung, der Ermutigung und der Hoffnung«, die Lord MacLennan of Rogart in seinem Kommentar mit einer europäischen Außenkulturpolitik verbindet, nicht auch im Binnenverhältnis der europäischen Regionen und Staaten zu mehr Gelassenheit und Zuversicht führen, wenn es um Fragen der Zuständigkeit, Ressourcen- und Machtverteilung geht. Die Voraussetzung dafür ist jedoch, dass sich alle beteiligten Akteure in Europa wieder auf die genannten Werte und Prinzipien verständigen. Wenn Europa als »Einheit in der Vielfalt« zusammenwachsen und Bestand haben soll, dann wird es darauf angewiesen sein, sie neu zu beleben.

Auch die *Kulturpolitische Gesellschaft* hat sich seit ihrem Bestehen in diesem normativen Kontext gesehen. Ihre Programmatik ist der Friedensidee Europa und

der kulturellen Vielfalt als Leitidee verpflichtet und in ihren Aktivitäten war sie immer bemüht, Kulturpolitik nicht nur im nationalen Rahmen zu diskutieren, sondern den Horizont europäisch zu öffnen. Als Träger des *Cultural Contact Point* (gemeinsam mit dem *Deutschen Kulturrat*) sind wir unmittelbar mit Fragen der europäischen Kulturförderung befasst und können darüber ggf. auch unsere Expertise anbieten bei der Reformierung ihrer Instrumente. Die kulturelle Herausforderung, die das erweiterte Europa bedeutet, geht jedoch weit über das Programm *Kultur 2000* und die Fördermöglichkeiten aus anderen Programmen hinaus. Wenn es so ist, dass Kultur ein wesentlicher Integrationsfaktor der erweiterten Union ist, was gegenwärtig kaum jemand bestreitet, dann benötigt europäische Kulturpolitik neue Ressourcen und Instrumente, um diesen Prozess aktiv unterstützen zu können – und zwar nach innen und im Außenverhältnis. Und es bedarf kulturpolitischer Anstrengungen, die das Ziel haben, »Europa als gemeinsam empfundenen Kulturraum wieder zu entdecken und zu vermitteln. Ein Kulturraum, mit dem ›wir‹ uns trotz aller Unterschiedlichkeit identifizieren können und wo ›wir‹ uns zu Hause fühlen.« (Dittrich van Weringh/Schürmann)

Die Anstöße dazu können nicht allein aus Brüssel erwartet werden. Vielmehr sind hier alle Akteure gefordert, denen Kultur und das Projekt der europäischen Einheit am Herzen liegen, Positionen zu beziehen und Vorschläge zu entwickeln, um dadurch die Idee einer europäischen Bürgergesellschaft mit Leben zu füllen und die »emotionale Bindung an das Projekt Europa« zu stärken. Kathinka Dittrich van Weringh und Ernst Schürmann haben dies getan, indem sie Antworten auf die Frage formulieren: »Braucht Europa eine Außenkulturpolitik?« Dank ihrer langjährigen Erfahrungen in der internationalen Kulturarbeit und als Kulturdezernentin der Stadt Köln sind ihre Positionen klar und die erarbeiteten Vorschläge und Anregungen hinreichend konkret, um eine Diskussionen anstiftende Wirkung zu entfalten.

Wir haben uns deshalb als *Kulturpolitische Gesellschaft* gerne zur Verfügung gestellt, um ihren Überzeugungen und Ideen ein Forum zu geben. Das *Goethe-Institut* und die *Europäische Kulturstiftung* haben sich freundlicherweise bereit erklärt, bei der Finanzierung der Übersetzung und des Drucks der Publikation behilflich zu sein. Dafür sei Ihnen herzlich gedankt! Danken möchten wir auch den Kommentatoren Lord MacLennan of Rogart und Nina Obuljen sowie last not least Kathinka Dittrich van Weringh und Ernst Schürmann für ihre anregende Studie, von der wir uns wünschen, dass sie weite Kreise ziehen möge.

Braucht Europa eine Außenkulturpolitik?

Eine Studie von Kathinka Dittrich van Weringh und Ernst Schürmann

Inhalt

Vorbemerkung	10
I. Die Europäische Union als kulturelles Projekt nach innen und außen	10
Verzerrte Wahrnehmung von Europa	10
Europas kulturelle Aufgabe	11
Eigene auswärtige Kulturpolitik der EU – wozu?	12
Europa – ein seelenloser Wirtschaftsraum?	12
Europa – ein Bollwerk?	12
Europa – eine neue Sicherheitszone?	13
Mehrfacher »Erklärungsbedarf«	14
II. Europäische Themen in der auswärtigen Kulturpolitik – Wo die EU aktiv werden sollte	14
Die europäische kulturelle Vielfalt als Thema	14
Die EU als Thema	15
Die EU: Anreger von Themen	15
III. Die EU als Förderer und Unterstützer des kulturellen Austauschs – im Innern und nach außen	16
Die EU: ausgleichende Kraft zwischen großen und kleinen Mitgliedsländern	16
Die EU: Förderer einer Kommunikationsstruktur	16
Die EU: Förderer von gesamteuropäischen Themen und Begegnungen	16
IV. Akteure für die Umsetzung einer europäischen Außenkulturpolitik	16
Öffentliche Kulturakteure	16
Nicht-staatliche Kulturakteure	17
Das Zusammenspiel der Akteure	17
Die EU-Kommission in einer Vorreiterrolle	17
V. Instrumente bei der Umsetzung einer europäischen Außenkulturpolitik	17
Instrumente auf EU-Ebene	17
Interne Abstimmung, Kooperation, Koordination	17
Nachdruck auf der kulturellen Komponente in Verträgen mit Drittländern	18
Aktive Informationspolitik	18

Instrumente der Kommission zur Förderung von Kooperationen zwischen Mitgliedsstaaten	19
Stimulans von Kooperationen	19
Ein europäisches Kulturinstitut?	20
Die Schaffung eines Ausgleichsfonds	20
Drei Pilotprojekte	20
Erstellung eines Referenzrahmens für unterstützungswürdige Projekte	20
Instrumente der Kommission in Kooperation mit den nicht-staatlichen Kulturakteuren	21
Förderung von Kooperationen	21
Förderung von Begegnungsprogrammen	21
Instrumente der Kommission im Zusammenspiel öffentlicher und nicht-staatlicher Akteure	22
Aktive Informationspolitik: das Laboratory of European Cultural Cooperation	22
VI. Zusammenfassung	22
Anlage 1 Vorschläge für drei Pilotprojekte zur verbesserten Kooperation zwischen der EU-Kommission und den EU-Mitgliedsländern bei der Kulturarbeit mit Drittländern unter besonderer Berücksichtigung von kleinen und/oder finanzschwachen EU-Ländern	24
Anlage 2 Beispiele der Behandlung europäischer Themen in der auswärtigen Kulturpolitik aus der Arbeit des deutschen Goethe-Instituts	27
Anlage 3 Beispiel der Behandlung europäischer Thematik durch die unabhängige Stiftung: Fund for Central and East European Bookprojects (CEEBCP), Amsterdam	30
Anlage 4 Beispiel für die Ermöglichung EU-grenzüberschreitender Mobilität durch die unabhängige Europäische Kulturstiftung (ECF), Amsterdam	31
Anlage 5 Beispiel für den Versuch, kulturelle Kooperation in Europa »von unten« heraus zu stärken und zu formen – eine privat-öffentliche Allianz auf Initiative der Europäischen Kulturstiftung (ECF), Amsterdam	31
Anmerkungen	33
Schlussfolgerungen	34

Vorbemerkung

Im Folgenden handelt es sich um eine Studie für eine angedachte Machbarkeitsstudie einer schrittweise zu entwickelnden europäischen Außenkulturpolitik. Zurzeit besteht diese nur in Ansätzen. Ihre Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit wird in dem Papier begründet. Schritte zur möglichen Optimierung der gegenwärtigen Instrumente aller beteiligten Kulturakteure werden vorgeschlagen.

Diese Vorarbeit ist nicht streng wissenschaftlichen Charakters. Sie beruht vor allem auf empirischen Erkenntnissen und praktischen Erfahrungen, die sich die beiden Autoren während ihrer jahrelangen Praxis beim *Goethe-Institut* in der deutschen Außenkulturpolitik innerhalb und außerhalb Europas erworben haben. Zur »Fronterfahrung« kommt die politisch-strategische Erfahrung der Autoren. Beide waren in verantwortlicher Stellung in der Zentrale des Goethe-Instituts für die Leitlinien der Programmarbeit der Goethe-Institute im Ausland zuständig bzw. für die längerfristige Planung und Kontrolle.

Die daraus erwachsenen Kontakte erleichterten viele (manchmal auch vertrauliche) Gespräche und Interviews mit Kulturakteuren jeder Trägerschaft aus den EU-Ländern wie aus Drittländern. Sie ermöglichten auch eine Auswertung der weltweiten Kulturprogramme des Goethe-Instituts von 1997 bis 2003 unter dem Aspekt gesamteuropäischer Fragestellungen in Drittländern.

Ergänzende Einblicke in innerdeutsche sowie transnationale Vernetzungen von Städten, Regionen, Nationen brachte die Tätigkeit von Kathinka Dittrich van Weringh als Kulturdezernentin von Köln. Der Blick von außen wurde durch den Blick von innen relativiert.

Die derzeitige Tätigkeit von Kathinka Dittrich van Weringh als Vorsitzende der *Europäischen Kulturstiftung* vertiefte ihr jahrelanges europapolitisches Interesse und ermöglichte ihr den Zugang zu einschlägigen Konferenzen, Gesprächspartnern und Quellen.

Beide Autoren haben Bezug genommen auf die bislang immer noch beschränkte Fachliteratur zum Thema und die einschlägigen Entscheidungen der EU-Kommission sowie des Europarates.

Februar 2004

*Kathinka Dittrich van Weringh
Ernst Schürmann*

I. Die Europäische Union als kulturelles Projekt nach innen und außen

Beim Gipfeltreffen der Europäischen Union im Dezember 2003 in Brüssel, an der die 2004 beigetretenen Länder bereits vollberechtigt teilnahmen, kam es nicht zur Übereinkunft einer europäischen Verfassung. Das Scheitern, vor allem die Art, wie es dazu kam, beleuchtete schlaglichtartig die ganze Komplexität der gegenwärtigen Phase des europäischen Einigungsprozesses. Wieder einmal hatte sich gezeigt, wie entscheidend wichtig das Verständnis für die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Unterschiede in den einzelnen

Mitgliedsstaaten für den weiteren Einigungsprozess ist und wie stark Erwartungen und Vorbehalte durch unterschiedliche historische Erfahrungen geprägt sind. Letztlich sind das kulturelle Erkenntnisse, die künftig viel stärkere Berücksichtigung finden müssen, will Europa seinen Integrationsprozess fortführen und vertiefen. Dass es das wirklich will, hat sich zwischenzeitlich gezeigt, nachdem die erste Enttäuschung und Verbitterung verraucht war. Zur europäischen Integration hat sich auch nach dem Scheitern des Verfassungsentwurfs keine Alternative ergeben. Das Ziel, der Europäischen Union eine Verfassung und damit eine kodifizierte Identität zu geben, bleibt bestehen. »Früher oder später wird Europa eine Verfassung haben«, kommentierte der irische Regierungschef und EU-Ratspräsident in der ersten Hälfte 2004, Bertie Ahern,¹ denn, so ergänzte der vormalige französische Außenminister Dominique de Villepin in einem anderen Kontext: »Eine Verfassung muss Europa die Mittel verleihen, seinen Platz in der Welt von morgen einzunehmen.«²

Welchen Platz kann und will Europa aber in der Welt einnehmen, und wie kann es im Innern weiter zusammenwachsen, nicht nur in seinen Institutionen und seinem Regelungswerk, sondern, wie man das gewöhnlich nennt, in den Köpfen und Herzen seiner Bürger?

Verzerrte Wahrnehmung von Europa

Das europäische Statistikamt *Eurostat* bescheinigt schwindende Europabegeisterung. Die öffentliche Debatte ist der positiven Prägung des Europabildes allerdings wenig förderlich. Sie hat europaweit zu einer Reihe negativer Klischees geführt: Politikergezänk, Egoismus, Regelungswut, Bürokratismus, Schwerfälligkeit, Intransparenz, Bevormundung sind die vorherrschenden Schlagworte. Diese negativen Klischees verdecken zunehmend die Wahrnehmung für die positiven Veränderungen unserer Alltagsrealität durch den Einigungsprozess. Als Stichworte seien nur Reisefreiheit, Mobilität und eine gemeinsame Währung genannt. Diese Erleichterungen im grenzüberschreitenden Verkehr innerhalb der EU werden heute als selbstverständlich betrachtet. Ihr direkter Bezug zur europäischen Integration wird kaum noch empfunden. Im Alltag sind wir heute viel mehr Europäer, als uns bewusst ist.

Die Diskrepanz zwischen öffentlicher Wahrnehmung und gelebter Realität offenbart, wie weit die Entstehung eines europäischen Bürgerbewusstseins der faktischen Integration Europas hinterherhinkt. Ohne ein entwickeltes europäisches Bürgerbewusstsein, ohne ein belastbares Zugehörigkeitsgefühl wird die Europäische Union aber über ein reines Zweckbündnis nicht nur nicht hinauskommen, sondern auch das bisher Erreichte immer wieder aufs Spiel setzen.

Der Verfassungsentwurf sollte der unverzichtbaren Identifizierung seiner Bürger mit der EU einen konkreten Inhalt geben, den Weg zu einer Art europäischen Verfassungspatriotismus auf der Basis verbürgter gemeinsamer Werte und Rechte öffnen. Dass die Regie-

rungen ihn ohne das Risiko breiter Proteste aus ihrer jeweiligen Bevölkerung scheitern lassen konnten, zeigt ein entscheidendes Defizit des gesamten bisherigen Einigungsprozesses: die Vernachlässigung der kulturellen Komponente. Die europäische Integration ist eben mehr als eine technokratisch-politische Aufgabe. Sie kann nur gelingen und zukunftsfest gemacht werden, wenn sie auch als kulturelles Problem begriffen wird.

Hier geht es um einen heute allgemein akzeptierten weiten Kulturbegriff: Der historisch bedingte Umgang der Menschen miteinander in einer bestimmten Gemeinschaft. Dieses von vielen Codes, Regelungen, geschriebenen und ungeschriebenen Gesetzen bestimmte Miteinander fand und findet seinen konzentriertesten Ausdruck in vergangenen wie gegenwärtigen künstlerischen Formen, von denen später die Rede sein wird. »Der Europäer«, schreibt der berühmte bulgarische Soziologe Tzvetan Todorov, »legt vor allem Wert auf die Vielfalt der Länder, aus denen sich Europa zusammensetzt: Jedes besitzt seine eigene Sprache, seine Bräuche und seine Probleme. Umso auffälliger war es zu beobachten, wie sehr sich die öffentliche Meinung während der Vorbereitung des Irakkrieges in den verschiedenen Ländern glich. Diese Seelenverwandtschaft, (...) welch ein Kontrast zwischen den Meinungsverschiedenheiten der Politiker und der selbstverständlichen Einigkeit der Bürger.«³ Ein von der Politik wenig gepflegtes kulturelles Fundament ist also da und ließe sich auch bewußt erlebbar machen.

Reflektierend über Themen/Werte wie Rationalität, individuelle Freiheit, Gerechtigkeit, Toleranz, institutionalisierte Solidarität, Demokratie, Trennung von Kirche und Staat kommt Todorov zu dem Schluss, dass ein starkes mit einer Verteidigungsarmee ausgestattetes Europa im Gegensatz zu anderen Weltmächten auf einer »stillen Macht« beruht: »Die Europäer legitimieren auf internationaler Ebene die Macht durch die Art ihrer Ausübung, sie erlegen sich selbst Grenzen auf, indem sie Verträge und Vereinbarungen eingehen und gemeinsame Institutionen ins Leben rufen. Auf diesem Prinzip gründet sich die stille Macht«. Diese »stille Macht« hat sich im Nachkriegseuropa ganz langsam entwickelt und ist heute zu einem Charakteristikum Europas geworden.

Europas kulturelle Aufgabe

Kultur und Künste sind im europäischen politischen Kontext Reizwörter und vielen Missverständnissen ausgesetzt. Sie lösen fast reflexartig die Furcht aus, Brüssel könne sich in die Nationalkulturen der Mitgliedsstaaten einmischen und deren Existenz durch die Entstehung eines synkretistischen europäischen Multikulturalismus gefährden. Selbstverständlich wird dem hier nicht das Wort geredet. Im Gegenteil: Die kulturelle Vielfalt, der Reichtum an Traditionen, Sprachen, Literaturen, künstlerischen Äußerungen und Lebensformen ist ein Fundament des vereinten Europas. Diesen Reichtum zu schützen, ist eine der wichtigsten Aufgaben der EU. Woher heute die wirklichen Gefahren kommen,

vor allem für kleine nationale und regionale Kulturen, zeigt sich etwa in Forderungen im Rahmen der WTO nach vorbehaltloser Öffnung aller Märkte, auch für kulturelle Güter, und in der Praxis dessen, was allgemein mit den negativen Folgen der Globalisierung identifiziert wird. Eine starke, auch international durchsetzungsfähige EU ist eher ein Garant für den Erhalt innereuropäischer nationaler und regionaler Kulturen als eine Gefährdung für sie.

Es ist Europas Aufgabe, an den offensichtlichen Defiziten im innereuropäischen Bewusstsein und seiner gesamteuropäischen Ausstrahlung nach außen zu arbeiten.

Innereuropäisch-zwischenstaatlich ist eine Intensivierung des kulturellen Austauschs erforderlich. Europas Völker wissen noch viel zu wenig voneinander. Ihre Nachbarschaftsbilder sind noch viel zu stark von Vorurteilen und Stereotypen geprägt, die oft aus negativen historischen Erfahrungen herrühren. Vorurteile und Stereotypen nähren Misstrauen. Sie hindern eine positive Sicht auf ein gemeinsames europäisches Bewusstsein, eine Art europäischer Geborgenheit.

Ein weiteres Defizit zielt auf Europa als neuer Einheit, als einer zweiten, nachgeordneten Heimat neben der primären einzelstaatlichen. Es geht um ein Europa-bild und -verständnis, das mehr als die Summe von Wirtschaftsgemeinschaft plus Subventionen plus Reisefreizone plus Erleichterungen für den Alltag ist. Es geht darum, das vorhandene kulturelle Fundament bewußt zu machen, Möglichkeiten der Verständigung und des Anknüpfens an Gemeinsamkeiten zu suchen und dafür Rahmenbedingungen zu schaffen. Gefragt sind der interkulturelle Dialog und die dafür benötigten Fertigkeiten, die man sich in unseren multikulturellen Gesellschaften sozusagen schon »zu Hause« aneignen kann. Dabei spielen Künstler, Kulturvermittler, Kulturjournalisten, Kulturoperateure eine herausragende Rolle. Ihr kritisches Reflexionspotential, ihre Erneuerungskraft, ihre Vermittlungsfähigkeit bringen einerseits neue Denkanstöße und erleichtern andererseits die »Mensch-zu-Mensch-Begegnung«, die die Basis aller Verständigung ist. Und: Ein Tanz, ein Film, ein Roman, ein musikalisches Werk, Bilder, Fotos können eindringlicher wirken, den »Anderen« stärker ansprechen, ihn mehr berühren als so manche Podiumsdiskussion.

Gerade weil die EU ein Gebilde in ständigem Werden ist, immer konkrete Gegenwart und Zukunftsvision zugleich, muß ihr an einem kontinuierlichen Reflexionsprozess auf breitester Basis gelegen sein. Sie muß dabei darauf achten, dass die Begründungsprozesse – seien sie nun verbal argumentativer oder künstlerischer Art – nicht ein Bevormundungsvorgang von oben sind, also seitens der Kommission und der Regierungen der Mitgliedsstaaten, und auch nicht als solcher erlebt und empfunden werden.

Idealerweise müsste die Reflexion Europas auf sich selbst als breiter öffentlicher Diskurs ablaufen: Warum wollen wir, die Bürger seiner Mitgliedsstaaten, in einer europäischen Gemeinschaft leben?

- Was bedeutet das immer wieder bemühte Schlagwort von der Wertegemeinschaft konkret?
- Warum sind diese Werte konstituierend für die Europäische Union?
- Welche Formen des Zusammenlebens wollen wir für uns als neue Gemeinschaft?
- Wie soll die Partizipation ihrer Bürger aussehen und wie kann sie sichergestellt werden?

Die Medien und die Bürger Europas, darunter viele Künstler und Kulturvermittler, kulturelle Einrichtungen und kulturelle Netzwerke, haben dazu beigetragen, dass es diesen Diskurs in Ansätzen gibt. Zu groß ist jedoch noch der von den Bürgern empfundene Abstand zwischen dem europäischen Geschäft der Politiker und Bürokraten und ihrer Realität, zu schwach die emotionale Bindung an das Projekt Europa. Der Gleichmut, mit dem Europas Bürger das Scheitern hingenommen haben, Europa eine Verfassung zu geben und sich damit z.B. einklagbare Rechte zu schaffen, hat noch einmal das Ausmaß der bisherigen Versäumnisse und die Größe und Wichtigkeit der Aufgabe demonstriert. Es bedarf einer gezielten Anstrengung mit langem Atem aller handelnden Akteure und Institutionen, in Europa nicht nur eine neue politische Kultur zu schaffen, die den Europa-Diskurs in die Bevölkerung trägt und ihre Interessen aufgreift. Der europäische Einigungsprozess ist auch und vornehmlich eine kulturpolitische Aufgabe mit dem Ziel, Europa als gemeinsam empfundenen Kulturraum wieder zu entdecken und zu vermitteln. Ein Kulturraum, mit dem »wir« uns trotz aller Unterschiedlichkeit identifizieren können, und wo »wir« uns Zuhause fühlen.

Ein Blick in funktionierende Demokratien der Mitgliedsstaaten zeigt, dass es eine kritische und kulturell engagierte Bürgerbeteiligung gibt. Warum sollte das auf der Ebene EU also nicht möglich sein? Kommission, Regierungen, europäisches Parlament, Parteien, Bürgerinitiativen und nicht zu vergessen die Medien haben hier in Zukunft eine primäre Aufgabe, sehr sensibel die unterschiedlichen kulturellen und historischen Prägungen in den Mitgliedsländern zu berücksichtigen.

Von hier aus wird auch der innere Zusammenhang der aufgezeigten Ebenen der kulturellen Aufgabenstellung Europas sichtbar. Die Intensivierung des zwischenstaatlich-innereuropäischen Kulturaustauschs wird die Entwicklung einer EU-weiten Diskurskultur befördern, die wiederum die Voraussetzung für die Bildung einer europäischen Bürgergesellschaft und einer europäischen Identität ist.

Es liegt an der Singularität des Phänomens EU, dass die europabezogenen Aspekte kultureller Aufgabenstellungen innerhalb der EU zugleich kulturelle Innen- und Außenpolitik sind, jedenfalls solange die EU eine Gemeinschaft von Staaten mit immer noch weitgehender Souveränität bleibt.

Die fortbestehende Souveränität der Mitgliedsstaaten zeigt sich auch darin, dass sie weiterhin weltweite Kulturbeziehungen unterhalten mit durchaus unterschiedlichen Zielsetzungen und Instrumenten.

Eigene auswärtige Kulturpolitik der EU – wozu?

Zu fragen ist also auch, ob darüber hinaus die EU auch eine europaeigene außereuropäische Kulturpolitik haben sollte und wenn ja, welche Aufgaben sie hätte und worin sie sich von der ihrer Mitgliedsstaaten unterscheiden würde (und müßte!).

Wie sagte doch der französische Außenminister de Villepin? – »Eine Verfassung muss Europa die Mittel verleihen, seinen Platz in der Welt von morgen einzunehmen.« Eigentlich eine erstaunliche Sicht für den Außenminister eines Landes, das bis heute konsequent und kompromisslos seinen Großmachtanspruch behauptet, etwa als Vetomacht im UN-Sicherheitsrat oder als eigenständige Atommacht. Der Zusammenhang mit der Verfassung definiert »Europa« eindeutig als EU, und der weist der französische Außenminister die Rolle eines handelnden Subjekts in der »Welt von morgen« zu. Das bedeutet zwangsläufig eine eigene Außenpolitik – und auswärtige Kulturpolitik ist ein traditioneller Bestandteil der Außenpolitik.

Werfen wir zunächst einen Blick nach draußen, um zu erfahren, wie man von dort die EU sieht.

Europa – ein seelenloser Wirtschaftsraum?

Je weiter man sich von Europa entfernt, umso ausgeprägter sieht man die EU primär als einheitlichen Wirtschaftsraum, der zunehmend von Brüssel aus und weniger durch die Gesetzgebung der Mitgliedsstaaten geprägt wird. Das Interesse an den einzelnen Mitgliedsländern nimmt zwar noch nicht drastisch ab, das Bedürfnis, das Regelwerk Brüssels und Europas als Ganzes zu begreifen, wird jedoch ständig stärker. Dieser immer konkreter und umrisschärfer werdenden Außenwahrnehmung EU-Europas als einheitlichen Wirtschaftsraum stehen vielerorts noch sehr verschwommene Vorstellungen gegenüber, was diese EU darüber hinaus ist.

Aus einer verengten Sicht auf Europa als kostenleistungs-rechnendem Wirtschaftsraum wird sich kaum ein stabiles Vertrauensfundament entwickeln, der Nährboden für längerfristige Beziehungen und emotionale Bindungen. Das gefährdet langfristig auch die Geschäfte sowie die Sicherheitspolitik. Die alten Staaten in und außerhalb Europas wussten und wissen das und betreiben seit langem eine mehr oder minder intensive auswärtige Kulturpolitik als integralen Bestandteil ihrer Außen- und damit auch Außenwirtschaftspolitik.

Und noch etwas: Im globalen Wettbewerb stehen auch die ständig an Bedeutung gewinnenden Kulturindustrien unter zunehmendem Liberalisierungsdruck. Es ist ein Charakteristikum Europas, dass es seine künstlerisch kreativen Kräfte als Nährboden für diese Industrien schützt/subventioniert, die Kulturindustrien im Sinne der angestrebten Vielfalt nicht komplett dem freien Markt ausliefert und sich für ein entsprechendes Vorgehen auch in Drittländern einsetzt. Auch das gehört zur »stillen Macht« Europas.

Europa – ein Bollwerk?

Als relativ wohlhabender und stabiler Wirtschaftsraum hat die Europäische Union eine starke Sogwirkung auf ihre neuen, ärmeren Nachbarn, und nicht nur auf diese. Die Einkommensunterschiede zwischen denen »draußen vor der Tür der EU« und den neuen »drinnen«, die durch eigene Reformanstrengungen und EU-Stützmaßnahmen ihre Wettbewerbsfähigkeit sowie den Lebensstandard ihrer Gesellschaften erhöht haben, wuchsen drastisch. Mit der zunehmenden Migration nach Europa kommen nicht nur ungelernete Arbeiter, sondern es wird auch Intelligenz abgezogen, was neue Konfliktstoffe in sich birgt.

Irritierend wirken aber nicht nur Europas Abwehrmaßnahmen gegen unerwünschte Migration auf der einen und seine Auswahlmechanismen für erwünschte (Brain Drain) auf der anderen Seite. Im anklagenden Schlagwort vom »Bollwerk Europa« drückt sich die Furcht vor Abschottungsmaßnahmen auch in anderen Bereichen aus, etwa im Außenhandel. Der Agrarsektor liefert vielleicht die anschaulichsten Beispiele. Das trifft viele arme Agrarländer in Afrika, Südamerika und in Teilen Asiens besonders hart, hat aber auch, wie jeder weiß, immer wieder ernsthafte Konflikte mit den USA zur Folge.

Groß ist die Verunsicherung bei den neuen Nachbarstaaten im Osten und Südosten Europas nach der EU-Erweiterung. Dort werden neue Zoll- und Visagrenzen durch ehemals durchlässige Kulturräume gezogen. Geht hier, über Handel und Arbeit hinaus, die Freizügigkeit auch für althergebrachte familiäre Verbindungen, etwa zwischen Polen und der Ukraine, beiderseits der Grenze verloren? Was wird aus den vielen kulturellen, künstlerischen und wissenschaftlichen Kontakten und Verbindungen in diesem noch vor kurzem weitgehend offenen Raum? Dafür müssen tragfähige Lösungen gefunden werden, um gefährliche Konfliktherde erst gar nicht entstehen zu lassen. Oberstes Ziel muß der Aufbau von Vertrauen und gegenseitigem Respekt sein. Eine wesentliche Voraussetzung ist, dass die neue EU-Außengrenze keine Kulturgrenze wird. Dazu bedarf es kompensierender Intensivierung des Kulturaustausches mit diesen neuen Nachbarn, zu denen, nicht zu vergessen, auch das große Russland gehört.

Europa – eine neue Sicherheitszone?

In kaum einem anderen Politikfeld hat es in jüngster Zeit so radikale Veränderungen gegeben wie auf dem der inneren und äußeren Sicherheit. Noch vor 15 Jahren war das Bedrohungsszenario ganz auf den Ost-West-Konflikt konzentriert. Die Länder Europas waren mit wenigen Ausnahmen Teile der beiden großen Militärbündnisse NATO und Warschauer Pakt. Die Macht- und Entscheidungszentren lagen weit außerhalb der heutigen EU in Moskau und Washington. Auf wichtige Entscheidungen hatten die neuen und zum Teil auch alten heutigen EU-Länder wenig Einfluss.

Heute besteht die NATO zwar fort, sogar um die meisten Ex-Warschauer-Pakt-Staaten erweitert, die der EU

beigetreten sind, aber für Europa hat sie eine andere, gewandelte, nicht mehr alternativlose Bedeutung. Nicht zuletzt hat der Irakkonflikt das wieder deutlich gemacht, oder die Kontroversen um die Schaffung einer eigenständigen europäischen Eingreiftruppe.

Wie wird sich ein fortschreitend integriertes Europa in diesem Umfeld künftig verhalten? Noch spricht es in der Sicherheitspolitik mit unterschiedlichen, sich widersprechenden Stimmen, wie der Irakkrieg gezeigt hat. Der Ruf nach einer eigenständigen europäischen Sicherheitspolitik mit all ihren Konsequenzen wird aber immer lauter, und im europäischen Umfeld und jenseits des Atlantiks hört man sehr genau hin. Dass Europa sich auch hier miteinander verständigen wird, ist zumindest in den Bereich des Möglichen gerückt. Was würde das für die übrige Welt bedeuten, vor allem für die unmittelbaren Nachbarregionen der EU? Immerhin handelt es sich um ein Gebilde mit mehr als 400 Millionen Bewohnern, einer erheblichen Wirtschafts- und Finanzkraft und einer hochentwickelten Technologie. Ein Anlass für Misstrauen und Furcht?

Ein völlig neues Phänomen ist die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus, gegen den es noch gar keine überzeugenden Abwehrstrategien gibt. Wie wird Europa darauf reagieren? Wird die EU den grenzüberschreitenden Verkehr noch weiter erschweren? Afghanistan und Irak zeigen deutlich, dass hergebrachte militärische Mittel nicht ausreichen, um Vorbehalte und Vorurteile abzubauen. Und: Der »Import« von demokratischen Spielregeln schafft noch keine Demokratie. Hier könnten kulturpolitische Strategien, die auf besseres gegenseitiges Kennenlernen setzen, langfristige Lösungen bringen, sie zumindest befördern. Auswärtige Kulturpolitik könnte in Zukunft in einem viel konkreteren Sinne als bisher integraler, ja zentraler Bestandteil von Sicherheitspolitik werden.

Auch hierfür hat Europa Ansätze. Als »stille Macht« strebt es keine unilaterale Weltordnung an, wie die seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1989 einzig übrig gebliebene Supermacht, die USA. Europa »hat keine Ambitionen, die Angelegenheiten der ganzen Welt zu ordnen, [...] wird nicht versuchen, missliebige Regierungen wie in Kuba, Simbabwe oder dem Iran durch einen Einmarsch in das jeweilige Land zu stürzen«.⁴ Europa sucht den mühseligen Weg der Verständigung, und das geht nur über den vielfältigen interkulturellen Dialog. Sicherheitspolitik wird ohne Kulturpolitik keinen Erfolg haben.

Gewiss sind die hier betrachteten Aspekte, unter denen ein großer Teil der Welt die EU vorwiegend wahrnimmt und kritisch beobachtet, keine exklusiven Besonderheiten Europas. Wirtschaft, Kontrolle der Grenzen und Sicherheitspolitik stehen bei allen großen und mächtigen Akteuren auf der Weltbühne im Rampenlicht. Was die EU unterscheidet, ist ihre Unfertigkeit. Deshalb ordnen sich diese Bereiche bei der EU nicht in ein Gesamtbild ein, das vertraute Züge trägt und für das man Erfahrungswerte hat. Es fehlt der erkennbare Zusammenhang.

Mehrfacher »Erklärungsbedarf«

Die Konsequenzen sind widersprüchlich. Auf der einen Seite ist Europas Unfertigkeit ein Element der Verunsicherung. Verunsicherung erschwert Vertrauensbildung. Zunehmend verlässlich und kalkulierbar ist allein der Wirtschafts- und Handelspartner EU. Für die Langfristigkeit umfassender stabiler Außenbeziehungen ist das eine unzureichende Basis. Auf der anderen Seite blickt man mit Neugier und Faszination auf das, was da in Europa entsteht und immer mehr sein Leistungspotential offenbart. Europa scheint Antworten auf Probleme einer sich beschleunigt verändernden Welt gefunden zu haben, in der isoliertes Überleben immer schwieriger wird. Überall auf der Welt beobachten wir regionale, allerdings sehr unterschiedliche Zusammenschlüsse, meist von wirtschaftlichen Zielsetzungen ausgehend. NAFTA in Nord- und Mercosur in Südamerika, GUS im Bereich der ehemaligen Sowjetunion und ASEAN in Südostasien seien als Beispiele genannt. Keines dieser Systeme hat den Integrationsgrad der EU erreicht. Die EU bietet daher interessantes Anschauungsmaterial für eine Fülle von Einzelproblemen, die bei regionalen Zusammenschlüssen auftauchen, auch wenn die Integrationsziele sehr unterschiedlich hoch gesteckt sind. Europa hat es geschafft, jahrhundertelange Kriege und Fehden auf friedlichem Wege zu überwinden und im ständigen politischen, wirtschaftlichen und interkulturellen Dialog miteinander langsam eine Gemeinschaft aufzubauen, die man als Friedensprojekt bezeichnen könnte. Das macht die Überzeugungskraft Europas aus.

Die EU hat einen mehrfachen Erklärungsbedarf nach außen: Die Befriedigung

- der Nachfrage nach seinen Erfahrungen mit dem Integrationsprozess;
- der Nachfrage nach den Zusammenhängen, die den wahrgenommenen Einzelprozessen zugrunde liegen;
- der Nachfrage nach seinem kulturellen Selbstverständnis.

Im Prinzip ist das die gleiche Aufgabenstellung, die die EU auch nach innen hat. Europa muss sich auch der Welt gegenüber erklären, was es macht und wohin es will, welche Wertvorstellungen diesem Ziel zugrunde liegen, welchen Stellenwert Wirtschaft, Sicherheit, Arbeitsschutz, Sozialverpflichtung, Recht und Gesetz, Wissenschaft, Kunst und Kultur etc. haben, und wie die zugrunde liegenden Wertvorstellungen darin jeweils ihren konkreten Ausdruck finden. Das ist, wie wir gesehen haben, eine kulturpolitische Aufgabe. Erinnern wir uns noch einmal an den Ausspruch des französischen Außenministers: »Eine Verfassung muss Europa die Mittel verleihen, seinen Platz in der Welt von morgen einzunehmen.« Kern einer Verfassung ist dem Wesen nach nichts anderes als das gerade Gesagte. Wenn darin das Kraftzentrum liegt, das Europa erst seine Stellung in der Welt verleiht und sichert, dann macht de Villepin nicht nur die Bedeutung einer Verfassung für Europa deutlich, sondern zeigt auch den immensen Stellenwert einer eu-

ropäischen auswärtigen Kulturpolitik auf, die auf Dialog, Diskurs und Kooperation beruht.

Das gemeinsame Europa hat ein existentielles Interesse daran, komplementär zur auswärtigen Kulturarbeit seiner Mitgliedsstaaten und auf sie aufbauend, die EU als einen auf Werte gegründeten Zusammenschluss von Staaten durch vertrauensbildende Maßnahmen zu vermitteln und dafür eine ergänzende europäische Außenkulturpolitik zu entwickeln. Diese Entwicklung verläuft synchron mit einer verstärkten Strategie, auch innerhalb der erweiterten EU die gemeinschaftsbildende Kraft von Kultur und Bildung zu pflegen, denn, wie schon gesagt: Es sind die Künstler und Kulturvermittler, die das kreativ-kritische und innovative Potential haben. Sie sprechen alle Sinne an, nicht nur die »Ratio«, die allein eben nicht ausreicht. Zusammen mit den Bildungs- und Fortbildungseinrichtungen sind sie ein unentbehrliches Bindemittel im interkulturellen Dialog zwischen den Menschen. Regierungsgespräche und Verträge genügen nicht.

II. Europäische Themen in der auswärtigen Kulturpolitik – Wo die EU aktiv werden sollte

Die europäische kulturelle Vielfalt als Thema

Wenn eine politisch akzeptierte und konzeptionell definierte auswärtige Kulturpolitik der EU bisher noch nicht existiert und dieses Thema in absehbarer Zeit wohl noch kontrovers bleiben wird, so gibt es durchaus bereits einen kulturellen Dialog zu europäischen Fragen und Aspekten mit Nicht-EU-Ländern. Selbst in Bereichen, die eindeutig der Kulturhoheit der Mitgliedsstaaten vorbehalten sind und bleiben sollen, weil sie Ausdruck ihrer jeweils nationalen Kultur sind, gibt es längst europäische Auftritte auf der internationalen Bühne. Das zeigen die immer zahlreicher werdenden und sich in immer weitere Gebiete der Welt ausbreitenden EU-Filmwochen, EU-Theater-, Tanz-, Medien- und Musikfestivals und Auftritte auf Buchmessen unter dem EU-Namen, selbst wenn sie nur additiver Natur sind. Es ist ein Anfang. Meist werden sie von den am Ort vertretenen Kulturinstituten der Mitgliedsstaaten bzw. deren Botschaften und Konsulaten als Gemeinschaftsprojekte veranstaltet. Wo es eigene EU-Delegationen gibt, übernehmen sie oft koordinierende Aufgaben. Da nichts so sehr überzeugt wie die Praxis, haben diese Gemeinschaftsveranstaltungen bereits viel dazu beigetragen, Ängste und Vorbehalte bei einzelnen Mitgliedsländern abzubauen, im gemeinsamen europäischen Auftreten ihre kulturelle Identität nicht sichtbar machen zu können. Jedenfalls lässt sich beobachten, dass die Zahl der teilnehmenden Mitgliedsländer an diesen Programmen stetig wächst. Im gemeinsamen Auftreten erzielen gerade kleinere Länder Wirkungen, die sie alleine nicht erreichen könnten. Der Auftritt in der Gemeinschaft macht sie als vitale, eigenständige Kulturen innerhalb der europäischen kulturellen Vielfalt oft erst sichtbar.

So gewinnen beide:

- Gerade kleinere EU-Länder finden eine Bühne, die sie allein nicht oder nur sehr punktuell schaffen könnten. Auf ihr können sie ihre kulturelle Eigenständigkeit ausstellen und ihren spezifischen nationalen Beitrag präsentieren. Sie können zeigen, dass sie unter Gesichtspunkten von Qualität und Standard konkurrenzfähig sind.
- Die EU, weil diese Programme überzeugend nach draußen vermitteln, was das Europa der Kulturen in der Praxis ist und dass gerade seine kulturelle Vielfalt und deren Unabhängigkeit in der EU eine spezifische Stärke dieser Gemeinschaft ist.

Die EU als Thema

Es gibt aber auch bereits eine Praxis in der auswärtigen Kulturarbeit, wo die EU selbst, was sie tut und wie sie sich verhält, zum thematischen Gegenstand wird. Eine Durchsicht der Berichte über Kulturprogramme des Goethe-Instituts der Jahre 1997 bis 2003 förderte Hunderte von Einzelveranstaltungen dazu zutage. Wenn sich in der geographischen Streuung auch eine gewisse, sicher nicht überraschende Konzentration im unmittelbaren Nachbarschaftsbereich der EU ergab, so gibt es doch kaum eine Weltgegend, in der die EU als Thema nicht nachgefragt wurde. Wie gesagt, das ist nur das Ergebnis beim Goethe-Institut, also nur für ein Mitgliedsland. Hier einige Beispiele:

Bei den »neuen Nachbarn«, so in Belgrad, fragte man besorgt: »Visum, warum? – Schengen: Festung Europa«. In Bukarest wollte man über »Minderheitenpolitik und -schutz in Europa und Südosteuropa« diskutieren, in Istanbul über »Migration und Multikulturalität in Deutschland und Europa« und über »Das europäische Landschaftsabkommen und die Türkei«, in Izmir über die »Europäische Menschenrechtskonvention und ihre Praxis«. In den Beitrittsländern interessierte man sich für »Wer ist Europäer?«, »Europa – Einheit in Vielfalt« oder »Wirtschaft als Motor europäischer Integration« (alle Bratislava); in Budapest für die »Reform der Alterssicherung in Europa«; in Prag für »Grenzüberschreitende Denkmalpflege in Europa«. Außerhalb Europas ging es in Damaskus um »Perspektiven europäisch-syrischer Partnerschaftsprogramme«, in Colombo um »Europe and South Asia – Multiple Identities, Multiple Perspectives« oder um »Challenges to Conflict Resolutions. Europe and Sri Lanka«. In Johannesburg wollte man über »Tendencies in Media Law« sprechen, und in Melbourne wurde über »Immigration and Human Rights – European Experiences and Australian Resonances« diskutiert. Für Amerikaner lagen die Fragen »Europe and the USA« (Boston) und »Osterweiterung der EU« (Los Angeles) nahe. In Tokio diskutierte man über »Die EU im 21. Jahrhundert – auf dem Weg zu einer europäischen Verfassung«. ⁵

Groß zeigt sich auch das Interesse am Stellenwert von Kunst und Kultur in der EU. Im westafrikanischen Dakar war man neugierig auf »Europäische Kultur im

Internet«, in Buenos Aires, Montevideo und Santiago suchte man Gedankenaustausch über »Die Legitimation des Staates im Nachkriegseuropa zur Finanzierung von Kunst und Kultur« und über »Das Verhältnis von Kulturindustrien und subventionierter Kultur im europäischen Vergleich«. Im Vorfeld des EU-Beitritts wollte man sich in Vilnius über »Die Rolle der Buchmessen in Europa« klar werden.

Die meisten dieser und vieler weiterer Themen aus Umwelt, Gesundheit, Sozialpolitik oder Bildungswesen zeigen, dass sehr konkrete Interessen der jeweiligen Gastländer dahinter stecken. Sie machen Hoffnungen, Befürchtungen, Ungewissheiten und spezifische heimische Problemstellungen sichtbar. Sie weisen auf, wo die thematischen Ansatzpunkte für die EU liegen, sich eine spezifische Stimme im internationalen Gefüge zu verschaffen, wo es noch an Vertrauen fehlt, wo die EU dringenden Erklärungsbedarf hinsichtlich ihrer Motive und Pläne hat und wo sie mit ihren spezifischen Erfahrungen Hilfestellungen geben kann. Sie könnten wertvolle Indikatoren für Korrekturen und Modifikationen an eigenen Strukturen, Verhaltensweisen und Einstellungen sein, um Europas Akzeptanz in der Welt zu verbessern.

Die Auswertung der Berichte des Goethe-Instituts ist aber nicht nur interessant, weil sie deutliche Hinweise auf thematische Interessen anderer Länder und Regionen an EU-Europa geben. Das Goethe-Institut als Instrument der auswärtigen Kulturpolitik Deutschlands ist eigentlich nicht der natürliche Ansprechpartner für Kooperationswünsche des Auslands zu rein europäischen Fragen. Da die EU von sich aus aber noch nicht, oder nur höchst eingeschränkt auf der Bühne des internationalen Kulturaustauschs auftritt bzw. auftreten darf, fehlt der Welt bisher der Partner für die vielen sie interessierenden Fragen an die EU. Dass das Goethe-Institut – und vermutlich machen das andere Kulturinstitute europäischer Länder ähnlich – sich angesichts dieses Vakuums der europäischen Fragen annimmt, mag man als Hinweis darauf verstehen, wie dringend der Wunsch in vielen Ländern geworden ist, mit Europa und zu Europa betreffenden Fragen und Themen ins Gespräch zu kommen. ⁶ Sollte die EU darauf nicht im ureigensten Interesse so bald wie möglich reagieren? Das Feld ist längst bestellt. Es gilt, es zu nutzen.

Die EU: Anreger von Themen

Europa sollte aber nicht nur auf thematische Wünsche anderer reagieren, so viel Spielraum für Er- und Aufklärungen sie der EU auch bereits bieten. Die Erfahrungen des Goethe-Instituts legen nahe, dass die EU auch auf Bereitschaft dafür rechnen kann, von sich aus Themen in den internationalen kulturellen Dialog einzubringen. Es müsste z.B. im Interesse der EU liegen, die Konsequenzen seiner inneren Verfasstheit als Garant für eine aggressionsfreie Sicherheitspolitik zu vermitteln. Sie hat überzeugende Argumente: Eine EU, die sich auf den Schutz und die Pflege seiner vielen kulturellen und ethnischen Bestandteile gründet, die

untereinander in einer Wettbewerbssituation sind und bleiben sollen, wird bestenfalls Gemeinsamkeit zur Abwehr äußerer Bedrohungen herstellen können, aber kaum für eine Aggression nach außen. Doch kann hier nicht der Raum sein, Themenlisten aufzustellen. Sie ergeben sich aus der spezifischen Situation Europas und vor dem Hintergrund der hier gemachten Ausführungen praktisch von selbst. Was hier versucht wird, ist, den Rahmen abzustecken, in dem auswärtige kulturelle Aktivitäten und Initiativen der EU sinnvoll wären, und zu zeigen, dass Bedenken, sie könnten zu Einmischungen in die kulturelle Souveränität ihrer Mitgliedsstaaten führen, grundlos sind. Auch mit einer (immer eingeschränkten) Kompetenz für Auswärtige Kulturpolitik (AKP) auf der Ebene der EU wird die Souveränität der Mitgliedsstaaten im Hinblick auf ihre eigene AKP in vollem Umfang erhalten bleiben.

III. Die EU als Förderer und Unterstützer des kulturellen Austauschs – im Innern und nach außen

Da Kultur, wo sie Äußerung der nationalen und regionalen Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft ist, im Inneren und nach außen den Mitgliedsstaaten vorbehalten ist und bleiben soll, hat die EU hier keine inhaltlichen Kompetenzen. Das muss und sollte sie aber nicht zur Untätigkeit veranlassen. Sie hat hier durchaus eine Reihe von unterstützenden und fördernden Möglichkeiten und Aufgaben.

Die EU: ausgleichende Kraft zwischen großen und kleinen Mitgliedsländern

Ein Merkmal des vereinten Europas ist, dass seine Mitgliedsstaaten sehr große Unterschiede in Größe und wirtschaftlicher Leistungskraft aufweisen. Das hat natürlich Folgen für den EU-internen und erst recht externen kulturellen Wettbewerb. In einer Zeit, in der auch künstlerische Kreativität längst zum gesamten Wettbewerbspotential eines Landes zählt, können sich hier bedeutende Vor- und Nachteile ergeben. Es wäre sicher kein Verstoß gegen das Nichteinmischungsverbot, wenn die EU hier fördernd und ausgleichend tätig würde. Das könnte im Bereich der auswärtigen Kulturarbeit z.B. darin bestehen, einem kleinen, finanziell leistungsschwachen Mitgliedsland mit einem finanziellen Zuschuss die Teilnahme an einem kulturellen Auslandsprojekt zu ermöglichen, in dem mehrere Mitgliedsstaaten unter einem europäischen Titel auftreten und zu dem dieses Land einen wichtigen Beitrag liefern könnte.⁷

Hilfestellungen beim Ausgleich von Wettbewerbsnachteilen im Kulturaustausch könnten die Entwicklung des Gemeinschaftsgefühls in der EU fördern, weil sich kulturell innerhalb Europas weniger wahrgenommene Länder und Regionen stärker in den europäischen kulturellen Dialog einbringen könnten. Das würde ihr Selbstwertgefühl heben und ihnen zeigen, dass sie als EU-

Mitglieder auch an einer Solidargemeinschaft teilhaben. Es würde die Erfahrung, Bürger der Europäischen Gemeinschaft zu sein, mit konkretem Inhalt anreichern, so bescheiden das im Einzelnen auch sein mag. Die breite Öffentlichkeit würde sehen, dass Europas kultureller Reichtum noch größer ist als bisher wahrgenommen.

Die EU: Förderer einer Kommunikationsstruktur

Zum interkulturellen Dialog innerhalb Europas und mit der außereuropäischen Welt trägt das Wissen über vorhandene bzw. evtl. noch auszubauende Kommunikationsstrukturen bei. Es gibt eine Fülle bislang nicht kompatibler Informationsquellen, aber keine zusammenfassende Sicht, die Künstler und Kulturvermittler in die Lage versetzen, für Ihre Projekte Kooperationspartner zu finden und entsprechende Förderungsquellen zu erschließen. EU-Einzelstaaten werden dafür keine Initiative ergreifen. Sie sind nicht zuständig und operieren überwiegend bilateral. Künstler und Kulturvermittler brauchen Freiraum, für sie bestehen keine bilateralen Einschränkungen. Hier tun sich der EU große Möglichkeiten auf, bereits bestehende europaweite Plattformen mit außereuropäischer Ausstrahlung und kulturelle Netzwerke zu stützen und eine aktive Informationspolitik zu betreiben.⁸ Das Internet macht's möglich.

Die EU: Förderer von gesamteuropäischen Themen und Begegnungen

Künstler und Kulturschaffende wollen sich aber nicht nur virtuell begegnen. Ausstellungen, Festivals, Workshops, Buchmessen u.ä. behalten auch im Zeitalter des Internets ihre große Bedeutung. Die EU hätte hier Gelegenheit, solchen Begegnungen mehr europäische Rahmen zu geben, zumindest fördernd zu unterstützen. Je mehr Künstler und Kulturschaffende sich unter europäischen Rahmenbedingungen und mit europäischen Themenstellungen begegnen können, um so stärker werden sie sich als Europäer erleben, um so mehr kreative Impulse werden innerhalb Europas ausgetauscht. Und je mehr Anregungen werden sie von draußen mitbringen, die wiederum dem Kreativfaktor in Europa zugute kommen. Und dieser Kreativfaktor ist, wie wiederholt gesagt, einer der wichtigsten Rohstoffe von morgen im internationalen Wettbewerb. Aber nicht nur das: Er ist eine Bereicherung.

IV. Akteure für die Umsetzung einer europäischen Außenkulturpolitik

Öffentliche Kulturakteure

Auf öffentlicher Seite sind da zuerst die Kulturvermittler aus den EU-Mitgliedsländern, wie etwa dem *British Council*, dem *Institut Français*, dem *Istituto Italiano*, dem *Goethe-Institut*, den *Czech Centres*, dem *Instytut Polski* und vielen anderen mehr, sofern ihre außereuropäische Kulturarbeit nicht direkt über ihre Botschaften und Konsulate abläuft. Dazu kommen transnationale Zusammenschlüsse, wie beispielsweise die Visegrad-Gruppe der Länder

Tschechien, Polen, Slowakei und Ungarn, die als gemeinsame Verwalter des gemeinsam finanzierten Visegrad-Fonds⁹ mit Sitz in Bratislava auch EU-grenzüberschreitende Kultur- und Bildungsarbeit finanzieren, oder »Ars Baltica«. Auch in diesem Zusammenschluß sind EU-Mitgliedsländer wie außereuropäische Nationen verbunden,¹⁰ die sich der multikulturellen Zusammenarbeit mit vielen gesamteuropäischen Projekten widmen. Zu denken wäre auch an die von der Kommission und den Mitgliedsstaaten für September 2004 geplante und seit 1995 diskutierte *Euro-Med-Foundation* mit dem Auftrag, den interkulturellen Dialog im Mittelmeerraum zu gestalten. Viele regionale und städtische Stiftungen, Vereine und Netzwerke kommen hinzu.¹¹ Erwähnt seien nur das europäische Netzwerk mit außereuropäischer Ausstrahlung »eurocities«.¹² Und unter den vielen öffentlichen regionalen Stiftungen nur die *Kunststiftung Nordrhein-Westfalen*¹³ mit Sitz in Düsseldorf. Für sie wie für andere in anderen europäischen Regionen ist es längst selbstverständlich geworden, regionale, künstlerische und kulturpolitische Belange im internationalen Kontext zu sehen und entsprechend umzusetzen. Dieses Selbstverständnis gab es vor zehn Jahren noch nicht. Dieses auf breiterer Basis bewusst zu machen, würde die innereuropäische Kohäsion stärken und eine außereuropäische Demonstration der Einheit in der Vielfalt verlebendigen. Nicht zuletzt ist die EU-Kommission selbst ein wichtiger Akteur.

Nicht-staatliche Kulturakteure

Die Bedeutung der nicht-staatlichen Kulturakteure in Europa und über Europa hinaus hat in den letzten Jahren stark zugenommen. So sind spätestens mit dem Ende der Sowjetunion überall gesamteuropäische kulturelle Netzwerke, Vereinigungen und Fonds entstanden. Beispielsweise operiert das Netzwerk *Informal European Theatre Meeting* (IETM)¹⁴, ein Zusammenschluss von 400 Kunsteinrichtungen und Initiativen in Europa, auch in afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern, und das grenzüberschreitend. Das Netzwerk der Netzwerke *The European Forum for Arts and Heritage* (EFAH)¹⁵ betreibt systematisch Lobbyarbeit in Brüssel nicht nur für eine Kulturpolitik für Europa, sondern auch für eine europäische Außenkulturpolitik vor allem mit den neuen Nachbarn. Oder: Die Vereinigung *Ecumest* mit Sitz in Bukarest¹⁶ setzt sich für die Internationalisierung und Professionalisierung des Kultursektors in Südosteuropa ein und sucht gesamteuropäischen Zusammenhalt. Erwähnt werden soll das *Civil Forum* mit Vertretern nicht-staatlicher Netzwerke der verschiedensten Art, auch kulturellen, das sich zum Ziel gesetzt hat, bei der EU-Mittelmeerpolitik den zivilgesellschaftlichen Sektor zu stärken. Die Liste ließe sich lange fortsetzen, von Künstlerinitiativen und Stiftungen ganz zu schweigen.¹⁷

Als nächstes wären die wenigen unabhängigen europäischen Players zu nennen, wie die *Stiftung für ost- und mitteleuropäische Buchprojekte*¹⁸ und ihre Mutterstiftung, die *Europäische Kulturstiftung*,¹⁹ beide mit Sitz in Amsterdam. Letztere setzt über Zuschüsse, eigene

Projekte und kulturpolitische Lobbyarbeit bei der EU-Kommission ihre Akzente nicht nur bei paneuropäischen Themen und Fragestellungen, sondern engagiert sich stark auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den neuen Nachbarn. Auch das Thema »Europa in der Welt« hat sie im Blick.

Das Zusammenspiel der Akteure

Jeweils allein können diese und ähnliche Kulturakteure die gesamteuropäische Aufgabe des interkulturellen Dialoges mit dem außereuropäischen Ausland nicht leisten, schon gar nicht kontinuierlich. Zu unterschiedlich sind die historisch bedingten, politisch wie wirtschaftlich vorgegebenen Interessen; zu verschiedenartig sind die jeweils begrenzten Zuständigkeiten; zu limitiert die Ressourcen. Auch verfügen, wie bereits angedeutet, nicht alle EU-Mitgliedsländer über die personellen und finanziellen Möglichkeiten, um aktiv an einer europäischen Außenkulturpolitik teilnehmen zu können. Die Umsetzung einer gesamteuropäischen komplementären Außenkulturpolitik ist nur denkbar im Zusammenspiel möglichst vieler Akteure.

Die EU-Kommission in einer Vorreiterrolle

Die EU-Kommission sollte, gestützt auf das europäische Parlament, in diesem Zusammenspiel eine Vorreiterrolle einnehmen. Es ist im Interesse der EU, ihre politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Ziele für Europa als Ganzes zu verfolgen und Europa als zusammenwachsenden Kulturraum im interkulturellen Dialog mit Drittländern zu vermitteln. Dies immer in Ergänzung zu den vielfältigen Einzelstimmen der vielfältigen Akteure.

Die bereits heute gegebenen Kompetenzen und Möglichkeiten der EU-Kommission für diese komplementäre Außenkulturpolitik sind noch nicht ausgeschöpft.

V. Instrumente bei der Umsetzung einer europäischen Außenkulturpolitik

Instrumente auf EU-Ebene

Der EU-Kommission steht eine Reihe von Instrumenten zur Verfügung, die es zu optimieren gilt, ohne neue Verwaltungsstrukturen aufzubauen. Dies ganz unabhängig von der Frage, ob sich ein europäisches Außenministerium mit einer Kulturabteilung wird realisieren lassen oder nicht, auch wenn ein solches zweifellos zur Stärkung der Instrumente beitragen könnte.

Interne Abstimmung, Kooperation, Koordination

Neben anderen internationalen Organisationen betreibt der *Europarat* seit vielen Jahren Kulturpolitik weit über die heutigen EU-Grenzen hinaus. Die Finanzmittel dafür sind allerdings mittlerweile stark reduziert worden. Außerdem wurden der Kulturfonds und der *Rat für kulturelle Zusammenarbeit* 2001 abgeschafft. Eine Abstimmung mit den noch vorhandenen Kulturpro-

grammen im Rahmen der heutigen Schwerpunktprogramme des Europarates würde zu einer integrierten EU-Außenkulturpolitik beitragen. Dabei könnten auch die über Jahre aufgebauten Kontakte des Europarates in Drittländern sehr hilfreich sein.

Auch eine weitergehende Koordination von bereits bestehenden EU-Programmen mit kulturellen Komponenten zwischen den verschiedenen Direktoraten der Kommission würde eine vertrauensbildende Außenkulturpolitik glaubwürdiger machen. Innerhalb der Kommission gibt es, abgesehen vom Direktorat Bildung und Kultur, »about 70 different EU funding programmes from other DG's that offer possibilities for cultural projects, but these are not promoted [...] if cooperation is a priority of the EU it is necessary to find mechanisms for this in the relevant programmes«, heißt es im Bericht der *European Cultural Contact Points* Ende 2002.²⁰ Die abschließende Empfehlung überrascht nicht: »Introduction and emphasis of the cultural dimension, under article 151, in the cooperation programmes with 3rd countries«.

Nachdruck auf der kulturellen Komponente in Verträgen mit Drittländern

Es wäre ein wichtiges Instrument der Kommission, konsequent dafür zu sorgen, dass kulturelle Programme nicht nur in Verträge mit Drittländern aufgenommen werden. Genauso wichtig wäre es, darauf zu achten, dass diese mit möglichst zuverlässigen Partnern auch tatsächlich umgesetzt werden.

Aktive Informationspolitik

Ein benutzerfreundliches elektronisches Informationssystem würde die Instrumente der Abstimmung und Koordination mit Nachdruck auf der kulturellen Komponente verstärken. Für dessen Entwicklung hat die Kommission ausreichende Kompetenzen. Deutlich zu machen wäre, wer sich an welchen Orten zu welchen Bedingungen an den vorhandenen kulturellen Programmen mit Drittländern beteiligen kann, damit es nicht mehr heißt »they are not promoted«.²¹

Die genannten Instrumente greifen heute noch nicht vollständig. Vermutlich täte sich eine Kulturabteilung in einem starken Außenministerium in enger Absprache mit *DG Bildung und Kultur* leichter, verbindliche Zusammenarbeitsformen durchzusetzen. Man mag einwenden, dass das im Jahre 2001 geschaffene Amt für Zusammenarbeit »Europe Aid« durch seinen Lenkungsausschuss die strategische Kohärenz der EU-Aktionen überwacht. Abgesprochen ist, dass dieser für thematische wie methodologische Abstimmung jedenfalls im Bereich der EU-Entwicklungshilfe sorgt. *DG Bildung und Kultur* hat bei dieser Abstimmung keine Rolle, wenn auch zuständig für kulturelle Fragen. Wie »integrativ« ist dann die Praxis? Da sind auch (nachgefragte) EU-Beamte überfragt.

Mit einem Außenministerium (plus Kulturabteilung) wäre es sicherlich auch erfolgversprechender, bei den Kommissaren für Entwicklung und Erweiterung auf die »Kulturverträglichkeitsklausel« zu pochen, wenn es um

eine kulturverträgliche Wirtschaftspolitik mit den überwiegend armen Teilen der Welt geht. Stärker wäre wohl auch die Durchsetzungskraft beim Wettbewerbskommissar, wenn Themen wie »fester Buchpreis«, »reduzierte Mehrwertsteuern« für Kulturgüter und ähnliche Fragen angesprochen würden. Letztere sind keine rein innereuropäischen Themen. Die Welt beneidet Europa um die gesamteuropäischen Schutzmechanismen für ihre Kulturgüter und ist deshalb daran interessiert, mehr darüber zu erfahren. Dabei geht es ganz nüchtern auch um die Einschätzung von Kulturindustrien als Wettbewerbsfaktor.

Mit einem starken Außenministerium (inklusive Kulturabteilung) wäre es darüber hinaus wahrscheinlich einfacher, die Lobbyarbeit da zu verstärken, wo Gesetze und Ausgaben vorbereitet werden: im Finanz- und Rechtsausschuß. Die dort entwickelten Vorentscheidungen haben immer Auswirkungen auf eine Kulturpolitik für Europa und spiegelbildlich auf eine außereuropäische Kulturpolitik.

Ein Beispiel für die EU-Kommission, wie sich Denken und Handeln annähern können, sind die Niederlande. Das niederländische Außenministerium und das Ministerium für Bildung und Kultur sind 1997 in einem vom niederländischen Parlament abgesehenen Abkommen übereingekommen, nach gemeinsam erstellten Richtlinien aus einem gemeinsamen Finanztopf, den sog. HGIS-Geldern,²² internationale Kulturprojekte innerhalb und außerhalb des Landes zu fördern, vom gegenseitigen Personalaustausch ganz zu schweigen, der das Verständnis für die andere Sehweise schärft. Dazu kommt in Dänemark, noch deutlicher in Schweden, die enge Kooperation mit der Entwicklungshilfe, deren kulturelle Komponente für die Wirksamkeit der Entwicklungsmaßnahmen heute unbestritten ist.²³

Zur Illustration: EU – Schwerpunkt Nachbarländer

Das Instrument der koordinierten EU-Programme sollte aus naheliegenden Gründen im Sinne einer positiven Diskriminierung bei den neuen Nachbarn der Europäischen Union im Osten wie im Süden greifen: von Russland mit seinen sehr ambivalenten Interessen über die Türkei bis nach Marokko. »I want to see a ring of friends surrounding the Union«, brachte es Kommissionspräsident Romano Prodi auf den Nenner.²⁴ Die Mitteilung der Kommission »Wider Europe-Neighbourhood. A New Framework for Relations with our Eastern and Southern Neighbours«²⁵ führte zur Gründung der »Wider Europe Task Force«, mit dem Ziel, die Infrastrukturen bei den neuen Nachbarn zu stärken und grenzüberschreitende Zusammenarbeit innerhalb der Länder wie mit dem erweiterten Europa anzuregen. Künste und Kultur fanden sich jedoch nicht im Aufgabenkatalog. In einer späteren Mitteilung »Paving the way for a new Neighbourhood Instrument«²⁶ wird zwar betont: »This instrument should complement and be coherent with other relevant EU policies and instruments«, aber wer die angekündigten meist technischen Entwicklungsprogramme auf ihre »Kulturverträglich-

keit« prüft und wie, bleibt offen. Wenn diesen neuen Nachbarn »more than a partnership but less than a membership«²⁷ angeboten wird, dürfen die menschliche Begegnung, die kulturelle Verständigung, der Versuch, bei aller Ungleichartigkeit doch ein Gefühl der Gleichwertigkeit herzustellen, nicht außer acht gelassen werden. Es ist sicherlich erfreulich, dass ab 2005 auch die West-Balkanländer Zugriff auf die vorhandenen EU-Programme haben sollen,²⁸ wie jedenfalls bislang verkündet wird, aber auch da findet sich das Wort *Kultur* nur in einer Fußnote.

Ähnlich sieht es bei der Zusammenarbeit mit den südlichen Mittelmeerländern aus, die die EU-Kommission mit den EU-Regierungschefs in der sog. Barcelona-Deklaration 1995 in Gang gesetzt hat. Einiges ist seither auf den Weg gebracht worden. Dennoch sind die Ergebnisse aus der Sicht von Beobachtern aus den betroffenen Ländern nur als unzureichend einzuschätzen.²⁹

Verbesserung könnte das Instrument der bereits genannten Euro-Med-Stiftung bringen. Noch ist allerdings unklar, um welche konkreten Inhalte, aufgrund welcher Kriterien, es dabei gehen wird, und wer die Partner bei der Umsetzung sind. Regierungen? Zivilgesellschaftliche Einrichtungen? Beide? Hier besteht noch Verhandlungs- und Erklärungsbedarf.

Zur Illustration: Die EU und andere Weltregionen

Hier nur einige Beispiele für offene Fragen bei der Umsetzung einer »integrierten« europäischen Außenkulturpolitik in anderen Weltregionen:

Die Nachfolgerepubliken der Sowjetunion, also die Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) und die Mongolei, profitieren seit 1991 vom EU-Programm TACIS (Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States) zur Unterstützung wirtschaftlicher und politischer Reformprozesse im Sinne von Rechtsstaatlichkeit und sozialer Marktwirtschaft. Eine kulturelle Komponente läßt sich nicht erkennen. In diesen Ländern spielt aber das kulturelle Bewusstsein, der Stolz auf die eigene und die Neugier auf andere Kulturen eine außerordentlich große Rolle.

Die Länder Asiens und Lateinamerikas haben Zugang zu einer Reihe von EU-Programmen, die Kooperationsprojekte mit kulturellem Charakter einbeziehen können (nicht müssen). Das bleibt aber häufig, nicht immer, ohne Wirkung, da oft keine konkretisierenden Protokolle bei der Ausführung der Einzelverträge unterzeichnet werden. Kulturell Interessierte in lateinamerikanischen Ländern empfinden eine besondere Nähe zu Europa. Heute fühlen sie sich zunehmend verlassen und der einzig noch bestehenden Hegemonialmacht, den USA, ausgeliefert – auch mit Blick auf ihre Kulturindustrien.³⁰

Für die Zusammenarbeit mit den Staaten Afrikas, im Karibischen Raum und im Pazifischen Ozean wurde in der Vereinbarung von Contonou im Juni 2000 ein »integriertes« Konzept ausgearbeitet, das den politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und Umweltaspekten gleichermaßen Rechnung tragen sollte.³¹ Hier

sind die Instrumente der EU, also Koordination und Kooperation, im Sinne einer integrierten Außenpolitik klar erkannt. Wie die Praxis aussieht, müsste näher untersucht werden. In Gesprächen mit Kulturpolitikern und Praktikern wurden Zweifel angemeldet.³²

Nimmt die EU ihre Rolle als ehrlicher, gleichwertiger Partner ohne Hegemonialabsichten wirtschaftlicher oder politischer Art ernst und will auch so gesehen werden, muss sie eine integrierte Außenkulturpolitik aktiv gestalten.

Instrumente der Kommission zur Förderung von Kooperationen zwischen Mitgliedsstaaten

Stimulans von Kooperationen

Die Unterstützung heutiger und Stimulans zukünftiger Kooperationen zwischen den staatlichen Players ist ein wichtiges und legitimes Instrument der EU in ihrer Rolle als Förderer und Unterstützer.

Die gegenwärtige Praxis kultureller Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten über ihre staatlichen und halbstaatlichen Träger ist widersprüchlich. So hat beispielsweise eine von der Kommission in Auftrag gegebene Studie über »intergouvernementale kulturelle Zusammenarbeit« in 31 europäischen Ländern ergeben,³³ dass nach wie vor die klassische Kulturdiplomatie in der Tradition des 19. Jahrhunderts vorherrschend ist: Das ist geschönter Kulturexport, wie er heute nicht mehr betrieben werden sollte. Eine weiterführende Studie, ebenfalls im Auftrag der Kommission, über Kooperationen der EU-Mitgliedsstaaten mit Drittländern in den Bereichen Kultur und Audiovisuelles ist noch im Stadium der Überprüfung. Vielleicht trägt sie zur Relativierung des Bildes bei. Die Praxis vor Ort ist jedenfalls oft anders. So zeigt u.a. die Auswertung der weltweiten Programme des Goethe-Instituts, dass das Aufgreifen von gesamteuropäischen Themen oder der EU als Phänomen, allein oder im Verband, nicht nur in Europa sprunghaft zugenommen hat, sondern auch in Drittländern zu einer wachsenden Selbstverständlichkeit geworden ist.

Die Kooperationsformen in Drittländern sind sehr unterschiedlicher Art. Sie reichen von losen, gelegentlichen Gesprächen zwischen den Akteuren (darunter neben den auswärtigen Kulturinstituten auch Kulturreferenten von Botschaften, Konsulaten, Vertretern von politischen Stiftungen, EU-Delegationen) über regelmäßige Treffen zu gemeinsamen Projektplanungen bis zu Kooperationsabsprachen fast rechtsverbindlichen Charakters. Die am weitesten fortgeschrittene Form der Zusammenarbeit stellt der nach belgischem Recht verbindliche Zusammenschluss von zehn Kulturinstituten dar, genannt CICEB.³⁴ Dieser Zusammenschluss wird, jedenfalls offiziell, von den jeweiligen Mutterhäusern unterstützt. Wieweit das dann in der Praxis greift, ist wieder eine andere Frage. Jedenfalls zeigt CICEB Chancen und Perspektiven auf, offenbart aber auch noch vorhandene Geburtsfehler: Undeutliche Mission, Mangel an längerfristigen Absprachen über europarelevante The-

men, daher Mangel an Kontinuität und entsprechender Visibilität (keine Website!), Mangel an effizienter Selbstverpflichtung bei der Koordination wie Organisation und mangelnde Öffnung zu nicht-staatlichen Kulturträgern. Verkehrt man diese Mängel, oder jedenfalls einige von ihnen, ins Positive, ergäbe sich bereits ein Kriterienkatalog für EU-unterstützungswürdige langfristige Kooperationen. Das sollte europarelevante Einzelprojekte, von wem auch immer organisiert, keineswegs ausschließen.

Ein europäisches Kulturinstitut?

Über langfristig geplante und strukturierte Kooperationen hinaus ist bislang der Ruf nach europäischen Kulturinstituten nicht ernsthaft laut geworden. Ein solches gesamteuropäisches Kulturinstitut, wenn es dieses je geben sollte, könnte, wie schon beschrieben, nur sehr beschränkte thematische Kompetenzen haben. Außerdem können die angedeuteten Defizite auch anders aufgefangen werden. In seinem gründlich recherchierten Buch »Ein Kulturinstitut für Europa – Untersuchungen zur Institutionalisierung kultureller Zusammenarbeit«³⁵ kommt Robert Peise zu dem Schluss: »Ein europäisches Kulturmittlerinstitut, welches, gleichsam als Mikrokosmos des realen Europas, Räume für jeden europäischen Staat bereit hielte, ist ein kaum praktikables, integratives, zwischenstaatliches Modell. Doch die zugrunde liegende Metapher vom gemeinsamen europäischen Haus bleibt bedeutsam für einen Mindestkonsens«. Dieser Grundgedanke ist nachvollziehbar, wie integrativ dieses Haus nach innen und nach außen wäre, bleibt aber mehr als fraglich. Fraglich bleibt auch, ob es sinnvoll ist, einen an die Europavertretungen entsandten Kulturreferenten mit entsprechenden Planungs- und Koordinationsaufgaben zu betrauen.³⁶ Neue Strukturen sind nicht nur teuer, sie provozieren auch bürokratische Hindernisse. Wäre es nicht sinnvoller, auf bereits am Auslandsort vorhandene Einrichtungen zurückzugreifen? Diese mittels eines stimulierenden EU-Bonus zur Zusammenarbeit zu motivieren? So beflügelt ließe sich sicher ein Verantwortlicher im zwei- bis dreijährigen Rhythmus finden. Er wäre der Motor für längerfristige europarelevante Planungen, also für die Absicherung des europäischen Gesichtspunktes im Gegensatz zur Instrumentalisierung nationalstaatlicher Interessen. Er könnte, gegebenenfalls mit einem Beirat, die Europa-Relevanz begutachten und wäre für die abschließende Evaluierung zuständig.

Die Schaffung eines Ausgleichsfonds

Zu den Defiziten der gegenwärtigen EU-Außenwirkung gehört, dass kleinere oder finanzschwächere Mitglieder nur wenig zur Wirkung kommen. Das erzeugt Ressentiments. Nur die EU-Kommission bzw. ein europäisches Außenministerium mit einer Kulturabteilung hätte die Kompetenz und das Interesse, hier ausgleichend, stützend und motivierend aufzutreten. Stünden relativ geringe Mittel aus einem EU-Ausgleichsfonds zur Verfügung, der diesen Ländern Informations- und

Zuschussmöglichkeiten zur Beteiligung an Kooperationen böte, könnten mehrere gesamteuropäische Zeile erreicht werden:

- Verstärkung der innereuropäischen Kohäsion, was medienwirksam dargestellt werden könnte;
- Vermittlung von Europa in Drittländern als kooperierendem Kulturraum;
- Motivation für bislang zögerliche Akteure, in Drittländern enger zu kooperieren;
- Rückwirkung des interkulturellen Dialoges aus Drittländern auf Gesamteuropa als vertrauensbildende Maßnahme und als kreatives Potential.

Als Richtschnur für die Vergabe von Zuschüssen an kooperationsinteressierte finanzschwächere Länder könnten die gleichen Kriterien gelten wie bei der Vergabe von EU-Strukturförderungsmitteln für Regionen mit schwach entwickelten Infrastrukturen.

Um die Brüsseler Bürokratie nicht zusätzlich zu belasten, könnte die Verwaltung des Ausgleichsfonds an einen anderen qualifizierten und unabhängigen Träger übergeben werden, der auch für die Evaluierung der Projekte zuständig wäre.

Drei Pilotprojekte

Aus den in der Anlage näher beschriebenen Pilotprojekten ließen sich praktische Erfahrungen für mögliche weitere Projekte sammeln. Sie dienen vor allem der Veranschaulichung, was die Kommission mit relativ geringem administrativem Aufwand und wenigen Mitteln zur Erreichung ihrer Ziele tun könnte. Ein erster Schritt also. Weitere Schritte könnten folgen:

1. Informationszugang zu gesamteuropäischen Planungen kultureller Projekte in Drittländern. Zuschussangebot für qualifizierte Beteiligungen aus den weniger finanzstarken EU-Ländern.
2. Aufbau eines gesamteuropäischen Anschluss-Besucherprogrammes durch Vernetzung bestehender nationaler Besucherprogramme in Europa. Zuschussangebot der EU für begründete Anschlussreisen zu weniger finanzstarken EU-Mitgliedern.
3. Aufbau eines vernetzten Besucherprogrammes der europäischen Nationalstaaten in Drittländern. Zuschussangebot der EU für begründete Einladungen von Einrichtungen in Drittländern an Kulturschaffende aus finanzschwächeren EU-Ländern.

Nimmt man ernst, was Kommissionspräsident Prodi den neuen Nachbarn anbot: »More than a partnership, less than a membership«, dann liegt es nahe, diese Pilotprogramme auf die neuen Nachbarn auszudehnen.

Erstellung eines Referenzrahmens für unterstützungswürdige Projekte

Infrage kämen nur Projekte in Drittländern, die von gesamteuropäischer Relevanz sind, sei es im Rahmen der europäischen Nachbarschaftspolitik oder sonstwo auf der Welt. Beigefügte Beispiele aus der Arbeit des Goethe-Instituts³⁷ zeigen exemplarisch, welche europarelevanten Themen in Drittländern von Bedeutung sein können

und bieten dadurch Anregungen zur Erstellung eines Referenzrahmens von unterstützungswürdigen Projekten durch die EU. Nach jahrzehntelanger Erfahrung in der Auslands-Kultur-Praxis wissen die Autoren, dass vergleichbare Beispiele auch bei anderen auswärtigen Kulturvermittlern zu finden wären. Diese darzustellen, wäre nicht nur wünschenswert, sondern auch notwendig, um einen möglicherweise einseitigen Referenzrahmen zu relativieren. Weitere Recherchen überschreiten jedoch die Grenzen dieser Vorarbeit.

Instrumente der Kommission in Kooperation mit den nicht-staatlichen Kulturakteuren

Förderung von Kooperationen

Ein legitimes Instrument der EU ist es, die Zusammenarbeit innerhalb des europaweit organisierten sog. »Dritten Sektors« weiterhin zu unterstützen bzw. zu helfen, dessen Kooperation mit den staatlichen Kulturplayern zu intensivieren, wenn es um Projekte mit gesamteuropäischen Themen geht.

Nicht-staatliche Kulturakteure sind flexibler in der Auswahl von Themen und Partnern als nationalstaatliche Kulturvermittler. Sie sind nicht von (Partei-)Politiken und Steuergeldern abhängig. Wie schon ausgeführt, wirken sie in ihrer Unabhängigkeit oft glaubwürdiger als kulturelle Vertreter der staatlichen Ebenen. Ihre Arbeit erfüllt eine wichtige Brückenfunktion vor allem zu Ländern mit instabilen politischen Verhältnissen, schwach entwickelten Infrastrukturen und wenig ausgeprägten Zivilgesellschaften. Das trifft – bei allen Verschiedenheiten – besonders auf die neuen EU-Nachbarn, aber auch auf andere Länder und Regionen der Welt zu.

Ungeachtet geographischer Grenzen, fachlicher Abgrenzungen und traditionell zugestandener Kompetenzen bemühen sie sich um eine verstärkte Kooperation in allen Bereichen. Dass beispielsweise der *Fonds für ost- und mitteleuropäische Buchprojekte* seit 2001 auf Bitte und Initiative von Verlegern und Stiftungen aus ost- und mitteleuropäischen Ländern ein Übersetzungsprogramm »European History and Integration« betreibt, hat Vorbildcharakter.³⁸ Oder: Das IETM widmete sich im Jahre 2003 dem Thema »Zusammenarbeit zwischen staatlichen Kulturvermittlern und privaten künstlerischen Einrichtungen, Vereinen, Stiftungen«. ³⁹ Eine EU-förderungswürdige Sache.

Dass sich, wie geschehen, das EFAH ebenfalls im Jahre 2003 mit dem Thema »Migration and European Cultural Politics« auseinandersetzte und dazu Künstler und Kulturvermittler staatlicher wie nicht-staatlicher Herkunft aus Europa und den Nachbarländern zu Diskussionen einlud, illustriert auch ein Stück integrierter und förderungswürdiger europäischer Innen- wie Außenkulturpolitik.⁴⁰

Dies gilt auch für drei Konferenzen, die die unabhängige *Europäische Kulturstiftung* im Rahmen ihrer Programmlinie »enlargement of minds« (analog zum »Enlargement of the European Union 2004«) im Jahre 2003

organisierte. Ziel war es, kulturelle Brücken zu den südöstlichen, den östlichen und den südlichen Nachbarn zu bauen. Auch hier traten Künstler, Kulturjournalisten, Kulturpolitiker, Kulturvermittler, Vertreter von kulturellen Einrichtungen und Stiftungen aus den Mitgliedsländern, aber vor allem aus den neuen Nachbarländern, zu den für sich selbst sprechenden Themen auf: »Crossing Perspectives: Cultural Cooperation with South East Europe«;⁴¹ »Moving Borders: the EU and its New Neighbours«⁴² und »Beyond Enlargement – Opening Eastwards, closing Southwards?«⁴³. Alle von gesamteuropäischer Relevanz und wichtig in ihren EU-förderungswürdigen Ergebnissen: So formulierten beispielsweise die Teilnehmer aus den Balkanländern folgendes Credo: »In order to ensure an inclusive agenda of cooperation for and with the SEE, a forum of cultural cooperation should be set up, one that would gather together public and non governmental institutions, art institutions and art associations as well as experts from the EU and SEE«. Das Forum besteht heute, bislang nur mit moralischer Unterstützung durch die EU, genauer gesagt, durch die Schirmherrschaft der Europa-Parlamentarierin Doris Pack.

Auch Stiftungen politischer wie privatwirtschaftlicher Herkunft sind trotz unterschiedlichster Interessen zunehmend bereit, untereinander und mit anderen Trägern zu kooperieren. Mit seinem ersten Rundbrief »Europe in the world« wirbt das European Foundation Centre⁴⁴ nicht nur für ein europäisches Statut für Stiftungen, sondern auch für deren verstärkte Kooperation in- und außerhalb Europas in allen höchst divergierenden Themenbereichen, wozu auch Kultur/Künste gehören. Besonders interessant ist die Studie der italienischen *Fondazione Fitzcarraldo*⁴⁵ »Cultural cooperation in Europe: what role for foundations?«, die die wachsende Bereitschaft von Stiftungen signalisiert, innereuropäisch wie außereuropäisch zusammenzuarbeiten. Es geht ihnen darum, einen Anstoß zur Innovation angesichts festgefahrener Strukturen zu leisten. Auch hier wird also das Feld bestellt mit Blick auf die innereuropäische Kohäsion und die entsprechende Ausstrahlung von Europa als Ganzem nach außen. Erinnern wir uns: »Cooperation is a priority of the EU«.

Förderung von Begegnungsprogrammen

Dieses Instrument könnte die Kommission nicht nur in der engeren Zusammenarbeit mit den Mitgliedsländern einsetzen, wie bereits geschildert. Sie könnte auch relevante Begegnungsprogramme der nicht-staatlichen Akteure stärken. Die Kommission hat die Bedeutung von grenzüberschreitenden Begegnungen sehr wohl erkannt: Sie fördern die interkulturelle Kompetenz und schaffen emotionale Bindungen.

Erwähnt in diesem Zusammenhang sei nur das förderungswürdige Programm »STEP beyond« der *Europäischen Kulturstiftung*, das Künstlern, Kulturmanagern, Kulturjournalisten und literarischen Übersetzern ermöglicht, aus der erweiterten EU- in die Nicht-Beitrittslän-

der, aus diesen in die Beitrittsländer, zwischen den Beitrittsländern und zwischen den Nicht-Beitrittsländern zu reisen. Dieses Mobilitätsprogramm ergänzt EU-grenzüberschreitende Projekte der ECF und in ihrer kulturpolitischen Lobbyarbeit. Es entspricht voll der Nachbarschaftspolitik der EU, hat also Vorbildscharakter.⁴⁶ Von einzelnen europäischen Nationen wäre es nicht zu leisten, da sie weder zuständig wären, noch interessiert sein dürften.

Instrumente der Kommission im Zusammenspiel öffentlicher und nicht-staatlicher Akteure

Aktive Informationspolitik: das Laboratory of European Cultural Cooperation

Zur optimierten Nutzung der verschiedenen bereits geschilderten Instrumente der Kommission im Zusammenspiel mit staatlichen und nicht-staatlichen Kulturakteuren fehlt das Instrument einer gesamteuropäischen aktiven Informationspolitik. Dieses hätte zum Ziel, grenzüberschreitende Kooperationen innerhalb Europas, mit den neuen Nachbarn und anderen Teilen der Welt zu erleichtern.

Trotz aller erkennbaren Ansätze zur Kooperation zwischen den verschiedenen Trägern ist der Hang, in der jeweils eigenen Sphäre zu bleiben noch deutlich spürbar. Will Europa jedoch zu einem glaubwürdigen öffentlichen Kulturraum werden, muss es »von unten« im Zusammenspiel vieler Akteure wachsen. »Von oben«, also von der EU, kann dieser Raum nicht konstruiert werden.

Ein gesamteuropäisches Modellprojekt könnte hier Schule machen und Anregungen für weitere Kooperationsprojekte liefern: Das »Laboratory of European Cultural Cooperation«.⁴⁷ Angeführt von der Europäischen Kulturstiftung haben sich gesamteuropäische kulturelle Netzwerke, politische und private Stiftungen und, im zweiten Schritt, Regierungen verschiedener EU-Mitgliedsländer bereit gefunden, folgendes Pilotprojekt in Angriff zu nehmen: Sammlung, vergleichbare Aufbereitung und leicht zugängliche elektronische Vermittlung von Informationen zu grenzüberschreitenden Förderungs-Austausch-Begegnungsmöglichkeiten von Kulturschaffenden, Vermittlern, Journalisten in Europa. Fallbeispiele, gelungene Vorbilder, ergänzende Recherchen und Pilotprojekte kommen hinzu.

Dieses aktive Informationsinstrument will bewußt die neuen Nachbarn mit einbeziehen, ganz im Sinne der EU-Nachbarschaftspolitik. Außerdem könnte es andere zusammenwachsende Weltregionen zu ähnlichem Vorgehen ermutigen. Trotz aller noch vorhandenen Risiken könnte es ein ideales Vorbild werden, wie private und staatliche Kulturträger sich im Interesse von Europa als Ganzes und über seine Grenzen hinaus zusammenschließen. Das legitimiert die Kommission, als großzügig stützender Partner in diese Public-Private-Partnerschaft einzusteigen, wozu sie auch gewillt ist.

VI. Zusammenfassung

1. Die Europäische Union ist nicht nur faktisch, sondern auch in der Sicht der Welt über eine reine Wirtschaftsgemeinschaft hinausgewachsen. Bei weiterbestehender selbständiger Außenpolitik – und damit verbunden Auswärtiger Kulturpolitik der Mitgliedsländer – wird die EU zunehmend wie ein eigenes, wenn auch eingeschränktes und noch unfertiges Gebilde in den internationalen Beziehungen behandelt. Damit wachsen ihr Erwartungen und Anforderungen zu, die von den Institutionen der Auswärtigen Kulturpolitik der Mitgliedsländer nur noch unzureichend befriedigt werden können, z.T. auch da, wo sie kooperativ unter europäischem Namen auftreten. Für die EU selbst schälen sich immer deutlicher Konstellationen heraus, die eine EU-initiierte und -gesteuerte Vertrauens- und Absicherungspolitik nach außen als geboten erscheinen lassen. Diese hat eine Reihe kultureller Aspekte, die über das Subsidiaritätsprinzip hinausreichen. Das macht den gesamteuropäischen Mehrwert aus.
2. Das vereinte Europa ist nicht nur eine auf kulturelle Vielfalt gegründete Gemeinschaft. Es hat auch eine reiche und höchst differenzierte Landschaft staatlicher, halbstaatlicher, regionaler, kommunaler und privater kultureller Akteure mit eigenen, auch grenzüberschreitenden Aufgaben und Praxisfeldern. Zwischen diesen Akteuren gibt es Interaktionen und Kooperationen vielfältigster Art, die sich sowohl innereuropäisch manifestieren, wie Verbindungen in weltweiten Kontakten unterhalten. Vor allem auf der nicht-staatlichen Ebene kommen neue Akteure hinzu, oft fachlich bzw. thematisch bestimmte Internet-Netzwerke. Der EU stünde hier eine Partnerszene offen, die mit vergleichsweise geringem organisatorischen und finanziellen Aufwand für auswärtige europäische kulturelle Anliegen und Aufgaben genutzt werden könnte. Die drei Pilotprojekte sollen zeigen, wie das in der Praxis aussehen könnte.
3. Daraus ergibt sich die Frage, welche Instrumente der EU zur Verfügung stehen bzw. welche sie noch schaffen müsste, um die Möglichkeiten effizient zu nutzen, die ihr die reiche Szene kultureller Akteure in EU-Europa zur Verfügung stellt. Dieses Instrumentarium müsste finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten, Projektausschreibungsverfahren, Koordinations- und Vernetzungsformen, Evaluierungs- und Clearing-Instanzen umfassen. Dabei könnte weitgehend auf bereits bestehende EU-Einrichtungen mit ihren bereits bestehenden Förderungsquellen und Einrichtungen in den Mitgliedsländern zurückgegriffen werden bzw. sollte an eine Delegation an unabhängige Träger gedacht werden. Der zusätzliche organisatorische und finanzielle Aufwand könnte zumindest in einer Anfangsphase

gering gehalten werden, die der Erprobung von Möglichkeiten und Instrumentarien dienen müsste. EU-Europa könnte so eine durchdachte europaspezifische auswärtige Kulturpolitik beginnen, ohne dafür eigene Kulturinstitute außerhalb der EU-Grenzen schaffen zu müssen, wie sie die größeren Mitgliedsländer unterhalten. Ob eine erstmals in Gang gebrachte Auswärtige Kulturpolitik komplementär zu der der Mitgliedsstaaten unter strenger Wahrung des Subsidiaritätsprinzips in weiterer Zukunft doch zu einer eigenen Organisationsstruktur führen würde, mag der künftigen Entwicklung überlassen bleiben.

Entscheidend in den Augen der Autoren ist, dass die EU baldmöglichst instand gesetzt wird, die beträchtlichen Chancen eigener Initiativen und Förderungsmöglichkeiten für eine europabezogene Auswärtigen Kulturpolitik zu nutzen. Sie sind davon überzeugt, dass ein gemeinsames Auftreten nach außen und eine gezielte Förderung grenzüberschreitender kultureller Kooperation nach innen auch das europäische Zusammengehörigkeitsgefühl stärken werde.

Anlage 1

Vorschläge für drei Pilotprojekte zur verbesserten Kooperation zwischen der EU-Kommission und den EU-Mitgliedsländern bei der Kulturarbeit mit Drittländern unter besonderer Berücksichtigung von kleinen und/oder finanzschwachen EU-Ländern

Erstes Pilotprojekt

Informationszugang zu gesamteuropäischen Planungen in Drittländern. EU-Zuschussangebot für qualifizierte Beteiligung aus finanzschwachen EU-Ländern

Projektanlass/Hintergrund

Kleinere und/oder finanzschwächere EU-Länder sind an außereuropäischen Orten häufig weniger stark vertreten als die großen EU-Mitglieder. Und: Wenn sie überhaupt Kulturinstitute unterhalten, dann in der Regel in Europa und bei den nächsten Nachbarn. Daher sind sie häufig über Planungen von gesamteuropäischen kulturellen Veranstaltungen durch »die Großen« in Drittländern nicht informiert und schon gar nicht einbezogen. Das erzeugt Ungleichwertigkeiten, die der innereuropäischen Kohäsion ebenso schaden wie der gesamteuropäischen Außenwirkung.

Projekthalt und Ziele

Angestrebt werden zwei Ziele:

1. Die Informationsvermittlung über entsprechende Planungen.
Allein das Wissen um derartige gesamteuropäische Projekte würde zur Stärkung des innereuropäischen Raumes beitragen, böte Anregungen für vergleichbare Veranstaltungen an anderen Orten und würde das Bild Europas als Vielfalt in der Einheit in der Außensicht betonen.
2. Das Angebot, qualifizierten Vertretern aus finanzschwächeren EU-Ländern über EU-Zuschüsse aus einem EU-Ausgleichsfonds eine Beteiligung zu ermöglichen.
Allein die Tatsache, dass ein derartiges Angebot besteht, ganz gleich, ob es genutzt wird oder nicht, trüge zur innereuropäischen Balance und zur außereuropäischen Gesamtwirkung bei.

Darüber hinaus würde es den Organisatoren vor Ort erleichtert, kompetente Künstler/Referenten aus finanzschwächeren EU-Ländern einladen zu können.

Projektdurchführung

1. Das federführende Kulturinstitut (Botschaft, EU-Delegation) vor Ort gibt rechtzeitig nach einem vereinbarten Muster alle relevanten Informationen in eine zentral in Europa verwaltete Website ein (z.B. Ort; Thema, dessen Relevanz für die EU sowie für das Gastland; Zeitpunkt; Dauer; Partner vor Ort; bislang eingeladene Künstler/Referenten; Stand der Planung: abgeschlossen oder noch offen; Qualifikationserfordernisse für mögliche wei-

tere Teilnehmer; begründeter Wunsch, Einladungen an Künstler/Experten aus finanzschwächeren EU-Ländern auszusprechen etc.).

2. Die Verwalter der Website prüfen mit einem Beirat eingegangene Wünsche oder Bewerbungen und geben ihre Ergebnisse an die Betroffenen weiter. Kommt eine Bewerbung aus einem kleinen finanzschwächeren EU-Land bzw. wird ein qualifizierter Teilnehmer von dort erwünscht, dann wird diesem ein Zuschuss zugesagt, der nach Ablauf der Veranstaltung ausgezahlt würde. Dass die Informationsvermittlung, die Bewertung von Wunschkandidaten bzw. der sich Bewerbenden innerhalb einer Frist von acht Wochen von den Zuständigen zu bewältigen ist, beweisen vergleichbare, höchst erfolgreiche Mobilitätsprogramme unabhängiger europäischer Kultureinrichtungen.

Zur Veranschaulichung

Ein qualifizierter Bewerber/Wunschkandidat, beispielsweise aus Dänemark, wäre informiert. Bei frühzeitiger Information könnte er sich noch in die Planung einbringen. Bei knapper Frist könnte er ohne EU-Bezuschussung an der geplanten Veranstaltung teilnehmen. Sein entsprechend akzeptierter Kollege aus beispielsweise Slowenien würde einen Zuschuss erhalten. Letzteres sollte auch für gewünschte/sich qualifiziert bewerbende Künstler/Teilnehmer aus beispielsweise Serbien oder Albanien gelten. Denn im Sinne der EU-Nachbarschaftspolitik sollte dieses Pilotprojekt auf die neuen Nachbarn ausgeweitet werden.

Die Rolle der EU-Kommission

1. Die EU gibt vor, was unter finanzschwächeren EU-Mitgliedern zu verstehen ist. Sie könnte beispielsweise die Kriterien bei der heutigen Förderung strukturschwacher Gebiete anwenden oder vom Bruttosozialprodukt ausgehen.
2. Die EU erstellt die Website und verwaltet das Projekt bzw. übergibt diese Aufgabe an eine qualifizierte unabhängige europäische Kultureinrichtung.
3. Die EU schafft einen kleinen, selbst oder von Dritten verwalteten Ausgleichsfonds, aus dem Folgendes bezahlt werden könnte:
 - a. ein Bonus/Zuschuss für die informierenden Veranstalter in Drittländern zum Projekt;
 - b. evtl. anfallende Overheadkosten bei Auslagerung des Projektes an Dritte;
 - c. Zuschüsse für gewünschte oder sich bewerbende qualifizierte Teilnehmer aus finanzschwächeren EU-Ländern bzw. aus den neuen Nachbarländern.

Evaluierung

1. Die bezuschussten Teilnehmer schreiben nach Ablauf der Veranstaltung einen Bericht.
2. Nach vier Jahren wird das gesamte Pilotprojekt von der verwaltenden Stelle evaluiert.

Zweites Pilotprojekt

Aufbau eines gesamteuropäischen Anschluss-Besucherprogramms durch Vernetzung der bestehenden nationalstaatlichen Programme in Europa. Zuschussangebot der EU für begründete Anschlussreisen in finanzschwächere Mitgliedstaaten

Projektanlass/Hintergrund

Viele EU-Mitglieder haben ein Besucherprogramm, auch für kulturelle Akteure aus Drittländern. Die »größeren« sind besser finanziell ausgestattet, die »kleineren« oft nur sehr mager. Vernetzt sind sie nicht. Der eine weiß vom anderen nicht, wer, wann aus einem Drittland eingeladen wird und ob berechnete Wünsche für Anschlussreisen bestehen. Nicht jeder eingeladene Künstler/Kulturexperte hat die Kontakte und die Mittel, sich selbst eine Anschlussreise zu organisieren oder sich organisieren zu lassen, schon gar nicht mit Blick auf ein finanzschwaches EU-Land. Diesem beinahe absurd anmutenden Zustand sollte mit wenig Aufwand abgeholfen werden.

Projekthalte/Ziele

Angestrebt werden zwei Ziele:

1. EU-weite Informationsweitergabe von nationalstaatlich ausgesprochener Einladung an Kulturschaffende, Vermittler, Journalisten und Politiker aus Drittländern, wenn die Eingeladenen begründete Wünsche für Anschlussreisen haben. Allein diese Information trüge zur innereuropäischen Annäherung bei. Und nach außen würde das Bild eines in sich kommunizierenden Europas vermittelt. Das Goethe-Institut spricht jährlich ca. 100 Einladungen an Kulturschaffende aus aller Welt aus. Etwas mehr werden es beim British Council oder beim Institut Français sein. Das sind überschaubare Quantitäten. Da nicht jeder Eingeladene eine Anschlussreise wünscht bzw. diese begründen kann, reduziert sich in der Praxis die Zahl noch erheblich. Außerdem, arbeiten die Besucherdienste erst einmal zusammen, dann werden sie sich auch Langstreckenflüge teilen, wie das Festivals längst tun.
2. Bezuschusste Anschlussreisen in finanzschwächere EU-Mitgliedsländer. Das Angebot, bei begründetem Interesse des aus einem Drittland Eingeladenen bzw. auf der Basis einer qualifizierten Einladung aus finanzschwachen EU-Ländern mittels Zuschüssen eine Anschlussreise in diese zu ermöglichen, würde ein innereuropäisches Bindemittel schaffen. Nach außen und von außen gesehen, würde der Solidaritätseffekt wirken.

Projektdurchführung

1. Der jeweils einladende nationalstaatliche Besucherdienst gibt rechtzeitig nach einem vorgegebenen Muster alle relevanten Informationen zu der

geplanten Besucherreise mit Anschlusswünschen an eine zentral verwaltete Website durch bzw. informiert den Besucherdienst eines »reicheren« EU-Landes direkt nach einem abgestimmten Muster: z.B. Name, Adresse, Funktion des Eingeladenen, Grund für die Einladung, Zeitpunkt, Dauer der Reise, vorläufiges Programm, geäußerte und begründete Anschluss-Reise-Wünsche mit Angabe der zu besuchenden Personen/Einrichtungen.

2. Bei Anschlussreisen in finanzschwächere EU-Länder wickeln die Verwalter der Website/des Projektes in Zusammenarbeit mit der zuständigen Einrichtung vor Ort den Zuschuss ab.

Zur Veranschaulichung

Ein wahres Beispiel: Ein afrikanischer TV-Regisseur wurde vom Goethe-Institut nach Deutschland eingeladen. Gerne wollte er auch die Redaktion von ARTE in Straßburg besuchen. Aus haushaltsrechtlichen Gründen ging das aber nicht. Eine Fahrkarte war nur bis zur deutschen Grenzstation, Kehl, möglich. Über die Brücke nach Straßburg hätte er dann zu Fuß laufen und auch unter dieser schlafen müssen. Zuständig wäre jetzt der französische Besucherdienst gewesen, dieser aber hatte keine Ahnung von dem Anliegen. Ob er denn für die Anschlußskosten aufgekommen wäre, bleibt im Nebel der Vermutungen. Hätte der afrikanische Regisseur gerne die Filmstudios in Riga besuchen wollen, bzw. die nicht so finanzstarken Letten hätten ihn gewollt, dann hätten die Verwalter des Ausgleichsfonds in Zusammenarbeit mit den zuständigen Letten einen EU-Zuschuss abgewickelt. Das Gleiche hätte für eine Anschlußreise nach Kroatien oder Montenegro gegolten – im Geiste der bereits geschilderten europäischen Nachbarschaftspolitik.

Die Rolle der EU-Kommission

1. Die EU gibt vor, was unter finanzschwächeren EU-Ländern zu verstehen ist. Sie könnte beispielsweise die Kriterien bei der heutigen Förderung für strukturschwache Regionen anwenden oder vom Bruttosozialprodukt der entsprechenden Länder ausgehen.
2. Die EU erstellt die Website und verwaltet das Projekt bzw. übergibt diese Aufgabe an eine qualifizierte unabhängige europäische Kultureinrichtung.
3. Die EU schafft einen kleineren, selbst oder von Dritten verwalteten Ausgleichsfonds, aus dem Folgendes bezahlt werden müßte:
 - a. eventuell anfallende Overheadkosten bei Auslagerung des Projektes an Dritte;
 - b. Zuschüsse für begründete Anschlussreisen in finanzschwächere EU-Länder.

Evaluierung

1. Die bezuschusten Anschluss-Besucher schreiben nach Ablauf der Reise einen Erfahrungsbericht.
2. Nach vier Jahren wird das gesamte Pilotprojekt von der verwaltenden Stelle evaluiert.

Drittes Pilotprojekt

Aufbau eines vernetzten Besucherprogrammes der europäischen Nationalstaaten in Drittländern. Zuschussangebot der EU für begründete Wünsche der Kandidaten bzw. bei begründeten Einladungen aus Drittländern an Kulturschaffende aus finanzschwächeren EU-Ländern

Projektanlass/Hintergrund

Es ist leichter, das Interesse auf Europa zu lenken, als die Neugier auf außereuropäische Länder anzuregen, vor allem, wenn die dortigen Lebensverhältnisse aus nicht sehr attraktiv eingeschätzt werden. Das trifft auf viele Länder zu. Ärmere und strukturschwächere Drittländer sind sich dieses mangelnden Interesse aus Europa wohl bewusst. Es ist im europäischen Interesse, dieses Wissen um die Ungleichartigkeit nicht in ein krisenträchtiges Gefühl der Ungleichwertigkeit umschlagen zu lassen.

Vor allem finanzstarke EU-Länder unterhalten Stipendienprogramme für Künstler und kulturelle Akteure in Drittländern. Das versetzt diese Kulturschaffenden in die Lage, Kontakte zu knüpfen, Anregungen zu vermitteln, aufzunehmen und zurück zu bringen. Ihre Kollegen aus finanzschwächeren EU-Ländern haben diese Chance kaum.

Projekthalt/Ziele

Angestrebt werden zwei Ziele:

1. Informationsweitergabe der bislang recht begrenzten Stipendienprogramme der EU-Länder in Drittländern. Allein diese gebündelten Informationen stellen eine vertrauensbildende Maßnahme dar.
2. Das Angebot an ärmere Drittländer, aus einem EU-Ausgleichsfonds qualifizierte Kandidaten einladen zu können. Das gleichzeitige Angebot an reichere wie finanzschwächere EU-Länder, mit unterschiedlichen EU-Zuschussmitteln qualifizierte Kulturkandidaten zu Aufhalten in wenig attraktiv erscheinende Drittländer zu motivieren. Dadurch würde das Gefühl der Gleichwertigkeit innerhalb der EU sowie im Verhältnis zu den Drittländern gestärkt. Außerdem erschiene die EU als ein zusammenhaltendes Ganzes trotz aller Unterschiedlichkeiten. Und: Europa hat nicht nur zu geben, sondern braucht selbst neue, unkonventionelle, bislang nicht praktizierte, also ungewohnte Ideen.

Projektdurchführung

1. Die EU-Mitglieder (in einem möglichen zweiten Schritt auch Regionen, Städte, Stiftungen) geben ihre entsprechenden Stipendienprogramme auf einer zentralen europäischen Website ein. Um Kompatibilität zu gewährleisten, folgen sie dabei einem abgestimmten Muster (z.B. Zielort, begünstigte Zielgruppe, subventionier-

te Dauer des Aufenthaltes, Subventionsbedingungen etc.).

2. Die Verwalter der Website sorgen für ein kompatibles, kundenfreundliches Informationsprogramm. Dieses signalisiert auch, unter welchen Bedingungen kulturelle Einrichtungen/Medien in den genannten Drittländern mit einem EU-Zuschuss Einladungen an Künstler, Kulturforscher, Kulturvermittler, Kulturjournalisten etc. aussprechen können. Für eine Einladung/Entsendung aus einem »ärmeren« EU-Land könnte ein besonderer »Tarif« gelten.

Zur Veranschaulichung

Ein wahres Beispiel: Das Museum in Kaunas (der ehemaligen Hauptstadt Litauens) würde gerne einen Museumsfachmann für mehrere Monate einladen, um die wenig entschlüsselten Museumsbestände, zumeist unsigniert aus dem 19. Jahrhundert, entziffern zu helfen. Dafür gibt es aber keine Stipendien-/Hospitantz-/Praktika-Programme, obwohl es sich hier keinesfalls um eine einseitige EU-Hilfestellung handelt. Im Gegenzug wäre der im Kaunas-Museum in Dauerausstellung überragende Symbolist Cuillonis zu entdecken, der bislang nur in Expertenkreisen bekannt ist. Es wäre also Geben und Nehmen. Das Gleiche trifft auf viele Museen in Südamerika und, in relativierter Form, auch auf Afrika zu und ist natürlich nicht auf die Museumswelt beschränkt. Ein offenes Europa könnte nicht nur helfen, sondern sehr viel von anderen profitieren.

Würde ein finnischer Experte (ein niederländischer, ein dänischer, ein französischer etc.) in Kaunas gewünscht werden oder bereit sein, dahin zu gehen, um im Beispiel zu bleiben, dann sollte er einen EU-Zuschuss bekommen. Bei einem polnischen oder serbischen Experten müßte der EU-Zuschuss wohl etwas höher ausfallen.

Die Rolle der EU Kommission

1. Die EU gibt vor, was unter finanzschwächeren Drittländern bzw. finanzschwächeren EU-Ländern zu verstehen ist. Sie könnte beispielsweise die Kriterien bei der heutigen Förderung strukturschwacher Gebiete innerhalb der EU anwenden, oder vom Bruttosozialprodukt ausgehen.
2. Die EU erstellt die Website und verwaltet das Projekt bzw. übergibt diese Aufgabe an eine qualifizierte unabhängige europäische Kultureinrichtung.
3. Die EU schafft einen kleinen, selbst oder von Dritten verwalteten Ausgleichsfonds, aus dem die Zuschüsse bezahlt werden.

Evaluierung

1. Die bezuschussten Reisenden schreiben nach Ablauf ihres Aufenthaltes in einem Drittland einen Bericht.
2. Nach vier Jahren wird das gesamte Pilotprojekt von der verwaltenden Stelle evaluiert.

Anlage 2

Beispiele der Behandlung europäischer Themen in der auswärtigen Kulturpolitik aus der Arbeit des deutschen Goethe-Instituts

Gesamtbetrachtung

Bei den fünf folgenden Beispielen aus Bratislava, Chicago, Colombo, Dakar und Melbourne geht es um drei Aspekte:

1. Themen von gesamteuropäischer Relevanz bzw. die EU als Thema,
2. Kooperationsformen von Vertretern aus den EU-Ländern vor Ort,
3. die Rolle der EU.

Die Beispiele zeigen,

- dass die Erörterung europarelevanter Themen auf dem Bedürfnis in Drittländern auf Erfahrungsaustausch beruht, da sie mit ähnlichen Phänomenen, wenn auch anders gelagerter Problematik konfrontiert sind (v.a. Colombo, Melbourne);
- dass die EU des öfteren selbst ein Thema darstellt (v.a. Bratislava, Chicago, Colombo, Dakar);
- dass bei thematischer Zuständigkeit der EU-Mitgliedsländer die kooperative Veranstaltungsform die optimale ist (v.a. Chicago, Melbourne);
- dass eine kooperative Veranstaltungsform dennoch zweifelhaft sein kann, wenn sie nur additiven Charakter hat und darüber hinaus die Stimmen der am Ort nicht vertretenen Länder⁴⁸ nicht berücksichtigt (v.a. Dakar);
- dass der Dritte Sektor kaum einbezogen wird (bei keinem der Beispiele);
- dass die Europäische Union bei der Behandlung des Phänomens »EU« auch als Partner fungieren sollte (nicht in Colombo, wohl in Bratislava);
- dass die EU bei Veranstaltungen mit europarelevanten Themen in Drittländern als Unterstützer auftreten sollte (nicht in Chicago, Dakar, wohl in Melbourne).

Die Beispiele wollen Hinweise geben für einen durch die EU zu entwickelnden Referenzrahmen für unterstützungswürdige kulturelle Projekte in Drittländern. Weitere Beispiele von anderen Kulturmittlern in Drittländern könnten dazu weitere Aspekte liefern.

Es liegt im Interesse der EU, derartige Veranstaltungen zu stützen, denn noch überwiegt eindeutig nationalstaatliches Denken bei der Organisation von Veranstaltungen, und die Kooperationsformen sind oft rein zufälliger Art. Aber der Nährboden für eine gesamteuropäische Denkweise, zusätzlich zu der nationalstaatlichen, ist da.

Beispiel 1: Institut Melbourne

Thema der Veranstaltung: European Year of Languages: Perspectives on Culture, Education and Politics (Symposium).

Dauer: 1 Tag (Jahr 2001).

Teilnehmer: Linguisten, Entscheidungsträger aus Schulbehörden und Erziehungsministerien, Lehrer.

Teilnehmer-/Besucherzahl: 240.

Partner des Goethe-Instituts:

a. im Gastland: Contemporary Europe Research Centre;
b. EU: Frankreich (Alliance Française), Italien (Italian Institute of Culture), EU-Delegation.

Inhalt/Ziele

Die Konferenz brachte Teilnehmer aus Forschung, Schule, tertiärem Bildungsbereich, Ministerien, Schulbehörden und dem Kulturleben zusammen. Sie setzten sich mit Fachleuten aus den mitveranstaltenden EU-Ländern zu folgenden Aspekten auseinander:

- Vergleich der Richtlinien zum Fremdspracherwerb,
- Möglichkeiten des Fremdspracherwerbs,
- Anwendungsbereiche,
- Verbindungen zwischen Fremdspracherwerb und Kulturleben, vor allem im australischen Kontext.

Im Bericht des Instituts wird nicht ausdrücklich erwähnt, ob auch das Muttersprachenproblem von Immigranten behandelt wurde, doch scheint aus dem Kontext hervorzugehen, daß das der Fall war.

Signifikanz für EU-AKP

Sprachenvielfalt gehört zu den markantesten Merkmalen der kulturellen Situation in der EU, erst recht nach der Erweiterung. Sie ist Reichtum und Problem zugleich und bedarf daher der besonderen Aufmerksamkeit im europäischen Einigungsprozess. Die Frage, welche Fremdsprachen in den Bildungssystemen der Mitgliedsstaaten angeboten werden, wird noch auf lange Zeit hin Diskussionsbedarf liefern. Australien als klassisches Einwanderungsland weist eine ähnliche Sprachenvielfalt auf, allerdings vor dem ganz anders gearteten Hintergrund einer einheitlichen Staatssprache. Die Mehrzahl der EU-Staaten sind heute faktisch ebenfalls Einwanderungsländer und haben unter diesem Aspekt direkt vergleichbare Probleme.

Für beide, EU und Australien, ist das Wechselspiel von Erhalt des Reichtums der Sprachenvielfalt, seiner Bedeutung für die Lebendigkeit und Differenzierung der gesamten Kulturszene auf der einen Seite und dem Sog und praktischen Nutzen einer gemeinsamen Verkehrssprache auf der anderen ein aktuelles Thema, wenn auch vor unterschiedlichen Hintergründen und Problemstellungen.

Eine Veranstaltung wie das Melbournier Symposium zeigt, wie ein in dieser Form fast singuläres Merkmal der EU, das der Sprachenvielfalt und der Konsequenzen, die sich für die EU und den EU-Raum daraus ergeben, fruchtbar werden kann für einen Erfahrungsaustausch mit einem Land/einer Region mit ähnlichen Phänomenen, aber anders gelagerter Problematik.

Ein Thema wie dieses ist ein gutes Beispiel für eine kooperative Behandlung durch möglichst viele Mitgliedsstaaten vor Ort. Da Muttersprache und Fremdsprachen-

erwerb in der EU in den Kompetenzbereich der Mitgliedsstaaten gehören, sollte die Federführung in der AKP bei ihren miteinander kooperierenden Vertretungen im Gastland liegen. Die EU-Ebene kann unterstützend mitwirken, wie in diesem Fall geschehen.

Beispiel 2: Institut Colombo

Thema der Veranstaltung: Today's Challenges to Conflict Resolution: Europe and Sri Lanka (nicht öffentliches, reines Expertensymposium).

Dauer: 1 Tag (Jahr 2000).

Teilnehmer: laut namentlich im Bericht aufgeführter Teilnehmerliste war das Symposium hochkarätig besetzt. Leitende Mitarbeiter thematisch einschlägiger Organisationen, staatlich und privat, aus dem Gastland, aus Presse, Medien und der Forschung diskutierten mit Experten aus Deutschland.

Teilnehmer-/Besucherzahl: 21.

Partner des Goethe-Instituts:

a. im Gastland: National Peace Council;

b. EU: keine.

Inhalt/Ziele

Vergleich der Strategien im Umgang mit Konfliktsituationen in Sri Lanka und der EU. Hintergrund in Sri Lanka ist der Tamilenkonflikt. Auf europäischer Seite wurden vor allem die Erfahrungen mit dem Eingreifen im ehemaligen Jugoslawien, im Kosovo und in Mazedonien thematisiert.

Der Institutsbericht spricht von einer der ergebnisreichsten und wichtigsten Veranstaltungen des Goethe-Instituts Colombo. Die Teilnehmer beider Seiten hätten betont, wichtige Informationen und Anregungen erhalten zu haben.

Signifikanz für EU-AKP

Man erinnere sich: Der Zerfall Jugoslawiens und die daraus entstandenen Bürgerkriege hatten zu einer der bisher tiefgreifendsten Krisen im Selbstverständnis Europas geführt. Überall wurde vom nicht nur politischen, sondern auch moralischen Versagen der EU gesprochen. Spätestens seither ist die sicherheitspolitische Diskussion in der EU eng mit der über ihr Selbstverständnis verbunden, als ein Prüfstein ihres Anspruchs, eine Wertegemeinschaft zu sein.

Das Thema hat daher einen eindeutigen Bezug auf die EU selbst. Es wäre eigentlich folgerichtig, wenn die EU in der internationalen Diskussion über Konfliktbeherrschung und Konfliktkultur auch als Partner fungieren würde.

Beispiel 3: Institut Bratislava

Thema: 1001 Europa – Einheit und Vielfalt (Veranstaltungsreihe).

Dauer: 1999–2002.

Teilnehmer/Beiträger: Wissenschaftler, Fachleute,

Politiker, Journalisten und Künstler aus den Ländern der Veranstalter und des Gastlandes.

Besucherzahlen: zwischen 80 und 950 je Einzelveranstaltung, i.d.R. 100–250.

Partner des Goethe-Instituts:

a. im Gastland: wechselnd, meist die Comenius Universität;

b. EU: französisches Kulturinstitut, österreichisches Kulturzentrum, EU-Delegation.

Inhalt/Ziele

In 21 thematischen Einzelveranstaltungen (Vorträge und seminarartige Formen) unter dem o.a. Titel über drei Jahre hinweg machten die Veranstalter ein relativ breites und den Berichten nach für die Meinungsbildung in Bratislava relevantes Publikum mit wichtigen Aspekten des bevorstehenden Beitritts der Slowakei zur EU bekannt. Alle Veranstaltungen hatten eine abschließende Diskussionsphase, mehrfach vom Rektor oder Vizerektor der Comenius Universität moderiert. Die einzelnen Themen (je eine Veranstaltung):

- Minderheiten und ihre Bedeutung für die kulturelle Vielfalt Europas
- Zehn Jahre nach Fall des Eisernen Vorhangs: Grenzen Europas heute
- Wer ist Europäer?
- Auf dem Weg in die Europäische Union – Chancen und Risiken
- Die Zukunft der Institutionen in der EU
- Die musikalischen Grenzen Europas
- Ethnische Konflikte in Zentraleuropa – über den Umgang mit Widersprüchen
- Regionalentwicklung und Arbeitsplätze
- Literarische Mythen in Europa
- Bevölkerungsentwicklung in Westeuropa und den ehemaligen sozialistischen Staaten in Mittel- und Osteuropa
- Grenzen – konzeptionelle und räumliche Veränderungen, Beispiele aus Europa
- Das Bild der Slowakei in den europäischen Medien
- Der Beitrag des Judentums zur europäischen Kultur
- Kein Europa ohne Mitteleuropa
- Die Slowakei auf dem Weg in die EU
- Die Zukunft der Arbeit in Europa
- Gesundheitssysteme in Europa
- Die Zukunft der europäischen Landwirtschaft
- Multikulturalismus in Europa
- Die Wirtschaft als Motor der europäischen Integration

Die angegebenen Besucherzahlen lassen auf beträchtliches Interesse an der Veranstaltungsreihe schließen. Auffällig ist, dass die Namen der Vortragenden und Mitwirkenden nach den ersten Veranstaltungen schnell prominenter werden. Das deutet auf rasch erworbenes Prestige hin. Als Beispiele seien genannt: Rita Süßmuth, Jürgen Habermas, Franz Fischler, Bernd Posselt, Erhard

Buzek, Jacques Rupnik. Unter prominenten Besuchern wird z.B. der slowakische Justizminister aufgeführt und eine Zusage des slowakischen Staatspräsidenten Schuster für einen Vortrag in der Reihe erwähnt (über den es jedoch keinen Bericht gibt). Die Berichte zeigen, dass die Subsumierung der Einzeltitel unter ein Generalthema, der lange Atem über drei Jahre hinweg, die Regelmäßigkeit der Abfolge der Einzelveranstaltungen und die Aktualität durch den bevorstehenden EU-Beitritt eine ideale Kombination für die offensichtlich starke Wirkung waren. Einzelne Erwähnungen über Einstellen von Vortragsskripten ins Internet.

Signifikanz für EU-AKP

Die Veranstaltungsreihe zeigt eine Möglichkeit, Bürger eines Landes in den Vorbereitungsprozess des EU-Beitritts einzubeziehen, so begrenzt die Teilnahme zahlenmäßig auch sein mag. Aufgrund der Berichte ist davon auszugehen, dass es über Presseberichte, Internetveröffentlichungen und Multiplikatoreffekte eine gewisse zusätzliche Breitenwirkung gegeben hat. Die prominent moderierten und offenkundig ausgehenden und lebhaften Diskussionen gaben einem Personenkreis eine Stimme, die ihm auf der rein politischen Ebene i.d.R. verwehrt ist. Das Bewusstsein, zumindest ein Angebot zu bekommen, mitreden zu dürfen, den Vorbereitungsprozess nicht völlig passiv erleben zu müssen, sollte für die Akzeptanz, für die Identifizierung der Bevölkerung mit dem EU-Beitritt nicht unterschätzt werden. Sicher vermitteln Veranstaltungen dieser Art auch viel konkreter und anschaulicher Informationen zu wesentlichen Aspekten künftiger Mitgliedschaft in der EU als nur Politikerreden, Zeitungsartikel oder Nachrichtenmeldungen. Die Trägerschaft durch EU-Mitglieder zeigt dem Beitrittsland das Interesse, das man ihm als künftigen Mitgliedsstaat entgegenbringt. Wieviel stärker könnte dieses Signal sein, wenn eine solche Veranstaltungsreihe von mehr als nur drei Mitgliedsländern getragen würde. Hier sollte die EU, die in diesem Falle finanziell unterstützend beteiligt war, künftig zusätzlich organisatorisch zur Gewinnung weiterer Mitgliedsstaaten als Kooperationspartner aktiv werden.

Beispiel 4: Institut Chicago

Thema: EU Literature Festival 1999–2002.

Dauer: je 2–3 Tage.

Teilnehmer: zwischen 4 (2002) und 6 (2000) Schriftsteller, je einer aus einem EU-Land.

Besucher: 180 (2000), 160 (1999 und 2001), 70 (2002).

Partner des Goethe-Instituts:

a. *im Gastland:* Chicago Humanities Festival und Städtepartnerschaftsbüro Chicago;

b. *EU:* in Chicago vertretene EU-Länder (bisher: Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Österreich, Niederlande, Belgien, Dänemark, Irland).

Inhalt/Ziele

Kooperative Veranstaltungsreihe der in Chicago konsularisch oder kulturell vertretenen EU-Staaten aufgrund des großen Erfolgs der seit 1997 regelmäßig präsentierten EU-Filmfestivals. (Bericht für 2003 war noch nicht verfügbar.) Die Reihe ist bei positiver Evaluierung auf Dauer konzipiert. Jedes EU-Land ist aufgerufen, einen Schriftsteller pro Jahr für das gemeinsame Literaturfestival einzuladen. Möglichst sollen Werke bereits in Amerika erschienen sein, was jedoch öfter nicht der Fall war. An zwei bis drei aufeinander folgenden Tagen wechseln sich Lesungen (mit englischen Übersetzungen) und Aussprachephasen ab. Am Ende steht eine gemeinsame, von einem bekannten amerikanischen Journalisten moderierte Podiumsdiskussion. Erklärtes Ziel der Veranstalter ist, »die kulturelle Komponente der Europäischen Union zu demonstrieren«, »Gemeinsamkeiten und Vielfalt im Literaturbetrieb Europas« zu zeigen, »die EU auch als kulturelle Gemeinschaft im Bewusstsein der amerikanischen Öffentlichkeit einzuprägen«.

Signifikanz für EU-AKP

Literatur gehört in die Zuständigkeit der Mitgliedsländer und soll und wird dort auch in Zukunft bleiben. Die kooperative Veranstaltungsform ist hier die optimale Art, sich im außereuropäischen Ausland als kulturelle Gemeinschaft zu präsentieren und in dieser Form einen europäisch geprägten kulturellen Austausch zu betreiben. Dass man damit erhebliche Wirkung erzielen kann, stellen nicht nur die Veranstaltungsberichte heraus, sondern beweist auch die Weiterführung, die von Jahr zu Jahr neu vereinbart werden muss.

Ein Schwachpunkt im Hinblick auf eine möglichst breite Beteiligung der Mitgliedsländer ist, dass bisher nur die konsularisch oder kulturell in Chicago vertretenen Länder beteiligt sind. Das schließt vor allem die kleinen und ärmeren Staaten aus. Hier würde eine organisatorische, vor allem aber finanzielle Hilfestellung der EU-Ebene (z.B. Kommission) entscheidend dazu beitragen, dass künftig auch diese Länder ihre herausragenden Schriftsteller bzw. Künstler und künstlerischen Leistungen im europäischen Kontext mit einbringen könnten. Veranstaltungen wie diese würden damit zeigen, dass die Literaturszene (Kunst-, Kulturszene) Europas tatsächlich noch viel breiter, vielfältiger und lebendiger ist als bisher präsentiert. Den von der Teilnahme bisher praktisch ausgeschlossenen Ländern würde auf der anderen Seite gezeigt, dass der Union daran gelegen ist, sie als Mitglieder der europäischen Gemeinschaft in den kulturellen Dialog mit der Welt einzubeziehen. Ein sicher nicht gering zu schätzender Beitrag zur Stärkung des Europabewusstseins in diesen Staaten.

Beispiel 5: Institut: Dakar

Thema: Europäische Kultur im Internet.

Dauer: 1 Tag (Jahr 2000).

Teilnehmer/Besucher: 51.

Partner des Goethe-Instituts:

a. im Gastland: Maison de la Culture Doua Seck;

b. EU: »Groupe Europe 2000« (örtlicher Verbund von sieben EU-Ländern: Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Niederlande, Österreich, Italien, Portugal).

Inhalt/Ziele

Öffentliche Online-Projektion von Webseiten zur europäischen Kultur im Internet. Jedes teilnehmende EU-Land stellte wichtige Internetseiten aus seinem Land vor. Für die Veranstaltung wurde ein kommentiertes Web-Adressen-Verzeichnis erstellt und verteilt. Die Relevanz für das Gastland ist die rasant wachsende Internetnutzung im Senegal. Als wichtige Ergebnisse der Veranstaltung hebt der Bericht des Goethe-Instituts hervor:

- Die Vertiefung der kulturellen Zusammenarbeit der EU-Länder im Senegal.
- Das Aufzeigen der Vielfalt europäischer Kulturen (»Weg vom Fokus Paris«).
- Die Einübung selbstständiger Recherche-Techniken für das überwiegend studentische Publikum.

Signifikanz für EU-AKP

Das kooperative Auftreten unter einem europäischen Titel (»Groupe Europe 2000«) ist das durch das Subsidiaritätsprinzip (Kulturhoheit der Mitgliedsstaaten) vorgegebene Format. Interessant ist sicher die im Bericht hervorgehobene Zielsetzung, die bisherige Fokussierung im Senegal auf Frankreich auf eine europäische Perspektive zu erweitern. Da die Franzosen Mitveranstalter waren, tragen sie das offenbar mit (was noch vor wenigen Jahren höchst ungewöhnlich gewesen wäre!).

Europäisch war die Veranstaltung laut Bericht aber dennoch nur bedingt. Jedes teilnehmende Land hat danach Beispiele aus seinem Land präsentiert. Das sparte nicht nur die nicht beteiligten Mitgliedsstaaten aus, sondern hat offenbar auch von dem gerade im Internetbereich so wichtigen und vielfältigen, nicht national ausgerichteten privaten Anbieterkreis in Europa nur ein höchst unvollständiges Bild vermittelt. Das ist nicht nur inhaltlich eine Einschränkung. Gerade angesichts des herausgestellten Ziels, die Vielfalt der europäischen Kulturszene zu demonstrieren, läge in dieser Themenstellung eine ideale Gelegenheit, den so reichen und vielgestaltigen Beitrag privater und informeller Akteure zu zeigen. Die EU könnte hier in Zukunft entscheidende Hilfestellung geben, wenn sie eine Informationsplattform über diese informelle Anbieterszene erstellen würde und vor Ort nicht vertretenen Mitgliedsländern, vor allem kleinen und finanziell schwachen, finanzielle Unterstützung anbieten könnte. Diese Aufgaben können von keiner anderen Institution geleistet bzw. erwartet werden.

Anlage 3

Beispiel der Behandlung europäischer Thematik durch die unabhängige Stiftung: Fund for Central and East European Bookprojects (CEEBP), Amsterdam

Orte: Beitrittsländer und »neue EU-Nachbarn« in Ost- und Mitteleuropa.

Thema: European History and Integration Programme.

Dauer: ab 2001.

Partner: Verleger in diesen ost-/mitteleuropäischen Ländern.

Inhalt/Ziele

Die gegenwärtige Debatte zur europäischen Integration, zu deren historischen Wurzeln und gegenwärtigen Institutionen, ist für diese exkommunistischen Länder nur schwer nachvollziehbar. Deshalb wurde auf Bitte dortiger Verleger das genannte Übersetzungsprogramm eingerichtet. Für begründet vorgetragene Titel zur europäischen Geschichte, Politik, Wirtschaft, Kultur, Literatur und zum europäischen Recht erhalten die Verleger Zuschüsse für Übersetzungen in die jeweilige Landessprache. Dabei spielt das Herkunftsland des Buches keine Rolle. Es kann von einem Intellektuellen aus dem Kosovo geschrieben sein, wie von einem Autor aus den USA, England, Deutschland etc. Eine paneuropäische Fachjury und unabhängige Experten beurteilen den jeweiligen Antrag nach der Qualität des Titels, des Übersetzers, des Verlages, bewerten die Vertriebsmöglichkeiten und die Relation zwischen Overhead-Ausgaben und Gesamtkosten. Es geht also auch um eine Hilfestellung in der für viele Verleger sehr ungewohnten Marktwirtschaft.

Signifikanz für EU-AKP

Nur einige wenige Titel mögen die gesamteuropäische Relevanz illustrieren:

- Deák, István / Gross, Jan T. / Judt, Tony (Hrsg): Europe on Trial. The politics of Retribution in Europe. World War II and its Aftermath. Übersetzung ins Rumänische, 2003.
- Russell, Bertrand: History of Western Philosophy. Übersetzung ins Polnische, 2001.
- Smith, Karen: The Making of EU Foreign Policy. The Case of Eastern Europe. Übersetzung ins Bulgarische, 2002.
- Tolstaya, Tatjana: Denj (Essays). Übersetzung ins Albanische, 2003.
- Vidal-Naquet, Pierre: La démocratie grecque vue d'ailleurs. Übersetzung ins Serbische, 2003.

Viele weitere Übersetzungen »ost-ost« oder »west-ost« könnten angeführt werden. Sie helfen, bei einem allgemein gebildeten Publikum das verschüttete Wissen über europäische Gemeinsamkeiten wieder auszugraben und die heutige Situation zu veranschaulichen, von der infrastrukturellen Verbesserung durch ständigen Dialog mit den Verlegern ganz abgesehen.

Zweifellos sind beide Ziele im außen-/sicherheitspolitischen Interesse der EU und ihrer deshalb proklamierten Nachbarschaftspolitik. Derartige Übersetzungsprogramme sind EU-förderungswürdig, zumal kein europäischer Nationalstaat derart länderübergreifend kooperieren würde und könnte.

Anlage 4

Beispiel für die Ermöglichung EU-grenzüberschreitender Mobilität durch die unabhängige Europäische Kulturstiftung (ECF), Amsterdam

Orte: EU-Länder, Beitrittsländer, und Nicht-Beitrittsländer in Nordost-, Zentral- und Südosteuropa (im Mittelmeerraum).

Thema: STEP *beyond* (Supporting Travel for European Projects).

Dauer: seit Beginn 2003 (als erweiterte Ablösung eines früheren Mobilitätsprogramms APEX).

Partner und Zielgruppe: Berufskünstler, Kulturmanager, Kulturjournalisten, literarische Übersetzer, Kulturforscher (keine Regierungsvertreter, keine Studenten, keine Festival-, Kongressbesucher oder Fortzubildende).

Inhalt/Ziele

1. Mit Zuschüssen (Erstattung der Reise-/Visakosten, per diem für maximal 7 Tage) wird es der genannten Zielgruppe erleichtert, aus der erweiterten EU in die Nicht-Beitrittsländer zu reisen, aus den Nicht-Beitrittsländern in die EU sowie zwischen den Beitrittsländern und den Nicht-Beitrittsländern, um
2. vor allem in der Entwicklungsphase von grenzüberschreitenden künstlerisch-kulturellen Projekten Begegnungs- und Austauschmöglichkeiten zu finden (kein Vorstellen fertiger künstlerischer Produkte) und
3. damit die Chance zu erhalten, echte Kooperationen zu initiieren, die zu einer längeren Partnerschaft führen können.

Ein vergleichbares Programm für die südlichen neuen Nachbarn, die Mittelmeerländer, unterstützt die ECF über den Roberto Cimetta Fund in Brüssel.

Signifikanz für EU-AKP

Für den besonderen Charakter dieses viele Grenzen überschreitenden Mobilitätsprogrammes wird sich kein EU-Mitgliedsland zuständig erklären oder gar interessieren. Es ist eindeutig von gesamteuropäischem Interesse und fällt unter die Kompetenz der EU-Kommission in ihrer Rolle als Förderer und Unterstützer – ja, sie müsste selbst Initiator sein. Die EU hat erkannt, wie wichtig Mobilität von Kulturschaffenden und Kulturjournalisten ist, um Vorurteile/Missverständnisse abzubauen und Verständigungsmöglichkeiten zu schaffen. Nur so hat der von Kommissionspräsident Romano Prodi angesprochene »Ring of friends« um die EU herum eine Chance, auch zu einem solchen zu werden. Also: absolut förderungswürdig.

Anlage 5

Beispiel für den Versuch, kulturelle Kooperation in Europa »von unten« heraus zu stärken und zu formen – eine privat-öffentliche Allianz auf Initiative der Europäischen Kulturstiftung (ECF), Amsterdam

Orte: Europa im weitesten Sinne.

Thema: Die Gründung eines »Laboratory of European Cultural Cooperation« (LAB).

Dauer/Zeitraum: 2004–2007 (Pilotprojekt; Weiterführung je nach Erfolg).

Partner: Private Stiftungen in Europa, Expertise-Organisationen, kulturelle Netzwerke, Kulturministerien (der Mitglieds- und Beitrittsländer und anderer), die EU-Kommission.

Zielgruppen:

1. Kulturschaffende, Künstler, Kulturmanager, Journalisten, die an Europa und Kultur interessierte Öffentlichkeit;
2. Entscheidungsträger in den öffentlichen Kulturverwaltungen in den europäischen Ländern;
3. Europäische Institutionen.

Projektanlass/Hintergrund

Europäische Integration kann ohne eine verstärkte kulturelle Komponente, ohne die Sicherstellung grenzüberschreitender Kooperation und verwandter Diskurse nicht gelingen. Es fehlt jedoch an Instrumenten, eine europäische Dimension des Denkens und Handelns zu vermitteln, sowie an Mechanismen, die Fülle an wertvoller Information zu koordinieren und zugänglich zu machen. (Vgl. auch die Ergebnisse der von der Kommission in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie eines »Observatory of Cultural Cooperation«.⁴⁹) Eine Idee des europäischen Parlaments aufgreifend, dass in der unübersichtlichen europäischen Kulturlandschaft möglicherweise ein kulturelles Observatory vonnöten sei, hat die Europäische Kulturstiftung in zwei Studien und intensives Experten-Networking investiert, bevor sie schließlich ein pragmatisches Konzept für ein Pilotprojekt vorgelegt hat. Dieses soll in öffentlich-privater Partnerschaft realisiert werden. Wesentliche Merkmale dieses Konzepts sind, daß es von den Akteuren im Feld selbst mitgetragen wird und der konkrete, praktische Nutzen für die Zielgruppe höchste Priorität besitzt.

Inhalt/Ziele

Das LAB soll die Referenzadresse werden für alle, die an kultureller Kooperation in Europa interessiert sind, daran teilnehmen wollen oder etwas dazu beizutragen haben; es soll als zuverlässiger Leitfaden durch die europäische kulturelle Kooperations-Landschaft dienen und einer breiten Öffentlichkeit den Zugang zu den kulturellen Aspekten der europäischen Integration erleichtern.

Das soll zunächst ermöglicht werden durch:

1. Ein interaktives *Portal*, das als Koordinationsplattform, Service- und Informationsprovider agiert, innovatives Wissen generiert, Förderungs-

- möglichkeiten zugänglich macht, Best-Practice-Beispiele präsentiert und auswertet, sowie Information rechtlicher Art ordnet und nutzbar macht.
2. Die Förderung der Bildung einer genuin europäischen Debatte, eines europäischen Denkraums, mit Hilfe des *Public European Space* Projektes (in Kooperation mit europäischen Partnern): Es soll Debatten und Diskurse europäischen Charakters (in mehreren Sprachen) erschließen, zugänglich machen, dokumentieren und anstoßen. Es soll der Entstehung einer europäischen Zivilgesellschaft dienen und neben einem up-to-date Überblick interaktive Komponenten enthalten, die breite Partizipation ermöglichen und fördern.
 3. Handlungsorientierte und zielgerichtete *Forschungsprojekte*, die für den Bereich der kulturellen Kooperation relevante Themenfelder identifizieren, Praktiken analysieren und deren Ergebnisse in kulturpolitische Empfehlungen münden (beispielsweise im Bereich der Mobilität).

Projektdurchführung

Initiiert und entwickelt durch die Europäische Kulturstiftung, wird das LAB in eine unabhängige, schlanke Institution mit innovativen Lenkungsstrukturen münden, die im ständigen Austausch mit dem Feld ihre Inhalte generieren und ihre Vertrauenswürdigkeit beweisen wird. Aufgrund seiner Allianz aus privaten und öffentlichen Partnern wird es sowohl inhaltlich unabhängig arbeiten können als auch europäische Legitimität besitzen.

Signifikanz für EU-AKP

Dieses Projekt ist genuin europäischen Charakters und geht weit über die Idee einer weiteren (bürokratischen) EU-Institution hinaus. Es wird v.a. durch seine Zuverlässigkeit, seine netzwerkartige Einbindung des Feldes und seine übersichtliche Organisationsstruktur das Vertrauen einer breiten Öffentlichkeit gewinnen. Seine Stärke liegt in der Tatsache, dass es »von unten« heraus entsteht, auf konkrete Bedürfnisse reagiert und stets seiner Verantwortung nachkommen wird, nach innovativen Lösungen zu suchen und diese schnell umzusetzen. Damit besitzt es das Potential, wahren kulturellen Austausch zwischen den einzelnen europäischen Ländern zu pflegen und zu fördern und auf sich stetig verändernde Ansprüche konstruktiv zu reagieren.

Aufgrund seines gesamteuropäischen Anspruchs und inklusiven Charakters ermöglicht das LAB insbesondere den integrativen Dialog der zukünftigen EU mit den neuen Nachbarländern. Des Weiteren kann das LAB, vor allem in seiner Funktion als Leitfaden, Informations- und Wissensprovider, *der* Anreiz für außereuropäische Interessenten werden, mehr über Europa erfahren zu wollen – und auf sehr einfache Weise zu können.

Das LAB wird (neben seinen vielen oben erwähnten praktischen Nutzen) einerseits als Vermittler zwischen dem Feld und den EU-Institutionen agieren,

andererseits aber auch für interessierte nicht europäische Länder Informations- und Vorbildfunktion einnehmen und den Zugang zu und das Verständnis für das erweiterte Europa erleichtern.

Anmerkungen

- 1 S. *Kölner Stadtanzeiger*, 23.12.2003.
- 2 S. Die Lehren von Brüssel, FAZ, 20.12.2003.
- 3 Todorov, Tzvetan: Die verhinderte Weltmacht-Reflexionen eines Europäers, München: Wilhelm Goldmann Verlag 2003, S. 95–104.
- 4 ebd.
- 5 Alle aufgeführten Programme aus der Arbeit des Goethe-Instituts sind kulturelle Programme. Sie wollen nicht primär Know How vermitteln und mehr als nur informieren. Sie haben diskursiven, dialogischen und reflektierenden Charakter. Sie hinterfragen ihre thematischen Gegenstände, stellen sie in größere Zusammenhänge, überprüfen das Verhältnis von Anspruch und Wirklichkeit. Sie setzen sich der kritischen Sicht der Partner im Gastland aus. Sie stellen die konkrete Praxis einer auswärtigen Kulturpolitik unter dem Konzept des sog. erweiterten Kulturbegriffes dar, dessen Definition als die Gesamtheit aller Lebensäußerungen einer Gemeinschaft gilt. Der oft gehörte Vorwurf, das sei in Wirklichkeit nur ein Deckmantel für inhaltliche Uferlosigkeit, träfe nur zu, wenn das reflektierende Element fehlen würde. Da, wie bereits deutlich geworden sein sollte, die Autoren den inhaltlichen Schwerpunkt einer künftigen auswärtigen Kulturpolitik der EU in diesem Bereich sehen, ist dieser Hinweis vielleicht sinnvoll.
- 6 Nationalstaatliche auswärtige Kulturpolitiken sind im Wandel begriffen. So heißt es aus der Zentrale des Goethe-Instituts und sicher auch bei anderen Entscheidern auswärtiger Kulturpolitik: »Das Goethe-Institut hat sein Selbstverständnis erweitert. Es versteht sich als nationales und als europäisches Kulturinstitut. Es wird künftig noch stärker europäisch handeln – in Europa und in seiner weltweiten Arbeit«. Ressourcenverlagerungen und Ermutigung zum multinationalen Handeln sind die praktischen Konsequenzen.
- 7 S. Anlage 1, Pilotprojekt 1.
- 8 S. die Anlagen 1, 3, 4 und 5.
- 9 S. www.visegradfund.org.
- 10 S. www.ars-baltica.net. Dies ist ein Zusammenschluss der Regierungen von Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Lettland, Norwegen, Polen, Rußland und Schweden seit 1999.
- 11 S. *Handbook of Cultural Affairs*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft / Zentrum für Kulturforschung, 2000, 3.Auflage.
- 12 S. www.eurocities.org.
- 13 S. www.kunststiftungnrw.de.
- 14 S. www.ietm.org.
- 15 S. www.efah.org.
- 16 S. www.ecumest.ro.
- 17 S. *Handbook of Cultural Affairs*, a.a.O.
- 18 S. www.ceebp.org.
- 19 S. www.eurocult.org.
- 20 Im Auftrag von DG Bildung und Kultur, vorgestellt am 17.11.2002 in Kopenhagen.
- 21 Als Informationssteinbruch kann das Buch »Europa fördert Kultur – Ein Handbuch zur Kulturförderung der Europäischen Union« dienen, Hrsg.: Kulturpolitische Gesellschaft e.V./Deutscher Kulturrat e.V. Klartext Verlag Essen, 2002, auf der Basis der französischen Originalausgabe »Relais Culture Europe« mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes. Die seit April 2004 aktualisierte elektronische Fassung siehe: www.europa-foerdert-kultur.info.
- 22 S. www.minbuza.nl oder www.minocw.nl.
- 23 S. www.sida.se.
- 24 Rede bei der 6. ECSA-Weltkonferenz, Brüssel, 6. Dezember 2002.
- 25 S. COM (2003) 104, 11. März 2003.
- 26 S. COM (2003) 393, 1. Juli 2003.
- 27 Rede von Romano Prodi bei der TEMPUS, MEDA Regionalkonferenz, Bibliothek Alexandria, 12. Oktober 2003.
- 28 Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Serbien, Montenegro. S. www.europa.eu.int/comm/external_relations/see/docs/com03_748_en.pdf.
- 29 So fast alle Autoren in: *Confluence Méditerranée. L'élargissement de L'Europe vu du Sud*, Revue trimestrelle Nr. 46, été 2003. Editions L'Harmattan, Paris. Mit Unterstützung der Europäischen Kulturstiftung.
- 30 Das ergaben Gespräche von Kathinka Ditrach mit staatlichen Kulturakteuren aller administrativen Ebenen und privaten Akteuren bei 13 kulturpolitischen Konferenzen mit panlateinamerikanischer Besetzung in Buenos Aires, Santiago, Córdoba, Asunción, Montevideo und Porto Alegre in den Jahren 1999, 2000, 2001, 2002 und 2003.
- 31 S. »Europa fördert Kultur« a.a.O.
- 32 So beim »International Consultative Workshop on Ghana Cultural Policy« vom 22.–26. April 2002 in Kumasi mit Teilnehmern aus Ghanas Nachbarländern und der künstlerischen wie politischen Elite Ghanas. (Diese Zweifel müßten aber auf breiterer Ebene verifiziert werden).
- 33 S. http://europa.eu.int/comm/culture/eac/sources_info/studies_evaluation/studies_en.html.
- 34 Consociato Institutorum Culturalium Europaforum inter Belgas repräsentiert zur Zeit die Alliance Française, den British Council, das Cervantes Institut, das Dänische Kulturinstitut, das Finnische Kulturinstitut, das Goethe-Institut, das Italienische Kulturinstitut, das Louvain Institut, das Österreichische Kulturforum und das Tschechische Kulturzentrum.
- 35 S. in: Wolfgang Schneider (Hrsg.): *Studien zur Kulturpolitik*, Bd.1, Peter Lang Verlag, Frankfurt 2003.
- 36 So vertreten von Walter Maaß, Generalsekretär des Instituts für Auslandsbeziehungen, in seinem Vortrag »Für eine europäische Außenkulturpolitik« am 23. Mai 2003 beim Deutsch-Französischen Dialog zur Zukunftsfähigkeit Europas.
- 37 S. Anlage 2.
- 38 S. Anlage 3.
- 39 Mitgliederversammlung am 9. Oktober 2003 in Birmingham.
- 40 Jahrestagung im November 2003 in Berlin.
- 41 Amsterdam, 16.–18. Juni 2003.
- 42 Krakau, 24.–26. Oktober 2003.
- 43 Toledo, 13.–16. November 2003.
- 44 S. www.efc.be.
- 45 S. www.fitzcarraldo.it.
- 46 S. Anlage 4.
- 47 S. Anlage 5.
- 48 S. Pilotprojekt 1.
- 49 »However, our research has illustrated that the current situation presents a series of gaps and persisting barriers in relation to the development of cultural cooperation in Europe, both in terms of overall sustainability of the field and in terms of creating a favorable environment for artistic collaboration by individual actors.« A Feasibility Study Concerning the Creation of a European Observatory of Cultural Cooperation, S. 35.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

I. Eine Kulturpolitik für Europa und eine europäische Außenkulturpolitik sind zwei Seiten einer Medaille.

1. *Nach innen* geht es um den Schutz der Vielfalt von Kulturen, Traditionen, Sprachen, künstlerischen Ausdrucksformen, um das Verständnis für unterschiedliche historische Erfahrungen. Und es geht um die Intensivierung des kulturellen Austausches und der europäischen Zusammenarbeit, damit durch die gemeinschaftsbildende und kritische Kraft von Kultur, Künsten und Bildung ein Zugehörigkeitsgefühl zu einem demokratischen Europa als Ganzem sowie eine europäische Zivilgesellschaft entstehen kann. Synchron zu dieser Entwicklung geht es
2. *nach außen* darum, ein sich politisch vereinigendes Europa als kulturelles Projekt im Werden, als eine europaspezifische Wertegemeinschaft, durch vertrauensbildende kulturelle Maßnahmen glaubwürdig zu vermitteln. Will Europa seinen gestaltenden Platz in der Welt von morgen einnehmen, dann darf es nicht nur als funktionaler Wirtschaftsraum eingeschätzt oder als bedrohliches Bollwerk und sich abschottende Sicherheitszone gefürchtet werden. Das gemeinsame Europa hat ein existenzielles Interesse daran, komplementär zu den auswärtigen Kulturpolitiken seiner Mitgliedsstaaten und auf diesen aufbauend eine europäische Außenkulturpolitik zu entwickeln als unentbehrliches Bindemittel im interkulturellen Dialog zwischen Menschen und in Partnerschaft der Kulturen.

II. Der EU kommt als Förderer und Unterstützer der kulturellen Zusammenarbeit im Inneren und nach außen eine wichtige Rolle zu – ergänzend zu den vielen öffentlichen und nicht-staatlichen Kulturakteuren auf lokaler, regionaler und staatlicher Ebene.

Das Subsidiaritätsprinzip wird dabei nicht angetastet, auch sind keine neuen Bürokratien, etwa ein »europäisches Kulturinstitut«, erforderlich oder z.Z. wünschenswert. Die bereits heute – noch ohne eine europäische Verfassung und ohne ein europäisches Außenministerium – gegebenen Möglichkeiten der EU-Kommission sind noch keineswegs ausgeschöpft. Das vielgestaltete »Feld« ist nach dem »Bottom-Up«-Prinzip zur Kooperation mit der EU-Kommission bereit und nach vielen gesamteuropäischen kulturellen Erfahrungen und Kooperationen gut gerüstet.

III. Zu den zwingenden Möglichkeiten der EU-Kommission gehören u.a.:

1. Eine verbesserte Zusammenarbeit mit dem Europarat und der UNESCO bei Programmen von kultureller Relevanz sowie eine intensive Kooperati-

on mit den Mitgliedsstaaten und deren international tätigen Einrichtungen.

2. Eine Koordination der heutigen 70 EU-Programme mit einer kulturellen Dimension aus den verschiedensten Kommissions-Direktoraten.
3. Eine vereinfachte, transparente und aktive Informationspolitik über EU-Programme mit einer kulturellen Komponente.
4. Die konsequente Aufnahme von Kulturprojekten in Verträge mit Drittländern und deren ebenso konsequente praktische Umsetzung.
5. Der ständige Versuch, die vorgegebene »Kulturverträglichkeitsklausel« durchzusetzen.
6. Eine kontinuierliche, beharrliche Lobbyarbeit in den EU-Finanz-, -Wirtschafts- und -Rechtsausschüssen zugunsten von Künsten und Kultur bei der Vorbereitung von Gesetzen und der Bereitstellung von finanziellen Mitteln.

Allein mit diesen optimierten Instrumenten, sozusagen im eigenem Haus, könnte die EU-Kommission einen wesentlichen Beitrag zu einer integrierten EU-Innen- wie -Außenkulturpolitik leisten.

7. Intensivierte Stimulierung von Kooperationen zwischen den nationalstaatlichen Kulturvermittlern in Drittländern bei gesamteuropäischen Themen unter besonderer Berücksichtigung kleinerer/finanzschwächerer EU-Mitgliedsländer. Besondere Anstrengungen in der gemeinsamen Einbeziehung der neuen EU-Nachbarn, denn eine neue Kultur- und damit Konfliktgrenze innerhalb des europäischen Kulturraums darf nicht entstehen.
8. Die Schaffung eines kleineren EU-Ausgleichsfonds zur Einbeziehung kleinerer/ finanzschwächerer EU-Länder u.a. in kulturelle Kooperationsprojekte in Drittländern, in ein gesamteuropäisches Anschluss-Besucherprogramm, in Besucherprogramme der europäischen »Großen« in Drittländern (s. Pilotprojekte, Anlage 1).
9. Die Erstellung eines Referenzrahmens für unterstützenswürdige kulturelle Kooperationsprojekte in Drittländern, sei es zwischen öffentlichen Kulturakteuren, sei es zwischen öffentlichen und privaten oder zwischen privaten untereinander (als Hinweise s. die Beispiele aus der Arbeit a) des Goethe-Instituts, Anlage 2; b) des Fonds für zentral- und osteuropäische Buchprojekte, Anlage 3; c) der Europäischen Kulturstiftung, Amsterdam, Anlage 4).
10. EU-Unterstützung der privat-öffentlichen Initiative für eine gesamteuropäische aktive Informationspolitik bzw. Erleichterung grenzüberschreitender kultureller Kooperationsvorhaben auf allen Gebieten (s. das von ECF initiierte »Laboratory of European Cultural Cooperation«, Anlage 5). Sondieren einer zukünftigen Nutzung des LAB als Informationsplattform auch für kulturelle Komponenten einer zukünftigen EU Außenpolitik.

Mit diesen letztgenannten optimierten Instrumenten könnte die EU den innereuropäischen Zusammenhalt auf allen kulturellen und zivilgesellschaftlichen Gebieten stärken und gleichzeitig diese kooperierende Vielfalt in der Einheit nach außen über vertrauensbildende kulturelle Maßnahmen vermitteln. Auch dies wäre ein unerlässlicher Schritt zu einer integrierten Kulturpolitik in Europa und – spiegelbildlich – zu einer integrierten europäischen Außenkulturpolitik.

Braucht Europa eine kulturelle Botschaft?

Lord MacLennan of Rogart
House of Lords, United Kingdom

Der Stellenwert der Kultur in der Politik der Europäischen Union wird oft ohne innere Überzeugung diskutiert. Das große Verdienst der Dittrich/Schürmann-Studie, die eine experimentelle Herangehensweise an bestimmte außenkulturpolitische Aktivitäten der EU vorschlägt, liegt in seiner handfesten Überzeugung, dass der Umgang mit der Kultur innerhalb der Union von entscheidender Bedeutung für ihren künftigen Erfolg ist. Nach innen setzt die Zustimmung der Völker Europas zu den in ihrem Namen getroffenen Maßnahmen der Union voraus, dass sie darauf vertrauen können, dass ihre Kulturen, also die Kräfte und Beziehungsgeflechte, die ihr Leben formen, von den Entscheidungsträgern verstanden und anerkannt werden. Nach außen wird der wohlwollenden Akzeptanz der Union als Partner in der globalen Diskussion, letztlich vielleicht sogar als eine Art Vorbild, sehr zugute kommen, wenn man sie nicht als geschlossenen Machtblock, sondern als einen pluralistischen Verbund wahrnimmt, in dem kulturelle Vielfalt unterstützt wird und sich entfalten kann. Das Europäische Haus muss von seinen Bewohnern und von denen, die es von außen betrachten, als Heimstatt empfunden werden, in der alle Familienmitglieder in ihren eigenen Räumen leben, sich wohlfühlen und ihren unterschiedlichen Interessen nachgehen. Es muss auch Gemeinschaftsräume haben, in denen sie ihre gemeinsamen Anliegen betreiben. Zur Verwirklichung dieser Vision sollten Europas Politiker ihrer Pflicht gegenüber Europas Kulturen weniger zögerlich nachkommen. Einfach wegsehen hilft nicht. Europas beruhigende kulturelle Botschaften lassen sich nicht ins Ausland vermitteln, wenn die Gründe für die zögerliche Haltung der Politiker nicht verstanden und die richtigen Antworten nicht gefunden werden.

Als erstes stellt sich ein Definitionsproblem. Für den Begriff »Kultur« gibt es keine eindeutige Bedeutung, jedenfalls nicht im Englischen. Die vorliegende Studie offeriert eine anthropologische Definition, was hilfreich ist, und beschreibt Kultur als »den historisch bedingten Umgang der Menschen miteinander in einer be-

stimmten Gemeinschaft«. So gesehen, ist klar, dass Kultur eindeutig in alle politischen Konzepte einfließen muss, zumindest um zu verhindern, dass sich die Bürger von ihren Politikern in ihren Identitäten und unterschiedlichen Interessen verletzt fühlen.

Für Englischsprechende ergibt sich das Definitionsproblem aus der engen Verknüpfung zwischen Künsten und Kultur, was häufig zu einer Verwässerung beider Konzepte führt. Die Künste sollten als Ausdruck einzelner Kulturen gesehen werden, wie das Simon Mundy »als die Art und Weise wie eine Kultur ihre Ängste und Sehnsüchte artikuliert« ausgedrückt hat (ECF 1997). Im britischen Sprachgebrauch wird unter Kultur jedoch vor allem der intellektuelle Aspekt der Zivilisation begriffen und als Schärfung des Intellekts sowie der Verfeinerung des Geschmacks und der Umgangsformen verstanden. Das ist eine aristokratische Sicht, die allgemeine Billigkeit für wahre kulturelle Erfahrungen beansprucht und Besonderheiten unterschiedlicher Kulturen übersieht. Wenn, wie so oft, »Kultur« als Bildungsprodukt mit intellektuellem Anspruch die Form der »Hochkultur« annimmt, ist es nicht erstaunlich, dass Politiker vor diesem elitären Ästhetizismus flüchten. Als ersten Schritt zur Ablösung dieses verstaubten Kulturverständnisses müssen wir akzeptieren, dass wir alle, ob aktiv oder passiv, Mitspieler der Kultur der Gemeinschaft sind, zu der wir uns zugehörig fühlen. (Wem das nicht einleuchtet, wird dennoch hoffentlich die Freude von Molières M. Jourdain nachvollziehen können, als dieser entdeckte, dass er Prosa spricht!)

Ein weiterer Grund für das zögerliche Engagement von Politikern bei der Diskussion um kulturelle Beiträge liegt darin, dass sie aus dokumentierten Erfahrungen wissen, wie oft die Kultur zur Manipulation von Menschen vom Staat schändlich missbraucht wurde. Als Folge dieser Erfahrungen wurde das Prinzip der Staatsferne für den Kulturbereich postuliert und als die richtige demokratische Haltung proklamiert. (Dieser ideologischen Argumentation bedienen sich viele, die einfach nur öffentliche Ausgaben kürzen wollen, ganz

besonders, wenn es um Kunst und Kultur geht.) Natürlich sollen sich Politiker nicht in kulturelle Inhalte einmischen (es sei denn, es wird das Recht beansprucht, einer anderen Kultur zu schaden.) Aber diese Nicht-Einmischung darf nicht in Gleichgültigkeit gegenüber den Bedingungen, unter denen Völker ihr Leben führen, umschlagen. Wenn Kultur, wie es die Studie richtigerweise tut, als das Fundament des Zugehörigkeitsgefühls gesehen wird, welches eine Gemeinschaft kennzeichnet, die mit sich in Frieden leben will, dann steht die zentrale Bedeutung der Kultur für Europas Zukunft außer Zweifel.

Aber da ist noch ein empfindlicherer Grund für die Zurückhaltung, die sich Politiker auf der europäischen Ebene auferlegen, wenn es um Kultur geht. Sie glauben (und vertreten das auch öffentlich), dass Kultur aufgrund ihrer jeweiligen historischen Entstehungsbedingungen ausschließlich dem jeweiligen Nationalstaat vorbehalten bleiben muss. Das war nicht immer so in Europa. Auch fürchten einige, dass die Verbreitung von Jeans und Coca Cola eine andere Zukunft einläutet. Wir leben heute nicht in einer Welt, in der die Menschen von der atlantischen Küste bis zum östlichen Mittelmeer stolz ausrufen: »Civis Romanus sum«. Trotz der vielfältigen kulturellen Ablagerungen überall auf unserem Kontinent, haben die vergangenen Jahrhunderte territorialer Kriege dafür gesorgt, dass nationale Grenzen als Kulturgrenzen zu sehen sind. Diese beschränkte Sicht mag heute einem Veränderungsprozess unterliegen, sie zeigt sich aber nach wie vor in den heutigen Institutionen und den politischen Inhalten der Europäischen Union. Sogar der EU-Verfassungsentwurf billigt der Union nur eine kulturunterstützende Rolle zu. Die Dittrich/Schürmann-Studie schließt eine allumfassende europäische Kulturkompetenz klugerweise aus. Ein Haus ist kein Bollwerk.

Obwohl die Bürger Europas zunehmend bereit sind, Elemente der Kultur des Anderen an sich heran zu lassen, ja, sogar zuzugeben, dass sie dies attraktiv finden, wäre es falsch, wenn Europas Politiker über kulturpolitische Strategien zu möglichen homogenisierenden oder identitätsbedrohenden Maßnahmen greifen würden. Das Verschwinden überflüssiger nationaler Grenzen, bisher am stärksten vom Handel und von der Mobilität in Europa vorangetrieben, wird durch die neue Kommunikationstechnologie noch beschleunigt. Erhalten bleiben muss Europas kulturelle Vielfalt – innerhalb der Mitgliedsländer und zwischen ihnen. Nur wenn kulturelle Minderheiten im nationalen wie im europäischen Kontext geschützt und anerkannt sind, werden Europas Bürger der Europäischen Union Vertrauen entgegenbringen und sich mit ihr identifizieren. Wenn die Kulturen des neuen Europas in nachbarschaftlicher Harmonie miteinander leben, ist das die beste Gewähr dafür, dass es in der Union keine Mehrheitswillkür gibt.

Die Entwicklung einer europaweiten Kultur, die mit zunehmendem Zugehörigkeitsgefühl wachsen wird, hängt nicht nur vom Verzicht auf regionale Kulturun-

terdrückung ab. Ebenso wichtig ist eine aktive Förderung des grenzüberschreitenden Verständnisses durch Austausch von Ideen, Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten und künstlerischen Begegnungen. Wenn auch die Mitgliedstaaten dazu neigen, in kulturpolitischen Angelegenheiten nach innen zu schauen, haben die Maßnahmen der Union zugunsten einer gesteigerten Mobilität von Menschen, Gütern und Dienstleistungen dazu beigetragen, die Kultur des Anderen besser zu begreifen. Wer hätte schon vor 50 Jahren vorausgesagt, dass ein englischer Architekt, Norman Foster, den deutschen Reichstag in Berlin neu gestalten würde, oder dass ein spanischer Architekt, Enrico Miralles, mit der Gestaltung des neuen schottischen Parlamentsgebäudes beauftragt würde?

Das Ziel nationaler Außenkulturpolitik ist die Förderung bilateralen Verständnisses und wohlwollender Akzeptanz in den Gastländern. Das sollte auch für Europa gelten, nicht nur intern, sondern auch im gemeinsamen Verhalten gegenüber Drittländern. Eine derartige europäische Außenkulturpolitik musste darauf warten, dass Europa sich selbst entdeckte. Solange die Mitgliedsländer ihre Handlungen nur als funktionale, Ad-hoc-Regulierungen präsentierten, hatte Europa keine Seele. Jetzt, da die Europäische Union an der Schwelle steht, ihre Ziele höher zu setzen und stolz als ihr Motto verkündet »Einheit in Vielfalt«, hat sie eine kulturelle Botschaft zu exportieren – eine Botschaft der Beruhigung, der Ermutigung und der Hoffnung. Diese Botschaft ist mehr als eine Addition der Außenpolitik ihrer Mitgliedsländer, auch wenn nichts gegen nationalstaatliche auswärtige Kulturpolitik spricht, die ihre Ressourcen und Einrichtungen auch anderen zur Verfügung stellt. Die eigentliche europäische Botschaft erschöpft sich auch nicht in der Schaffung von Ausgleichsfonds für kleinere und ärmere Mitgliedsländer, so hilfreich dies auch ist. Es geht um eine Botschaft an eine Welt, aus der ausgrenzende, ja bedrohliche kulturelle Signale kommen: Hier ist ein Kontinent, der nach vernichtenden Kriegen und Seuchen, nach tiefster Armut und selbstzerstörerischer Überheblichkeit einen Modus des Zusammenlebens gefunden hat, in dem die Menschen nach eigenem Gutdünken frei leben und ihre Nachbarn achten dürfen.

Vielleicht erscheint das einigen überzogen, zumindest verfrüht. Aber wenn man sich vergegenwärtigt, dass sich heute, in der erweiterten Union, 25 Mitglieder auf das gleiche Credo eingeschworen haben, und dann die heutige Situation mit den Anfangsjahren der Europäischen Union von vor 50 Jahren vergleicht, ist es nicht voreilig, eine Europäische Union der gemeinsamen Werte als erreichbares Ziel zu betrachten.

*Übersetzung aus dem Englischen:
Kathinka Dittrich van Weringh*

Auswärtige Kulturpolitik als Instrument zur Förderung kultureller Vielfalt

Nina Obuljen

Research Fellow / Institut für Internationale Beziehungen, Zagreb, Kroatien

Kulturelle Vielfalt« ist einer der meist zitierten Begriffe, wenn Kultur und Kulturpolitik in Europa und weltweit diskutiert werden. Allerdings wird dieser Begriff in verschiedenen Teilen der Welt verschieden interpretiert. Während er in einigen Ländern aufgrund historischen Missbrauchs und Versuchen, Unterdrückungen zu legitimieren, belastet ist, steht kulturelle Vielfalt im allgemeinen für die Förderung von Multikulturalität, für eine gleichwertige Beteiligung aller Minderheiten an allen Lebensbereichen, für Achtung für den »Anderen« und für Toleranz. Der Begriff wird mit Menschenrechten und mit sozialem Zusammenhalt verbunden. Kulturelle Vielfalt wird im europäischen Kontext aber auch als eine der wichtigsten Kräfte zur Entwicklung und Stärkung eines europäischen Bürgerbewusstseins und einer europäischen Identität gesehen. In einem umfassenderen Sinne ist die Einforderung kultureller Vielfalt Ausdruck für die Notwendigkeit eines besser ausgewogenen Austausches zwischen den Kulturen, eine Reduzierung der negativen Auswirkungen von Globalisierung und Marktliberalisierung und der Anerkennung der spezifischen Natur kultureller Güter und Dienstleistungen.

Heute ist kulturelle Vielfalt in der Tat ein politisches Konzept. Es gilt als politisch korrekt, sich für die Wahrung und Förderung kultureller Vielfalt einzusetzen. Und doch bleibt die Frage, ob wir wirklich wissen, wofür wir uns einsetzen, und, noch wichtiger, ob wir wissen, wie wir das erreichen können?

Artikel 151 des Amsterdamer EU-Vertrages spricht explizit von der Notwendigkeit, kulturelle Vielfalt zu fördern; Richtlinien oder eine gemeinsame EU-Position hinsichtlich konkreter Maßnahmen und Strategien zur Realisierung gibt es jedoch nicht. Das Subsidiaritätsprinzip würde durch entsprechende EU-Maßnahmen nicht gefährdet, wie manche meinen. Es ginge lediglich ganz pragmatisch und funktional um eine verbesserte Koordination all jener Herausforderungen, die bislang auf nationaler wie europäischer Ebene im Rahmen der Kulturpolitik nicht behandelt wurden. Durch

eine koordinierte europäische Politik könnten die tatsächlichen und möglichen negativen Auswirkungen anderer Politikfelder auf die kulturelle Vielfalt abgemildert und die Folgen der Globalisierung und Liberalisierung der Märkte nachhaltiger angegangen werden.

Die Studie »Braucht Europa eine Außenkulturpolitik?« von Kathinka Dittrich van Weringh und Ernst Schürmann verknüpft verschiedene Aspekte der kulturellen Vielfalt und darüber hinaus verschiedene kulturpolitische Themen sowohl »intern« wie »extern«. Wie in anderen Politikbereichen wird es auch bei der Kulturpolitik zunehmend schwieriger zu definieren, was nun das »Einheimische« ausmacht und was zur »Außenpolitik« gehört. Diese beiden, früher geschiedenen Ressorts sind heute zunehmend auf vielerlei Weise verzahnt – eine weitere sichtbare Folge der Globalisierung. Im Kulturbereich ist der Ruf nach einer gesamteuropäischen Außenpolitik implizit auch ein Ruf nach einer gemeinsamen Kulturpolitik für Europa. Nehmen wir die Politik der kulturellen Vielfalt als Beispiel: Sie kann zweifelsohne als Teil der internen wie der externen Kulturpolitik betrachtet werden und gehört außerdem zu den prioritäten Herausforderungen der EU, was die Studie plausibel aufzeigt.

Zur Förderung kultureller Vielfalt innerhalb der EU müssen politische Weichen gestellt und Programme entwickelt werden, die die kulturelle Zusammenarbeit auf allen Ebenen und in alle Richtungen stützen. Die Studie bringt dazu einige interessante Vorschläge – so die Schaffung eines besonderen EU-Fonds als Ausgleich zwischen größeren und kleineren Mitgliedsländern. Auf diesen Ausgleichfonds könnten kleinere Länder zurückgreifen, die sich in einem gemeinsamen Kulturmarkt nicht allein behaupten können. Gerade die Wettbewerbspolitik hat große Auswirkungen auf Künste und Kultur. Verschiedene EU-Regelungen, wie die Verordnung »Fernsehen ohne Grenzen« oder die Resolution zum festen Buchpreis, ermöglichen eine Einmischung in die Kultur- und Medienmärkte, um Kulturgütern und kulturellen Dienstleistungen bei Produktion und Vertrieb einen gewissen geschützten Sonderstatus zu geben. Schon seit den Anfängen der europäischen Integration

herrschte Einigkeit, dass die kulturelle Vielfalt gewahrt werden müsse. Damals wurde politisch entschieden, die Verantwortung dafür bei den Mitgliedsländern zu belassen. Das mag vor ein paar Jahrzehnten eine vernünftige Entscheidung gewesen sein, heute müssen jedoch kulturelle Interessen aktiv in andere EU-Politikbereiche eingebracht werden, sei es durch eine systematischere Lobbyarbeit im Sinne der Kulturverträglichkeit bei der Finanz-, Wirtschafts-, Wettbewerbs- oder Steuerpolitik oder durch die Verabschiedung einer neuen gemeinsamen Kulturpolitik.

»Wieweit die Entstehung eines europäischen Bewusstseins der faktischen Integration Europas hinterherhinkt«, wie Dittrich van Weringh und Schürmann betonen, ist ein weiteres diskussionswürdiges Thema bei der Entwicklung einer gemeinsamen Außenkulturpolitik. Die Autoren analysieren, warum ein gesamteuropäisches Bewusstsein bisher nicht erreicht wurde, und erklären: »Europas Völker wissen noch viel zu wenig von-einander«. Schon im Europa der fünfzehn wurde dies als Problem erkannt und wird nach der Erweiterung noch viel deutlicher zu Tage treten; aber nicht nur das: es wirkt weit über die neuen EU-Grenzen hinaus und wirft damit besorgte Fragen nach Art und Durchführung kultureller Kommunikation zwischen der EU und dem »anderen Europa« auf.

Daß dieses »andere Europa« kulturell, historisch und geographisch Europa ist, steht außer Zweifel. Aber politisch ist es nicht »Europa«. Diese Spaltung sorgt für vielfältige Verzerrungen in der Art des heutigen Kulturaustausches. Um zu beweisen, dass sie zu Europa gehören, mobilisieren die neuen EU-Mitglieder und noch stärker die Draußengebliebenen starke menschliche und finanzielle Ressourcen für kulturelle Selbstdarstellungen in großen europäischen Städten. Dagegen vernachlässigen oder unterfinanzieren sie den kulturellen Austausch mit ihren direkten Nachbarn und mit Kulturen aus dem »anderen Europa«. Gleichzeitig werden die Kulturmärkte dieser Länder mit importierten Kulturgütern aus der so genannten globalen Popkultur überschwemmt, was wenig Raum für andere kulturelle Inhalte lässt. Ihre eigenen Kulturgüter und Dienstleistungen in ihren Kulturmärkten zu produzieren und dort wie innerhalb der EU zu vertreiben, ist wegen des deutlichen Wirtschaftsgefälles nur sehr begrenzt möglich. Es wird Jahre, wenn nicht Jahrzehnte dauern, bis die Länder Mittel- und Osteuropas den gleichen Lebensstandard erreicht haben wie ihre westlichen Nachbarn.

Unter diesen Umständen lassen sich neue Ausgrenzungen leider nur zu gut vorstellen und zwar nicht als Ergebnis einer bestimmten Politik, sondern eher als Folge des Fehlens einer einschlägigen Politik. Dass das ein Problem ist, wurde erkannt, und viele EU-Programme wie Programme nationaler Regierungen und europäischer Stiftungen versuchen, dieser Tendenz entgegenzuwirken, und unterstützen verschiedene Formen kultureller Zusammenarbeit. Mit einer konzeptionell durchdachten und ausgearbeiteten EU-Außenpolitik,

die auch die genannten Problemfelder berücksichtigt und folglich die verschiedenen Initiativen auf EU-Ebene koordiniert, wäre all diesen Anstrengungen weitaus mehr Erfolg beschieden. Dies ist jedoch ein weiteres Beispiel für die Schwierigkeit bis Unmöglichkeit, zwischen interner und auswärtiger Politik zu unterscheiden.

Der dritte Aspekt kultureller Vielfalt, der auf der EU-Tagesordnung stehen sollte – auf der Ebene der Mitgliedsländer wie der Kommission gleichermaßen – ist die Haltung der EU bei internationalen Handelsgesprächen. Die berühmte kulturelle Ausnahme/*exception culturelle* wurde in die GATS-Verhandlungen eingebracht und ist seitdem eines der Gütezeichen europäischer Kulturpolitik geblieben. Mit dieser ausschließlichen Verteidigungshaltung werden jedoch noch keine neuen Kreativräume geschaffen, keine Vertriebskanäle sichergestellt und kein Umfeld für einen ausgewogeneren Austausch kreiert. Weltweit enthalten viele bilaterale Handels- und Investitionsabkommen keine kulturverträgliche Klauseln, was zu Präzedenzfällen und neuen Praktiken im Handel mit Kulturgütern und Dienstleistungen führt. Europa muss hier aktiv werden und darf sich keineswegs damit zufriedengeben, bereits existierende Kulturgüter und Dienstleistungen, deren Marktanteil, gegebene kulturelle Inhalte, Beschäftigung und geistiges Eigentum lediglich defensiv zu schützen. Europa sollte sich für eine weitere Geltung kultureller Vielfalt einsetzen, z.B. kulturelle Kapazitäten entwickeln und Maßnahmen positiver Diskriminierung ergreifen, wenn diese zu einer erhöhten Wettbewerbsfähigkeit von Kulturindustrien und zum Aufblühen von Kulturen führt.

Wie in der Studie dargestellt, ist eine starke EU, die sich auch auf der internationalen Bühne durchzusetzen vermag, weniger eine Gefahr als vielmehr ein Garant für die Wahrung der europäischen nationalen und regionalen Kulturen. Die Autoren äußern sich auch zum globalen Wettbewerb, in dem die Kulturindustrien dem Liberalisierungsdruck der Märkte ausgesetzt sind, und betrachten es als Charakteristikum Europas, die künstlerischen Kräfte als Nährboden für seine Kulturindustrien zu schützen und zu subventionieren, zur Aufrechterhaltung der Vielfalt diese Industrien nicht völlig dem freien Markt zu überlassen und vergleichbares Vorgehen auch in Drittländern zu unterstützen. Für die Autoren ist das ein Teil »der stillen Macht« Europas. Europa ist in mancherlei Hinsicht auf den gleichen Prinzipien des freien Personen-, Dienstleistungs- und Warenverkehrs aufgebaut, die auch die WHO und den Freihandel bestimmen. Einige europäische Kulturindustrien haben tatsächlich beherrschende Positionen auf anderen Märkten, die sie sicherlich geschützt sehen wollen. Meiner Meinung nach ist bis zu einem gewissen Grad eine gemeinsame Politik erforderlich, in die Kultur- wie Außenpolitik integriert sind, um deutlich klarzustellen, wie Europa mit den negativen Folgen der Liberalisierung umzugehen gedenkt, und um sicherzu-

stellen, dass Europas Position bei den internationalen Handelsgesprächen auf einem Konsens der Mitgliedsländer beruht und nicht von spezifischen Industrieinteressen geleitet wird.

Mit besonderer Aufmerksamkeit sollte man das Kapitel der Studie lesen, das eines der sensibelsten Probleme in den heutigen gesellschaftlichen und politischen Debatten anspricht – die Bedrohung durch den Terrorismus. Europa als »stille Macht«, die nicht nach einer unilateralen Weltordnung strebt, kann eine entscheidende Rolle bei der Förderung eines ausgewogeneren globalen Kulturaustauschs spielen und damit dazu beitragen, die Bedrohung durch den Terrorismus abzuschwächen. Einige europäische Länder investieren beachtliche Mittel in Entwicklungsprojekte mit starken kulturellen Komponenten rund um den Globus, die gefährliche Ausgrenzungen in der heutigen Welt mit überbrücken helfen. Europa kann eine außerordentlich wichtige Rolle spielen, und die kulturelle Komponente seiner Außenpolitik sollte nicht vernachlässigt werden. Wenn sich Europa auch noch mit vielen Fragen innerhalb seiner Grenzen auseinandersetzen muss, sollte es doch seine globale Präsenz weiterentwickeln. Die vorliegende Studie bietet eine Fülle konkreter Anregungen für die Verbesserung bestehender und die Einführung neuer Programme.

Die Studie »Braucht Europa eine Außenkulturpolitik?« von Kathinka Dittrich van Weringh und Ernst Schürmann ist ein außerordentlich wertvolles Dokument, das sicherlich zahlreiche Reaktionen und Diskussionen auslösen wird. Mir scheint, dass die vorgestellten Ideen in Berlin oder Brüssel ebenso Widerhall finden wie in Warschau, Zagreb und anderswo. Das macht die Studie noch wertvoller. Bleibt nur zu hoffen, dass jedenfalls einige der Ideen politische Entscheidungsträger dazu anregen, bestehende Chancen für Initiativen zu nutzen und den Gedanken, die Außenkulturpolitik zu entwickeln, zu unterstützen.

*Übersetzung aus dem Englischen:
Kathinka Dittrich van Weringh*

Anzeige



DAS EUROPA DER KULTUR(EN) IN BEWEGUNG: WIR LIEFERN GRUNDLAGEN

In den letzten zehn Jahren hat das Europäische Institut für vergleichende Kulturforschung (ERICarts) einiges dazu beigetragen, dass die Debatte über einen »Neuen Europäischen Kulturraum« nicht in Leerformeln stecken bleibt. Dabei wurde erfolgreich mit Institutionen und Fachleuten aus über 40 Ländern zusammengearbeitet.

Das ERICarts Institut

- plant, koordiniert und implementiert eigene Forschungsprojekte innerhalb und außerhalb der EU;
- greift Vorschläge anderer Einrichtungen für transnationale Forschungsprojekte auf und beteiligt sich an ihrer Entwicklung und Durchführung;
- beobachtet laufend Entwicklungen in Kultur und Künsten, in der Kulturpolitik und in den Medien durch Recherchen, Auswertungen und Dokumentationen.

Einige unserer aktuellen Projekte sind:

- CREATIVE EUROPE: Neue Allianzen für kulturelle Innovationen (www.creativeurope.info)
- CULTURE GATES: Wer sind die Schlüsselpersonen (»gatekeeper«) in der Musik und in der Medienkunst? (www.culturegates.info)
- COMPENDIUM OF CULTURAL POLICIES AND TRENDS IN EUROPE: Ein Online-Informationssystem mit Profilen von bislang 33 europäischen Ländern – realisiert in Zusammenarbeit mit dem Europarat (www.culturalpolicies.net)
- In Vorbereitung: CULTURE-BIZ: Neue Berufschancen in der Filmwirtschaft und im Verlagswesen (www.culturegates.info)

ERICarts-Projekte werden unterstützt von der EU und anderen europäischen Institutionen, der UNESCO, von Stiftungen, Netzwerken sowie nationalen/regionalen Regierungen und Institutionen.

European Institute for Comparative Cultural Research (ERICarts)

Vorsitzende Board of Governors:

Dr. Ritva Mitchell, Helsinki

Gf. Direktor: Prof. Dr. Andreas Wiesand
Dahlmannstr. 26 • D-53113 Bonn

Tel. +49.228.242.0996/7 • Fax +49.228.241.318
info@ericarts.org • <http://www.ericarts.org>

Braucht Europa eine komplementäre Außenkulturpolitik?

Zusammenfassung eines Gesprächs zwischen Jacques Delors, früherer Präsident der Europäischen Kommission, und Kathinka Dittrich van Weringh am 7. Juni 2004

Wir müssen europäische Außenpolitik und europäische Kulturpolitik deutlich trennen. Bei den auswärtigen Beziehungen geht es vor allem um Handel, Entwicklungs- und humanitäre Hilfe. Sie sollten nicht mit kulturellen Belangen vermischt werden. Kulturelle Angelegenheiten sollten nicht Teil der europäischen Außenpolitik sein.«

Nach diesem dezidierten Gesprächsbeginn erklärte Jacques Delors, dass der Nachdruck auf dem europäischen kulturellen Raum liegen sollte. Das heutige künstlerische Schaffen und das kulturelle Erbe müssten im Geist der Vielfalt gefördert und geschützt werden. Für dieses Vorhaben sollte man sich nicht zu viele einzelne Ziele auf einmal vornehmen, damit man von den Menschen in den Ländern Europas noch verstanden werde und die Vielfalt an kulturellen Schätzen mit universaler Dimension der Welt vermitteln könne. »Machen Sie es nicht zu komplex und kompliziert, erwarten Sie nicht zu viel, setzen Sie Prioritäten.«

Delors Prioritäten sind:

- **Information**
Die Menschen und Völker der Europäischen Union sollten sich der kulturellen Vielfalt bewusst werden und an dieser teilhaben. So könnte im jährlichen Rhythmus in geschichtsträchtigen Städten wie Bologna, Prag und anderen ein großes kulturelles Fest der Vielfalt in der Einheit gefeiert und Preise für künstlerisch Herausragendes verliehen werden.
- **Die Medien, vor allem das Fernsehen**
spielten dabei eine ganz wichtige Rolle. Beeinflusst von Amerika sei die Qualität von Kultur- und Bildungsprogrammen im Fernsehen der verschiedenen Länder Europas deutlich gesunken. »Wir sollten uns für eine Trennung und eine Balance zwischen Unterhaltungsprogrammen und Qualitätsfernsehen einsetzen. Wo stehen wir zwischen Vermassung und Elitärem? Wenn wir uns

vom Elitären völlig verabschieden, verlieren wir auch die Qualität und Vielfalt unserer reichen Kulturen.«

- **Die Universitäten**
in Europa »befinden sich in einer Art künstlichem Wettbewerb. Die selbstkritische Sicht wird vernachlässigt. Natürlich ist das Erasmus-Programm gut, aber wir brauchen eine stärker inhaltlich ausgerichtete konkurrierende Zusammenarbeit zwischen den Universitäten, eine Aufteilung bestimmter Fachrichtungen unter ihnen, um die Vielfalt und die Qualität in Forschung und Lehre europaweit erhalten zu können.«
- **Die Nationalsprachen**
und deren Förderung stellen eine weitere Priorität dar. Viele Essays, Kurzgeschichten, Romane in den vielen Sprachen Europas würden in anderen Sprachgemeinschaften nicht gelesen und gewürdigt. Delors Wunsch: »Druckt sie in der Originalsprache und ergänzt die Ausgaben mit substantiellen Zusammenfassungen auf Englisch, die die EU subventionieren könnte.«
- **Kooperationen**
zwischen öffentlichen oder privaten Kultur- und Bildungsakteuren innerhalb Europas und über die Grenzen hinaus, sei es auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene, sind für Delors eine Selbstverständlichkeit.

Zur Umsetzung dieser prioritäten Ziele sind nach Delors keine neuen bürokratischen Strukturen erforderlich oder gar wünschenswert, denn »jede neue administrative EU-Einheit wird sich auf eine Position festlegen und an dieser festhalten.« Statt dessen sollte die EU mit der Ernennung eines starken Kommissars, der gleichzeitig Vize-Präsident der Europäischen Kommission ist, deutlich demonstrieren, dass Kultur und Bildung innerhalb und außerhalb der EU absolute Priorität zukommt.

Braucht Europa eine komplementäre Außenkulturpolitik?

Zusammenfassung eines Gesprächs zwischen Anne-Marie Autissier, Kulturjournalistin und Universitätsdozentin, und Kathinka Dittrich van Weringh am 7. Juni 2004

Eine komplementäre europäische Außenkulturpolitik ist mir ein ganz wichtiges Anliegen, vielleicht noch wichtiger als eine Kulturpolitik für Europa« eröffnet Anne-Marie Autissier das Gespräch.

Dafür müsste die EU Richtlinien ausarbeiten, die auf den Erfahrungen vieler kultureller Initiativen in Europa beruhen, die weltweit operieren.

Da sind die vielen Netzwerke, die große wie kleinere Städte in Europa weltweit entwickelt haben, »Luci« zum Beispiel oder die vielen Partnerstädte.

Oder: Da sind auch die kulturellen Netzwerke, die heute weit über Europa hinaus reichen, wie etwa IETM (Informelles Europäisches Theater Treffen), um nur eines von vielen zu nennen.

Und dann sind da Regionen, wie das »Arbeitsgebiet« des Nordischen Rats – weitere ließen sich hinzufügen – die weit über ihr ursprüngliches »Territorium« hinaus kooperieren.

Als die Sprache auf die Kulturvermittler einzelner europäischer Nationen kam, seien es Botschaften oder Kulturinstitute wie der *British Council*, das *Institut Français*, das *Goethe-Institut*, das *Instituto Cervantes* und um die 15 weitere, zögert Anne-Marie Autissier. »Sie begreifen nur sehr, sehr, sehr langsam, dass die Welt nicht mehr nach bilateralen Regeln funktioniert, dass sie im heutigen globalen Kontext umdenken und ihre nationale Kultur-Export-Strategie in eine multilaterale, vertrauensschaffende Politik auf der Basis der Gleichwertigkeit umstrukturieren müssen. Für diese Kritik gelte ich in Frankreich vielleicht als eine Art Jeanne d'Arc.«

Da Anne-Marie Autissier eine optimistisch-kritische Realistin ist (solche hybriden Formen gibt es), gesteht sie ein, dass selbst innerhalb dieses Systems »einer sehr altmodischen Kulturdiplomatie« einige Ansätze zu vertrauensbildenden kulturellen Beziehungen erkennbar sind:

So arbeiten das französische Kultur- und das französische Außenministerium durch AFAA eng bei dem Programm »Afrique en création« zusammen. Dieses

Programm fördert nicht nur französische Künstler in Afrika, sondern verschafft afrikanischen Künstlern die Möglichkeit, an der europäischen/internationalen Kunstszene teilzunehmen.

Noch ein weiteres Beispiel erwähnt sie: »Das schwedische Kulturinstitut unterhält im Gegensatz zu vielen anderen Kulturmittlern nur wenige Gebäude in Drittländern. Dagegen vergibt es interessante Kurzaufträge: Ich traf einen entsandten Schweden, kein Diplomantentyp, mit dem Auftrag, sich Einblick in die Kunstszene in Süd-Ost-Europa zu verschaffen, um Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu eruieren. Dieses Projekt war viel billiger und wirkungsvoller als die Unterhaltung schwedischer Repräsentanzen in diversen Städten der Region.

»Auf EU-Ebene«, kommentierte Anne-Marie Autissier kritisch, »sind die Programme mit kulturellen Komponenten weder koordiniert noch in die gesamte EU-Politik integriert, obwohl die EU nach Artikel 151 des Maastricht/Amsterdamer Vertrages dazu ermächtigt wäre.«

Kurzum: Ihrer Meinung nach gibt es viele Möglichkeiten und Chancen für Europa: interne und damit auch externe kulturelle Kooperationen auf der Basis »von unten« gewachsener Erfahrungen aus den verschiedensten kulturellen Sektoren, die meist privater, manchmal auch öffentlicher Natur sind.

Und: »Auf keinen Fall brauchen wir neue bürokratische Strukturen, wir brauchen Brücken. In erster Linie ist das keine Geldfrage, sondern eine Frage der Vision«.

Foreword

Dr. Oliver Scheytt

President of the Association of Cultural Policy

Dr. Norbert Sievers

Director of the Association of Cultural Policy

Cultural policy in the Federal Republic of Germany is primarily a matter for the Länder (German states) and municipalities. Over 90% of public expenditures for cultural activities come from these sources. In this country, government support and financing of cultural endeavours is organized on a federalist and decentralized basis, and this historically-based and structurally-reinforced peculiarity is generally seen as the basis of the multifarious and rich cultural landscape. To this extent it is not surprising if the Länder in particular, which see their constitutionally guaranteed »cultural sovereignty« as a central element of their statehood, are jealously intent on protecting their pre-eminent cultural competence in the internal governmental relationship of the political levels of action and are hugely sceptical of the cultural policy ambitions of the federal government and the European Union.

Since the appointment of the commissioner for culture and media and a corresponding committee for cultural affairs in the German Bundestag (lower house of parliament) in 1998, this question of authority has even intensified and eclipses an equally necessary debate on the *content* of cultural policy and its positioning in the context of new social developments and challenges. Limiting the cultural policy dispute to underlying regulatory policy conditions, institutional structures as well as financing and procedural issues may be necessary, but it also creates the risk that an awareness of why and for what purpose we need public support for culture will quietly fade away.

However, cultural policy in particular, as a supposedly voluntary mission, needs strong arguments in order to remain in the running in the competition for tax revenues. The increasing importance it has assumed since the 1970s is surely not attributable to the question of who should assume responsibility for what task independently or jointly with others, but rather with the fact that it has been possible to convince many people that art and culture are indispensable factors control-

ling the quality of life in the cities and regions and for the ability of society to deal with the future. It seems that today it is once again necessary to connect to these debates and the basic realization that cultural policy is also social policy. The cultural and political future of Europe is an outstanding example of this.

The New Cultural Policy that we are speaking about here has provided a surplus of ideas and sources of inspiration over the past three decades, which have changed cultural policy in Germany and still reverberate today in their persuasive power, even if some expectations have not been met. It is rooted not only in a German, but moreover in a European tradition and in the formulation of its thematic positions benefited from the debates and suggestions of the Council of Europe and UNESCO. Terms and concepts such as decentralization, plurality, subsidiarity, diversity and identity and the specific interpretation of them are examples of this. Cultural policy that has been based on this contextual tradition has therefore been a European project from the very beginning in which the normative goals of enlightenment and humanism are firmly anchored.

Why should it not be possible to reaffirm and strengthen these programmatic ideas in Europe? And why should that »message of reassurance, encouragement and hope« that Lord MacLennan of Rogart links to a European foreign cultural policy not also lead to more reassurance and confidence in the internal relations of the European regions and nations when competence, resources and distribution of power are concerned? The precondition for this, however, is that all players involved in Europe once again agree on the stated values and principles. If Europe is to integrate and be viable as a »Unity in Diversity,« then it will need to revitalize it.

The cultural policy society has also seen itself in this normative context since its existence. Its programmatic approach is committed to Europe's concept of peace and cultural diversity as a guiding concept, and in its activities it has always striven to discuss cultural policy not only in a national context but also to broaden its

horizons to a European level. Being the carrying organisation of the German Cultural Contact Point (jointly with the German Cultural Council) we deal with European cultural funding and thus can offer – where required – our expertise to contribute to the reformation of the Community's funding instruments. The cultural challenge that an expanded Europe represents, however, far exceeds the scope of the Culture 2000 program and the subsidy possibilities of other programs. If it is true that culture is a significant factor for the integration of the expanded Union, which currently hardly anyone disputes, then European cultural policy needs new resources and instruments to actively support this process – and with respect to both internal and external relationships. And cultural policy efforts are needed whose goal is to »rediscover and convey Europe as a commonly perceived cultural region. A cultural region that ›we‹ can identify with despite all of our differences and where ›we‹ feel at home.« (Dittrich van Weringh/Schürmann)

The impetus to take this direction cannot be expected to come only from Brussels. Rather, everyone who values culture and the project of European unity is needed to take positions and develop recommendations in order to instil life into the idea of a European society of citizens and to strengthen the »emotional ties to the Europe Project.« Kathinka Dittrich van Weringh and Ernst Schürmann have done this by formulating answers to the question »Does Europe need a foreign cultural policy?« Thanks to their many years of experience with international cultural work and as cultural directors for the city of Cologne, their positions are clear and the recommendations they have made and ideas they have proposed are sufficiently concrete to develop a fruitful discussion.

It is for this reason that we have been happy to make ourselves available as a cultural policy association to provide a forum for your convictions and ideas. The *Goethe Institute* and the *European Cultural Foundation* have kindly offered to assist with the financing of the translation and printing of that special issue. We thank them cordially for this! We would also like to thank the commentators Lord MacLennan of Rogart and Nina Obuljen as well as last but not least Kathinka Dittrich van Weringh and Ernst Schürmann for their stimulating study, which we hope will attract widespread interest.

Does Europe Need a Foreign Cultural Policy?

A study by Kathinka Dittrich van Weringh and Ernst Schürmann

Table of Contents

Preface	50
I. The European Union as internal and external cultural project	50
Distorted perception of Europe	50
Europe's cultural task	51
The EU's own foreign cultural policy – why? ..	52
Europe – a soulless economic area?	52
Europe – a fortress?	52
Europe – a new security zone?	53
The need for many explanations	53
II. European topics in foreign cultural policy– where the EU should become active	54
European cultural diversity as a topic	54
The EU as a topic	54
The EU: initiator of topics	55
III. The EU as promoter and supporter of cultural exchange – within the EU and abroad	55
The EU: balancing force between large and small member countries	55
The EU: promoter of a communications structure	56
The EU: promoter of pan-European topics and encounters	56
IV. Actors for the implementation of a European foreign cultural policy	56
Public cultural actors	56
Non-governmental cultural actors	56
Cooperation of the actors	57
The EU Commission in a pioneering role	57
V. Tools for the implementation of European foreign cultural policy	57
Tools on the EU level	57
Internal cooperation and coordination	57
Emphasis on the cultural component in treaties with third countries	57
Active information policy	57
Tools for the Commission for promoting cooperation amongst member states	59

Stimulant for cooperation	59
A European cultural institute?	59
The creation of adjustment funds	59
Three pilot projects	60
Drawing up terms of reference for projects that merit support	60
Tools of the Commission in cooperation with non-governmental cultural actors	60
Supporting cooperation	60
Support of encounter programs	61
Tools of the Commission in cooperation with public and non-governmental actors	61
Active Information Policy: the Laboratory of European Cultural Cooperation	61
VI. Summary	61
Annex 1	
Proposals for three pilot projects for improved cooperation between the EU Commission and the EU member states on cultural work with third countries, with special consideration for small and/or financially weak EU countries	63
Annex 2	
Examples of the handling of European topics in the foreign cultural policy from the work of the German Goethe-Institut	66
Annex 3	
Example of Addressing the European theme by an independent foundation: Fund for Central and East European Book Projects (CEEBP), Amsterdam	69
Annex 4	
Example of the facilitation of EU trans-border mobility through the independent European Cultural Foundation (ECF), Amsterdam	69
Annex 5	
Example of the attempt to shape and strengthen the cultural cooperation in Europe from the »bottom-up« – a public-private alliance initiated by the European Cultural Foundation (ECF), Amsterdam	70
Footnotes	72
Conclusions	73

Preface

This is a study for a proposed feasibility study for a European foreign cultural policy that will be gradually developed. It currently exists only in an initial stage. Its necessity and sensibility will be established in this paper. Steps will be suggested for a feasible optimization of the present instruments of all the participating cultural actors.

This preliminary paper is not of a strictly scientific character. Above all, it draws on the empirical knowledge and practical experience that the two authors have gained during their years of experience at the Goethe-Institut in German foreign cultural policy in and outside Europe. The politico-strategic experience of the authors counts towards the front line experience. Both were in positions of responsibility in the Goethe-Institut's central office, one responsible for the guidelines of the Goethe-Institut's programs abroad and one responsible for long-term planning and supervision.

The contacts that grew out of their experiences facilitated the many (sometimes confidential) conversations and interviews with cultural actors from various legal entities from the EU countries as well as non-member countries. The contacts also enabled an evaluation of the Goethe-Institut's worldwide cultural programs from 1997 to 2003 from the perspective of pan-European issues in non-member countries.

Kathinka Dittrich van Weringh's position as head of the cultural department of the city of Cologne brought additional insight into intra-German as well as transnational networks of cities, regions and nations. The view from outside has been put into perspective by the view from inside.

The current position of Kathinka Dittrich van Weringh as committee chairperson of the European Cultural Foundation has deepened her longstanding Europolitical interest and given her access to relevant conferences, conversation partners, and sources.

Both authors have made limited reference to the still limited specialist literature on the topic and to the relevant decisions of the EU Commission as well as of the Council of Europe.

February 2004

Kathinka Dittrich van Weringh/Ernst Schürmann

I. The European Union as internal and external cultural project

There was no accord on a European constitution at the European Union Summit in Brussels in December 2003, where the 2004 accession countries were already participating with full rights. The breakdown of talks, and above all the way in which the breakdown occurred, gave a sudden insight into the complexity of the current phase of the European unification process. The decisive importance of understanding the political, economic and cultural differences between the individual member

states for the continued integration process was once again demonstrated, as well as the extent to which the varied historical backgrounds have left their marks on expectations and reservations. Ultimately, these cultural findings must be taken into much greater consideration if Europe wants to continue and deepen its integration process. Meanwhile, after the initial disappointment and embitterment, it has been demonstrated that Europe really does want this process. Even after the failure of the draft constitution, no alternative to European integration arose. The goal of giving the European Union a constitution and an accompanying codified identity still exists. »Sooner or later Europe will have a constitution,« commented Bertie Ahern, the Irish head of government and president of the European Council for the first half of 2004.¹ As the former French Foreign Minister Dominique de Villepin added in a different context, »A constitution must confer upon Europe the means to take its place in the world of tomorrow.«²

What place does Europe want and what place is it able to occupy in the world? And how can it continue to grow closer together, not only in its institutions and its regulation mechanisms, but also, as the saying goes, in the heads and hearts of its citizens?

Distorted perception of Europe

The European statistical bureau, Eurostat, confirms a dwindling enthusiasm in Europe. The public debate certainly does not contribute much to a positive image of Europe. The debate has led to a series of negative clichés across Europe: squabbling politicians, egoism, red tape, bureaucracy, clumsiness, paternalism, and lack of transparency are the prevalent catch phrases. These negative clichés increasingly hinder awareness of the positive changes in our everyday lives as a result of the unification process. The only key phrases that appear are freedom of travel, mobility, and a common currency. The ease in trans-border travel and dealings within the EU is taken for granted today. Its direct connection to European integration is barely felt anymore. In everyday life, we are now much more European than we realize.

With the discrepancy between the public perception and everyday reality revealed, we can see how far the emergence of a European citizen consciousness lags behind the actual integration of Europe. Without a developed European citizen consciousness and a resilient sense of belonging, the European Union will not only fail to go beyond a pure purpose-based alliance, but the successes of the current union will continually be at stake.

The draft constitution was supposed to provide concrete content for EU citizens' inalienable identification with EU, and to open the path to a form of European constitutional patriotism on the basis of established values and rights. That the governments could let the constitution fail without risking wider protests from their respective populations shows a crucial deficiency in the entire unification process up to now: disregard

for the cultural components. European integration is more than just a technocratic-political task. It can only succeed and have a stable future if it is also understood as a cultural task.

We are talking here about a notion of culture that is commonly accepted today: the historically conditioned contacts people have with one another in a particular society. This coexistence, determined by various codes, regulations and written and unwritten laws, finds its most concentrated expression in past and contemporary artistic forms, which will be discussed later. The famous Bulgarian sociologist Tzvetan Todorov writes »[th]e European values above all the diversity of the countries that go to make up Europe: each country has its own language, customs and problems. It was all the more conspicuous to observe the similarity of public opinion in the various countries during the preparations for the Iraq war. This spiritual kinship, [...] what a contrast between the politicians' differences of opinion and the natural consensus among the citizens.«³ Thus a cultural foundation, little cultivated by politics, exists and could be made consciously realizable.

Reflecting upon topics/values such as rationality, individual freedom, justice, tolerance, institutionalized solidarity, democracy and separation of church and state, Todorov comes to the conclusion that, in contrast to other superpowers, a powerful Europe vested with a defensive army would be more like a »soft power«: »The Europeans legitimize power on an international level through the manner in which they use it; they settle their own borders by entering into contracts and agreements and starting shared institutions. The »silent power« bases itself on this principle.« The »soft power« slowly re-developed in post-war Europe and has today become a characteristic feature of Europe.

Europe's cultural task

»Culture« and »the arts« are emotive words in the European political context and subject to many misunderstandings. The words instinctively arouse fear that Brussels could interfere with the national cultures of member states and endanger their existence through the development of a syncretistic European multiculturalism. Of course the case will not be put for that here. On the contrary: cultural diversity; the richness of traditions, languages, literatures, artistic expressions, and ways of life is a foundation for a united Europe. Protecting this richness is one of the most important tasks of the EU. The real source of the danger, especially for small national and regional cultures, can be seen in the demands within the WTO framework for the unconditional opening of all markets, including markets for cultural property, and in the WTO's practices, which are generally identified with the negative effects of globalization. A strong EU, capable of holding its ground internationally, is more a guarantor for, than a danger to the preservation of European national and regional cultures.

It is Europe's task to work on the obvious deficits in the intra-European consciousness and on its pan-European image to the outside world.

An intensification of cultural exchange is necessary between the European countries. Europe's peoples still know too little about each other. Their images of their neighbors are still much too marked by prejudices and stereotypes that often stem from negative historical experiences. Prejudices and stereotypes fuel mistrust. They hinder a positive view of a shared European consciousness, a sort of European belonging.

A further deficit takes aim at Europe as a new unit, as a second subordinate home next to the primary homes of the individual states. We're talking about a European image and concept that is more than the sum of economic community plus subsidies, plus an area of free travel, plus greater ease in daily life. It's a question of making the existing cultural foundation conscious, of seeking opportunities for understanding, and starting from common interests, and of creating the general conditions for this. Intercultural dialogue and the skills required for this are necessary; in our multicultural societies one can already develop these skills at »home,« as it were. Artists, cultural mediators, cultural journalists and cultural operators play a dominant part in this regard. Their ability to reflect critically, their renewing force, and their mediating capacities offer, on the one hand, food for thought, and on the other hand facilitate the face-to-face encounters that are the basis for all understanding. And, a dance, film, novel, musical composition, painting, or photograph can have a more powerful effect, can appeal to and touch the »other« more than many a panel discussion.

Exactly because the EU is a work in progress, simultaneously a tangible present and vision of the future, it must continuously reflect on itself on the broadest basis. The EU must see to it that the establishing processes, whether of a verbal argumentative or artistic type, are not paternalistic proceedings from above, that is, on the part of the Commission and the governments of the member states, and is also not experienced or felt as such.

Ideally, Europe's reflection on itself should play out as a broad public discourse:

- Why should we, the citizens of its member states, live in a European community?
- What is the concrete meaning of the constantly used catchword, the »community of values?«
- Why are these values fundamental to the European Union?
- Which forms of coexistence do we want for ourselves as a new community?
- How should the participation of its citizens look and how can participation be guaranteed?

The media and the citizens of Europe, among them many artists and cultural mediators, cultural institutions and cultural networks, have helped to see that this discourse exists, at least at an early stage. The distance

that citizens feel between the European business of politicians and bureaucrats and the citizens' reality is still too big, and the emotional attachment to Project Europe is still too weak. The equanimity with which Europe's citizens accepted the failure to give Europe a constitution and thereby to create, for example, enforceable rights, again demonstrated the extent of the failures up to now, and the size and importance of the task. What is needed is a sustained targeted effort on the part of all involved actors and institutions, not just to create a new political culture in Europe that brings the European discourse to the people and addresses their interests. However, the European unification process is also, and primarily, a politico-cultural task with the goal of re-discovering and conveying Europe as a mutually felt cultural area. A cultural area with which »we« can identify despite all the differences, and where »we« feel at home.

A look at the functioning democracies of the member states shows critical and culturally engaged citizen participation. Why should that not also be possible on the EU level? The Commission, governments, European Parliament, political parties, civic action groups, and, not to forget, the media have a primary task in the future: to sensitively take into account the different cultures and historical backgrounds of the member states.

From this vantage point, the internal connection between the demonstrated levels of Europe's cultural task also becomes evident. The intensification of cultural exchange amongst the European countries will foster the development of an EU-wide culture of discourse, which in turn is a pre-condition for the formation of a European citizen society and a European identity.

It is because of the singularity of the EU phenomenon that the Europe-related aspects of cultural tasks within the EU are simultaneously cultural foreign policy and domestic policy, at least as long as the EU remains a community of states that maintain their extensive sovereignty.

The continued sovereignty of the member states is also apparent from the fact that they continue to maintain worldwide cultural relations with thoroughly different objectives and instruments.

The EU's own foreign cultural policy – why?

One must also ask if, in addition to this, the EU should have its own external European foreign cultural policy, and if so, what tasks it would have and in what ways it would (and would have to!) differentiate itself from the cultural relations policies of its member states.

How did de Villepin, the French foreign minister put it? – »A constitution must confer upon Europe the means to take its place in the world of tomorrow.« Actually an astonishing position for the foreign minister of a country that even today maintains its claim to be a superpower, resolutely and without compromise, such as in its veto right on the UN Security Council or as an independent nuclear power. Referring to the constitution

clearly defines »Europe« as EU, and it is the constitution to which the French Foreign Minister assigns the role of an active participant in the »world of tomorrow.« That inevitably means an EU foreign policy – and a foreign cultural policy is a traditional component of foreign policy.

Let's first take a look outside to find out how people there see the EU.

Europe – a soulless economic area?

The further away one goes from Europe, the more markedly one sees the EU primarily as a common economic area that is increasingly determined from Brussels and less so by the legislation of the member states. Interest in the individual member states is not yet decreasing dramatically; however, the desire to understand the regulatory functions of Brussels and Europe as a whole is becoming increasingly strong. Frequently, this increasingly concrete and sharply outlined outer perception of EU-Europe as a common economic area stands in contrast to very vague images of what the EU is beyond that.

A stable basis of trust, the fertile ground for long-term relationships and emotional ties, will hardly develop from a narrow view of Europe as a cost-performance-calculating economic zone. In the long term this endangers business as well as security policy. The old nations within and outside of Europe have known this for a while and have pursued a more or less intensive foreign cultural policy as an integral component of their foreign policy and thereby also foreign trade policy.

Furthermore, in global competition, the cultural industries, which are consistently gaining in importance, are also in the crossfire of liberalization. It is a European characteristic to protect/subsidize artistically creative forces as a breeding ground for these industries, in its quest for diversity to not completely turn over the cultural industries to the free market, and to support comparable actions in third countries as well. This is also part of Europe's »soft power.«

Europe – a fortress?

As a relatively wealthy and stable economic area, the European Union has a strong suction effect on its new, poorer neighbors, and beyond. The income differences are drastically growing between those »outside the EU door« and the new ones »inside,« the latter group having increased their competitiveness and the quality of life of their societies through their own reform efforts and EU support measures. With the increasing migration to Europe, it is not just unskilled laborers who come, but rather the intelligentsia is being stripped from these countries, a trend that holds material for conflict.

It is not only Europe's defensive measures against undesirable migration on the one hand, and its selection mechanisms for desirable migration (»brain drain«) on the other hand that have an aggravating effect. The accusatory catchword »fortress Europe« expresses the

fear of isolationist measures in other areas, such as foreign trade. The agricultural sector provides perhaps the clearest examples. This hits many poor agrarian countries in Africa, South America and in parts of Asia especially hard, but also, time and again, results in serious conflicts with the USA, as we all know.

There is great insecurity in the new neighboring states in Eastern and Southeastern Europe since the EU enlargement. New customs and visa borders are being stretched through formerly porous areas of culture. Beyond trade and work, is the ease of movement being lost on both sides of the border, even regarding traditional family ties, for instance between Poland and the Ukraine? What will become of the many cultural, artistic and scholarly contacts and bonds in this area that was, until just recently, largely open? Sound solutions for this must be found to keep dangerous trouble spots from even beginning to develop. The principal objective must be the building of trust and mutual respect. An essential condition is that the new EU external border must not become a cultural border. For this, there needs to be a compensating intensification of cultural exchange with these new neighbors, a group which, not to forget, also includes the large country of Russia.

Europe – a new security zone?

In hardly any other political field have there recently been such radical changes as in internal and external security. Just 15 years ago, the threat perception was totally focused on the East-West conflict. The countries of Europe were, with few exceptions, members of one of the two large military alliances, NATO and the Warsaw Pact. The power and decision-making centers were located far away from the present-day EU, in Moscow and in Washington. The new EU member states, and to some extent even the older ones, had little influence on important decisions.

NATO continues to exist today, even having expanded to include most of the former Warsaw Pact states within the EU; but for Europe it has a different meaning that is not at all without alternatives. Last but not least, the Iraq conflict, as well as the controversy around the creation of an independent European intervention force, again made that clear.

How will a progressively integrated Europe act in such an environment in the future? As the Iraq war demonstrated, there are still different, conflicting opinions in the realm of security policy. The call for an independent European security policy, with all its consequences, is becoming louder and being heard in the European sphere and across the Atlantic. That European countries could reach agreement on this issue has at least entered the realm of possibilities. What would that mean for the rest of the world, above all for regions adjoining the EU? After all, it concerns an entity with more than 400 million inhabitants, considerable economic and financial power and highly developed technology. A reason for mistrust and fear?

A completely new phenomenon is the threat from international terrorism, against which there are still no convincing defense strategies. How will Europe react to this? Will the EU continue to make cross-border traffic more difficult? Afghanistan and Iraq clearly demonstrate that traditional military means are not enough to get rid of reservations and prejudices. And the »import« of democratic rules does not create a democracy. Politico-cultural strategies that are focused on getting to know each other better could bring long-term solutions, or at least foster such solutions. In the future, foreign cultural policy could become an integral, or rather central component of security policy in a much more concrete sense than up to now.

Europe has a starting point for this. As a »soft power,« it does not strive for a unilateral world order, like the USA, the only remaining superpower since the 1989 collapse of the Soviet Union. Europe »has no ambitions to settle the affairs of the entire world, [...] will not try to bring down unpopular governments as in Cuba, Zimbabwe or Iran by invading the respective country.«⁴ Europe is seeking the arduous path of understanding, and that works only via diverse intercultural dialogue. Security policy will have no success without cultural policy.

Certainly the aspects examined here, based on which a large part of the world perceives and critically observes the EU, are not exclusively European characteristics. The economy, border security, and security policy are in the limelight in all large and powerful actors on the world stage. What differentiates the EU is its incompleteness. That is why these areas in the EU do not fall into line to create a complete picture that has trusted characteristics, and for which one has results based on experience. The recognizable connection is lacking.

The need for many explanations

The consequences are contradictory. On one hand, Europe's incompleteness is an element of the feeling of uncertainty. Uncertainty impedes the establishment of trust. Only the EU as trading partner is increasingly reliable and calculable. This is an insufficient basis for enduring comprehensive stable foreign relations. On the other hand, people are curious and fascinated by what is developing in Europe, increasingly demonstrating Europe's achievement potential. Europe seems to have found answers to the problems of a rapidly changing world in which survival in isolation is increasingly difficult. All over the world we observe a variety of unions, mostly based on economic objectives. NAFTA in North America, Mercosur in South America, GUS in the area of the former Soviet Union, and ASEAN in Southeast Asia are examples. None of these systems has reached the same extent of integration as the EU. Hence the EU offers interesting illustrative material for a wide range of specific problems that can arise in regional unions, even when the integration goals are set at very different levels. Europe has succeeded in overcoming centuries-old wars and feuds in a peaceful way and, in

continuous political, economic, and intercultural dialogue with one other, in slowly building a community that could be described as a peace project. This is what constitutes Europe's persuasiveness.

The EU must explain many things to the outside world. It must satisfy

- the enquiry about its experiences with the integration process;
- the enquiry about the interrelationships on which the perceived individual processes are based;
- the enquiry about its own cultural identity.

In principle, this is the same task that the EU also has internally. Europe must explain itself to the outside world: what it is doing and where it wants to go, which value system this goal is based on, what status the economy, security, job security, social obligations, law and order, science, art, culture, etc... have, and how the underlying value system finds concrete expression in these issues. As we have seen, that is a politico-cultural task. Let's recall the remark of the French Foreign Minister: »[a] constitution must confer upon Europe the means to take its place in the world of tomorrow.« The core of a constitution is in essence nothing more than what was just said. If therein lies the center of power that confers and secures Europe's position in the world, then de Villepin is not only clarifying the importance of a constitution for Europe, but also demonstrating the tremendous importance of a European foreign cultural policy that is based on dialogue, critical discussion, and cooperation.

Parallel to and building upon the cultural relations work of its member states, a unified Europe has an existential interest in using trust-building measures to convey the EU as a union of states based on values, and in developing a supplementary European foreign cultural policy for this purpose. This development proceeds at the same time as a reinforced strategy to nurture the community-building powers of culture and education within the enlarged EU, since, as has been said, it is the artists and cultural mediators who have the creative-critical and innovative potential. They speak to all the senses, not just to reason, which is not enough by itself. Along with educational institutions, they are an indispensable bonding agent in intercultural dialogue amongst the people. Government talks and treaties are not enough.

II. European topics in foreign cultural policy – where the EU should become active

European cultural diversity as a topic

Though a politically accepted and conceptually defined EU foreign cultural policy does not yet exist, and the topic will remain controversial in the foreseeable future, there is already a cultural dialogue with non-EU countries on European questions and aspects. There are areas that clearly fall under each member state's cultural and educational sovereignty and should continue to do so,

because they are expressions of the respective national cultures. Yet even in these areas, there have long been European appearances on the international stage. This can be seen in the continually increasing number of EU film, theater, dance, media and music festivals, and in the appearances at book fairs under the EU name. The events are constantly expanding into further areas of the world, even though they may sometimes only have an additive character. It's a beginning. Mostly they are organized as joint projects by the cultural institutes representing the member states on location, or by their embassies and consulates. Where there are separate EU delegations, they often take over the coordinating tasks. Given that nothing is as convincing as practical experience, these community events have already helped a great deal in breaking down the fears and reservations of various member states that they would not be able to make their cultural identity visible in a combined European presentation. In any case, the number of member states participating in these programs is steadily growing. Small countries in particular make an impact in mutual appearances that they could not achieve alone. It is often their joint appearance that first makes them visible as vital, independent cultures within the European cultural variety.

This is a win-win situation:

- Smaller EU countries in particular find a platform that they could not find alone, or would only be able to find selectively. On this platform, they can exhibit their cultural independence and present their specific national contributions. They can show that they are competitive in terms of quality and standards.
- The EU profits because these programs convincingly convey to the outside world what this »Europe of Cultures« is in practice, and that it is precisely the EU's cultural diversity and the independence of that diversity within the EU that are specific strengths of this community.

The EU as a topic

In addition, there exists already a practice in foreign cultural relations work in which the EU itself, what it does, and how it acts is a thematic topic. An examination of the reports on the Goethe-Institut's cultural programs from 1997 to 2003 revealed hundreds of such events. There was a certain, surely unsurprising concentration of events in areas directly neighboring the EU. However, there was still hardly any area of the world in which the topic of the EU was not in demand. As mentioned before, this is only the result for the Goethe-Institut, thus for one member country only. A few examples follow:

In the »new neighbors,« as in Belgrade, people asked anxiously »Why visas? – Schengen: Fortress Europe.« In Bucharest they wanted to discuss »Minority Policy and Protection in Europe and Southeast Europe,« in Istanbul »Migration and Multiculturalism in Germany and Europe« and »The European Agricultural Agree-

ment and Turkey,« and in Izmir »The European Convention on Human Rights and its Application.« In the accession states people were interested in »Who is a European?« »Europe – Unity in Diversity,« or »Economy as the Engine of European Integration« (all in Bratislava); in Budapest »Reform of the Old Age Pension System,« in Prague »International Preservation of Historic Buildings and Monuments in Europe.« Outside of Europe, the topics were »Perspectives of European-Syrian Partnership Programs« in Damascus, in Colombo »Europe and South Asia – Multiple Identities, Multiple Perspectives« or »Challenges to Conflict Resolutions: Europe and Sri Lanka.« In Johannesburg people wanted to talk about »Tendencies in Media Law,« and in Melbourne »Immigration and Human Rights – European Experiences and Australian Resonance« was discussed. For Americans, the important questions were about »Europe and the USA« (Boston) and »Eastward Enlargement of the EU« (Los Angeles). In Tokyo people discussed »The EU in the 21st Century – on the Road to a European Constitution.«⁵

There was also great interest in the importance of art and culture in the EU. In the West African city of Dakar, people were curious about »European Culture on the Internet,« in Buenos Aires, Montevideo and Santiago people wanted to exchange ideas about »The Authority of the State in Post-war Europe to Finance Art and Culture« and about »The Relationship Between Cultural Industries and Subsidized Culture in Comparison to Europe.« In the run-up to EU accession, people in Vilnius wanted to know about »The Role of Book Fairs in Europe.«

Behind most of these and many other topics from the fields of environment, health, social policy, or education, there lies a very concrete interest on the part of the respective host countries. The topics illuminate hopes, fears, uncertainties, and specific domestic problems. They point to thematic starting points for the EU in creating a specific voice in the international fabric, where there is still trust lacking, where the EU has an urgent need for explanation about its motives and plans, and where it can provide support with its own specific experiences. The topics people show interest in could be valuable indicators for corrections and modifications of Europe's structures, behavior patterns and attitudes in order to improve Europe's acceptance in the world.

The analysis of the Goethe-Institut reports is not only interesting because it gives clear indications of topics of interest concerning EU-Europe in other countries and regions. The Goethe-Institut, as an instrument of German foreign cultural policy, is not really the natural contact for cooperation requests abroad on purely European questions. The EU does not appear on the stage of international cultural exchange of its own accord, or only in a very limited way, and sometimes it is not allowed to appear at all. Thus, the world has been missing a partner for the many questions it has for the EU. The fact that the Goethe-Institut – and presumably other cultural ins-

titutes of European countries do this similarly – takes care of the European questions in the face of this vacuum, can be seen as an indication of how urgent the desire has become in many countries to make contact with Europe and start talking about questions and topics concerning Europe. ⁶ Shouldn't the EU, in its own best interest, respond to this as soon as possible? The seeds have been sown. We only need to reap the harvest.

The EU: initiator of topics

Europe should not just react to the thematic requests of others, despite the room for explanation and clarification these requests already offer the EU. The experience of the Goethe-Institut suggests that the EU can expect readiness to introduce topics on its own into the cultural dialogue. For example, it should be in the EU's interest to present the consequences of its internal structure as a guarantee for an aggression-free security policy. It has convincing arguments: an EU which is based on the protection and cultivation of its many cultural and ethnic components, which are and are meant to stay in competition with each other, will at best be able to establish a common interest for defense from external threats, but hardly for aggression towards the outside world. Yet this cannot be the place to propose lists of topics. They arise practically by themselves from Europe's particular situation and against the backdrop of the situation described above. Here we attempt to outline a framework in which EU foreign cultural activities and initiatives would be meaningful. We also attempt to show that any objections that such activities could lead to interference in the cultural sovereignty of the member states are unfounded. The sovereignty of the member states regarding their own cultural relations policies will be fully maintained, even with (always limited) responsibility for foreign cultural policy on an EU level.

III. The EU as promoter and supporter of cultural exchange – within the EU and abroad

Since culture, whenever it is an expression of the national and regional members of the European Community, is reserved to the member states and should stay that way, both domestically and abroad, the EU has no responsibilities for content. However, that should not and must not make the EU inactive. It definitely has a series of supporting possibilities and tasks in this area.

The EU: balancing force between large and small member countries

A characteristic feature of unified Europe is that its member states differ largely in size and economic capacity. This naturally has consequences for the cultural competition within the EU and especially outside the EU. In a time when artistic creativity has long contributed to the overall competitive potential of a

country, there can arise significant advantages and disadvantages. It would certainly not be a violation of the non-interference principle if the EU were to act in a supporting and balancing manner. The EU could do this in the realm of cultural foreign work, for example, by using a financial subsidy to enable a small, financially weaker member country to participate in a cultural project abroad, in which multiple member states appear under a European flag and to which this country could make an important contribution.⁷

Support for offsetting competitive disadvantages in cultural exchange could foster the development of a sense of community in the EU, because less culturally visible countries and regions could play a more active part in the European cultural dialogue. That would raise their self-esteem and show them that, as EU members, they have a share in a community of solidarity. It would enrich in concrete terms the experience of being citizens of the European Community, however modestly in individual instances. The public at large would see that Europe's cultural variety is even greater than previously observed.

The EU: promoter of a communications structure

Knowledge contributes to intercultural dialogue within Europe and with the non-European world through available or future communications structures. There is a wealth of incompatible information sources, but there is no summarizing vision that enables artists and cultural mediators to find collaborating partners for their projects and tap into appropriate sources of support. Individual EU states will not take the initiative for this. They are not responsible for this, and they mostly operate bilaterally. Artists and cultural mediators need open space; for them, there are no bilateral limitations. Here great opportunities arise for the EU to support cultural networks and existing European-wide platforms radiating beyond Europe, and to pursue an active information policy.⁸ The Internet makes this possible.

The EU: promoter of pan-European topics and encounters

Artists and cultural creators do not just want to meet virtually. Exhibitions, festivals, workshops, book fairs and the like retain their great significance even in the age of the Internet. The EU would have opportunity here to give such encounters more of a European framework, or at least to support them financially. The more that artists and cultural creators can meet under a European set-up and with European topics, the more they will see themselves as European, and the more creative impulses will be exchanged within Europe. They will furthermore bring in more outside stimulation, which again benefits the creative factor in Europe. This creative factor is, as has been repeatedly said, one of the most important raw materials for future international competition. But not only that: it is enrichment.

IV. Actors for the implementation of a European foreign cultural policy

Public cultural actors

On the public side, there are first the cultural mediators from the EU member countries, such as the British Council, Institut Français, Istituto Italiano, Goethe-Institut, the Czech Centres, Instytut Polski and many more where non-European cultural work does not directly go through embassies and consulates. To this we can add transnational unions, such as the Visegrad-Group consisting of the Czech Republic, Poland, Slovakia and Hungary, who finance EU trans-border cultural and educational work as joint administrators of the mutually financed Visegrad Fund⁹ with its seat in Bratislava. Another example is »Ars Baltica«¹⁰ in which there are EU member countries as well as non-European nations, dedicated to multicultural collaboration through many European-wide projects.

The Euro-Med-Foundation should also be considered here. It was planned by the Commission and member states for September 2004 and has been discussed since 1995. Its mission is to create an intercultural dialogue in the Mediterranean region. Many regional and municipal foundations, associations, and networks can be added.¹¹ Here we will mention only »eurocities,«¹² the European network with a focus reaching beyond Europe. And amongst the many regional public foundations we can mention the »Kunststiftung Nordrhein-Westfalen«¹³ with its seat in the German city of Düsseldorf. For these, as well as for other entities in other European regions, it has long been natural to regard regional, artistic, and politico-cultural affairs in an international context and to act correspondingly. This self-image did not exist ten years ago. Making this self-image more widely conscious would strengthen intra-European cohesion and bring to life a non-European demonstration of unity in diversity. Finally, the EU Commission is itself an important actor.

Non-governmental cultural actors

The importance of non-governmental cultural actors in and beyond Europe has increased dramatically in recent years. By the fall of the Soviet Union, pan-European cultural networks, associations and funds had emerged everywhere. For example, the network »Informal European Theatre Meeting« (IETM)¹⁴ operates in a trans-border way a network of 400 cultural institutions and initiatives in Europe, as well as in African and Latin American countries. The network of networks, »The European Forum for Arts and Heritage« (EFAH), lobbies systematically in Brussels not only for a cultural policy for Europe, but also for a European foreign cultural policy, especially for the new neighbors.¹⁵ The association »Ecumest,« with its seat in Bucharest, supports the internationalization and professionalization of the cultural sector in Southeast Europe and seeks a

pan-European bond.¹⁶ It should also be mentioned that the »Civil Forum« with representatives of various sorts of non-governmental networks, including cultural ones, has set itself the goal of strengthening the civil society sector in the EU Mediterranean policy. The list could go on and on, without even mentioning artist initiatives or foundations.¹⁷

Next, the few independent European players should be named, such as the »Fund for Central and East European Book Projects«¹⁸ and its parent foundation, the »European Cultural Foundation,«¹⁹ both based in Amsterdam. With grants, projects and politico-cultural lobbying of the EU Commission, the European Cultural Foundation focuses not only on pan-European topics and questions, but is also actively involved in trans-border cooperation with the new neighbors. And it keeps the topic »Europe in the World «in mind.

Cooperation of the actors

Individually, these and similar cultural actors cannot manage the pan-European task of intercultural dialogue with the non-European world, and certainly cannot do so on a continual basis. The historically determined, politically and economically dictated interests are too different; each actor's limited responsibilities are too varied; the resources are too limited. Also, as already cited, not all EU member countries have the personnel and financial resources to be able to actively participate in a European foreign cultural policy. The implementation of a pan-European complementary foreign cultural policy is only conceivable in cooperation with as many actors as possible.

The EU Commission in a pioneering role

The EU Commission, supported by the European Parliament, should take a pioneering role in this cooperation. It is in the EU's best interest to pursue its political, economic and security goals for Europe as a whole and to portray Europe as a consolidating area of culture in intercultural dialogue with third countries. This should always be in addition to the various individual voices of the various actors.

The existing competencies and possibilities of the EU Commission for this complementary foreign cultural policy have not yet been exhausted.

V. Tools for the implementation of European foreign cultural policy

Tools on the EU level

The EU commission has a number of tools available, which can be optimized without setting up new administration structures. This is regardless of whether a European foreign ministry with a cultural department will be realized, though such a ministry would undoubtedly contribute to the strengthening of the tools.

Internal cooperation and coordination

Along with other international organizations, the Council of Europe has for many years pursued cultural policies far beyond the present borders of the EU. Meanwhile, the financial means for this have been sharply reduced. On top of that, the cultural funds and the »Council for Cultural Cooperation« were abolished in 2001. Coordination with the still existing cultural programs in the framework of the Council of Europe's present priority programs would contribute to an integrated EU foreign cultural policy. In this regard, the Council of Europe's contacts in third countries, built up over many years, could be very helpful.

A better coordination of the already existing EU programs with cultural components amongst the various directorates of the Commission would make a trust-building foreign cultural policy more plausible. Within the Commission there are, aside from the Directorate for Education and Culture, »about 70 different EU funding programmes from other DGs that offer possibilities for cultural projects, but these are not promoted [...] if cooperation is a priority of the EU it is necessary to find mechanisms for this in the relevant programmes,« according to the report of the European Cultural Contact Points made at the end of 2002.²⁰ The final recommendation is not surprising: »introduction and emphasis of the cultural dimension, under article 151, in the cooperation programmes with 3rd countries.«

Emphasis on the cultural component in treaties with third countries

It would be an important tool for the Commission to consistently ensure that cultural programs are not only included in treaties with third countries; it would be just as important to ensure that these are actually implemented, with as many responsible partners as possible.

Active information policy

As a further tool, a user-friendly electronic information system would reinforce these tools of coordination, with emphasis on the cultural component. The Commission has sufficient competencies for the system's development. It would need to be made clear who, in which locations, and under which conditions can participate in the available cultural programs with third countries, so that it is no longer said that »they are not promoted.«²¹

The above-mentioned tools are not yet completely effective. Presumably it would be easier for a cultural department in a strong foreign ministry in close collaboration with DG Education and Culture to push through binding forms of collaboration. One could argue that »EuropeAid,« the office for cooperation created in 2001, monitors the strategic coherency of EU actions through its steering committee. The arrangement is that the steering committee takes care of the thematic as well as methodological cooperation in the area of EU

development aid. DG Education and Culture has no part in this cooperation, even though it is responsible for cultural issues. How »integrative« is the practice then? The (queried) EU officials have no answers.

With a foreign ministry (including cultural department), it would surely be more promising to insist on the »culture comparability clause« with the commissioners for development and enlargement, where it concerns economic policy with predominantly poor parts of the world that is tolerable for the cultural fields. The power of self-assertion would also be stronger with the Competition Commissioner if topics such as »fixed book prices,« »reduced value-added tax« for cultural goods, and similar issues were touched upon. The latter are not purely intra-European topics. The world envies Europe for its pan-European protection mechanisms for its cultural goods and is therefore interested in learning more about it. In this regard, the interest is rationally about the assessment of cultural industries as a competitive factor.

Indeed, if there were a strong foreign ministry (including a cultural department), it would surely be easier to strengthen the lobby work in the finance and judiciary committees, where laws and expenditures are prepared. The preliminary decisions developed there always have an effect on a cultural policy for Europe and a reflective effect on cultural policy beyond Europe.

A model for how the EU Commission could coordinate thought and action can be found in the Netherlands. The Dutch Foreign Ministry and the Ministry for Education and Culture agreed in 1997, in an agreement approved by the Dutch Parliament, to fund international cultural projects within and outside the country according to mutually drafted guidelines and from a mutual pot of money, the so-called HGIS Geldern;²² and to tolerate reciprocal personnel exchange, which increases understanding of other points of view. Additionally, in Denmark, and even more so in Sweden, there is close cooperation with development aid, because it is now uncontested that a cultural component contributes to the effectiveness of development measures.²³

To Illustrate: EU: focus on neighbor countries

For obvious reasons, the tool of coordinated EU programs should, in the spirit of positive discrimination for the new neighbors of the European Union, reach into the east as well as into the south: from Russia, with its very ambivalent interests, through Turkey to Morocco. »I want to see a ring of friends surrounding the Union,« as Commission President Romano Prodi brought it down to the common denominator.²⁴ The Commission report, »Wider Europe-Neighbourhood. A New Framework for Relations with our Eastern and Southern Neighbours,«²⁵ led to the establishment of the »Wider Europe Task Force« whose goal is the strengthening of infrastructures in the new neighbor states and stimulation of trans-border cooperation within the countries as well as with enlarged Europe. However, arts and culture did not find themselves

on the list of tasks. A later report, »Paving the Way for a New Neighbourhood Instrument,«²⁶ emphasized: »[t]his instrument should complement and be coherent with other relevant EU policies and instruments,« but it has not been decided how and by whom the planned, mostly technical, development programs are checked for »cultural compatibility.« When these new neighbors are offered »more than a partnership but less than a membership,«²⁷ the human encounter, the cultural understanding, and the attempt to create a feeling of mutuality despite dissimilarity must not be disregarded. It is surely heartening that as of 2005 the western Balkan countries shall also have access to the existing EU programs,²⁸ as has been promulgated so far at least, but even there the word *culture* can only be found in a footnote.

The case appears similar for the cooperation with the southern Mediterranean countries, which the EU Commission put into operation in 1995 with the EU heads of government in the Barcelona Declaration. A lot has been started since then. Nevertheless, the results have been judged only as insufficient from the perspective of observers from the affected countries.²⁹

The tool of the previously mentioned Euro-Med-Fund could offer improvement. However, it is still unclear what the concrete contents will be, what the basis of the criteria will be, and who the partners are for implementation. Governments? Civil society institutions? Both? There is still a need for negotiation and clarification here.

To illustrate: The EU and other regions of the world

The following are a few examples of unanswered questions regarding the implementation of an »integrated« European foreign cultural policy in other regions of the world.

The successor republics of the Soviet Union, the Commonwealth of Independent States (CIS), and Mongolia have profited since 1991 from the EU program TACIS (Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States) for the support of economic and political reform processes aiming for the rule of law and a social market economy. A cultural component cannot be recognized. In these countries, however, the cultural consciousness, the pride in their own, and the curiosity in other cultures plays an exceptionally large role.

The countries of Asia and Latin America have access to a number of EU programs, which can incorporate cooperation projects with a cultural character (but do not have to). That frequently, though not always, has no effect, since often no concretizing protocols on the implementation of the individual treaties are signed, with regard to culture. Those in Latin American countries who are interested in culture feel a particular closeness to Europe. Today they feel increasingly abandoned, and delivered to the only remaining hegemonic power, the USA – also in regards to their cultural industries.³⁰

In June 2000, an »integrated« plan was drawn up in the agreement of Contonou for cooperation with the African countries, and the Caribbean and Pacific areas – a plan that should equally take into account the political, economic, social, cultural, and environmental aspects.³¹ The tools of the EU, coordination and cooperation, are thus clearly recognized for the pursuit of an integrated foreign policy. The reality on the ground needs further examination. In conversations with cultural politicians and practitioners, doubts were raised.³²

If the EU takes seriously its role as honest, equal partner without hegemonic intents of an economic or political nature, and if the EU also wants to be seen as such, then it must actively create an integrated foreign cultural policy.

Tools for the Commission for promoting cooperation amongst member states

Stimulant for cooperation

The support of current cooperation and the stimulation of future cooperation amongst the government players is an important and legitimate tool of the EU in its role as facilitator and supporter.

The current practice of cultural cooperation amongst the member states via their governmental and quasi-governmental bodies is contradictory. For instance, a study commissioned by the Commission about »intergovernmental cultural cooperation« in thirty-one European countries established that the predominant practice is that of classical cultural diplomacy in the 19th century tradition.³³ That is a dressed-up exportation of culture, as it should not be carried out today. A further study about cooperation of the EU member states with third countries in the realms of culture and audiovisuals, also commissioned by the Commission, is still in the revision stage. Perhaps it will help paint a more relative picture. In any case, the local practices are often different. The analysis of the worldwide programs of the Goethe-Institut, among others, shows that the adoption of pan-European themes or of the EU as a phenomenon, alone or in association with others, has not only increased sharply in Europe, but has also steadily become a matter of course in third countries.

There are many different types of cooperation in third countries. They range from loose, occasional conversations between the actors (among this group are not only the foreign culture institutes, but also culture advisers from embassies and consulates, representatives from political foundations, and EU delegations), to regular meetings, to joint project plans, to cooperation agreements of an almost legally binding character. The most advanced form of cooperation is represented by CICEB, a union of 10 culture institutes bound under Belgian law.³⁴ This union is supported by the respective parent institutions, at least officially. How far that transfers to reality is another question. In any case, CICEB demonstrates prospects and perspectives, but also exposes still existing deficiencies: an

unclear mission, lack of longer-term agreements on topics relevant to Europe, hence lack of continuity and corresponding visibility (no website!), lack of effective commitment on the part of the coordination and organization, and lack of openness to non-governmental cultural bodies. If one reverses these shortcomings, or at least some of them, it would yield a long list of criteria for EU long-term support-worthy cooperation projects. That should not rule out any specific projects relevant to Europe, no matter who they are organized by.

A European cultural institute?

Beyond the long-term planned and structured cooperation, the call for a European cultural institute is not yet widespread. Such a pan-European cultural institute, if it should ever exist, could only have very limited topical responsibilities, as already described. Additionally, the mentioned shortcomings could be fixed in other ways. In his thoroughly researched book *Ein Kulturinstitut für Europa – Untersuchungen zur Institutionalisierung kultureller Zusammenarbeit*,³⁵ Robert Peise comes to the following conclusion: »A European culture mediating institute which, as a microcosm of the real Europe, would have space for every European state, is hardly a practicable, integrative interstate model. However, the underlying metaphor of a joint European house remains meaningful for a minimum consensus.« This basic idea is understandable, but it remains doubtful how integrative this house would be, internally and externally. It also remains doubtful whether it is sensible to entrust the corresponding planning and coordinating tasks to one of the cultural advisers dispatched to the European representatives.³⁶ New structures are not only expensive, but they also provoke bureaucratic obstacles. Would it not be more sensible to fall back on already existing institutes abroad? To motivate these to cooperate using a stimulating EU bonus? Thus motivated, a person could be found to take responsibility on a two-to-three-year cycle. It would be the engine for longer-term planning relevant to Europe, thus for the securing of a European point of view, in contrast to the exploitation of nation-state interests. It could, if necessary with an advisory board, give an expert's opinion on European relevance, and would be responsible for the final evaluation.

The creation of adjustment funds

Another of the deficits of the present EU external image is that smaller or financially weaker members have only limited effects. This generates resentments. Only the EU Commission or a European foreign ministry with a cultural department would have the competence and interest to act here in a balancing, supporting, and motivating way. By making a small amount of money from an EU balancing fund available, which would afford these countries information possibilities and grant/subsidy opportunities to participate in cooperation, more pan-European goals could be achieved:

- strengthening of intra-European cohesion, which could be effectively presented in the media;
- portraying Europe in third countries as a cooperating area of culture;
- motivation for actors who have been hesitant up to now to cooperate more closely in third countries;
- repercussion of the intercultural dialogue from third countries on Europe as a confidence-building measure.

As a guiding principle for the allocation of allowances to financially weaker countries interested in cooperation, the same criteria could be used as for the allocation of EU structural support funds for regions with poorly developed infrastructures. To avoid further burdening of the Brussels bureaucracy, the administration of the adjustment funds could be transferred to another qualified and independent body that would also be responsible for the evaluation of the project.

Three pilot projects

Practical experience for potential further projects can be gathered from the pilot projects more closely described in the annex. Above all, they serve to illustrate what the Commission could do to reach its goals with relatively modest administrative expense and with modest means. A first step. Further steps could follow.

1. Access to information on pan-European planning of cultural projects in third countries. Offer to subsidize the qualified participations from less financially strong EU countries.
2. Creation of a pan-European affiliate visitor program through networking of existing national visitor programs in Europe. EU offer of allowances to less financially strong EU countries for well-founded affiliate trips.
3. Creation of a networked visitor program of the European nation-states in third countries. EU offer of allowances for well-founded invitations from institutions in third countries to cultural creators from financially weaker EU countries.

If one takes seriously what Commission President Prodi offered to the new neighbors, »more than a partnership, less than a membership,« then it follows to extend these pilot projects to the new neighbors.

Drawing up terms of reference for projects that merit support

Only projects in third countries of pan-European relevance would come under consideration, whether in the scope of the European neighborhood policy or elsewhere in the world. The examples included from the work of the Goethe-Institut³⁷ demonstrate which Europe-related topics could be meaningful in third countries and therefore offer suggestions for the creation of terms of reference for projects that merit EU support. After decades of experience in the culture practice abroad, the authors know that comparable examples could also be found from other cultural relations

mediators. It is not only desirable to present these examples, but also necessary in order to put potentially one-sided frames of reference in perspective. However, such further research falls outside the scope of this study.

Tools of the Commission in cooperation with non-governmental cultural actors

Supporting cooperation

It is a legitimate EU tool to continue promoting and helping cooperation within the Europe-wide organized »third sector,« and to intensify the third-sector's cooperation with the national cultural players in projects with pan-European topics.

Non-governmental cultural actors are more flexible in the selection of topics and partners than governmental cultural mediators. They are not dependent on (party) politics and tax money. As already explained, in their independence they often give a more trustworthy impression than cultural representatives from a governmental level. Their work is an important bridge above all to countries with unstable political relations, weakly developed infrastructures, and weak civil societies. That is the case especially for the new EU neighbors, regardless of their diversity, but also for other countries and regions of the world.

Regardless of geographic borders, professional demarcations, and traditionally assigned responsibilities, they strive for stronger cooperation in all fields. A good model for this would be the »Fund for Central and East European Book Projects,« which has been operating the translation program »European History and Integration« since 2001, on request and initiative of publishers and foundations from Eastern and Central European countries.³⁸ Or, the »Informal Theatre Meeting« devoted itself in 2003 to the topic »Cooperation between governmental cultural mediators and private artistic institutions, associations and foundations.«³⁹ A job worthy of EU support.

That the »European Forum of Arts and Heritage« tackled the issue »Migration and European Cultural Politics« likewise in 2003, and invited artists and cultural mediators of governmental as well as non-governmental origin from Europe and the neighbor countries to discussions, also illustrates a piece of integrated and support-worthy European domestic as well as foreign cultural policy.⁴⁰

The same is also true for three conferences that the independent European Cultural Foundation organized in 2003 as part of its program series »enlargement of minds« (analogous to enlargement of the European Union 2004). The goal was to build cultural bridges with the southeastern, eastern and southern neighbors. Artists, culture journalists, cultural politicians, cultural mediators representatives from cultural institutions and foundations from the member countries, but above all from the new neighbor countries held presentations

on the following topics, which speak for themselves: »Crossing Perspectives: Cultural Cooperation with South East Europe;«⁴¹ »Moving Borders: the EU and its New Neighbours«⁴² and »Beyond Enlargement – Opening Eastwards, closing Southwards?«⁴³ All of these were of pan-European relevance and important in their EU support-worthy results. For example, the participants from the Balkan countries formulated the following creed: »[i]n order to ensure an inclusive agenda of cooperation for and with the SEE, a forum of cultural cooperation should be set up, one that would gather together public and non governmental institutions, art institutions and art associations as well as experts from the EU and SEE.« The forum exists today, until now only with moral support from the EU, or more precisely, under the patronage of the European Member of Parliament Doris Pack.

Foundations from political and private enterprise backgrounds are also increasingly willing, despite differing interests, to cooperate with each other and with other bodies. In its first circular, »Europe in the World,« the European Foundation Centre⁴⁴ campaigns not just for a European statute for foundations, but also for increased cooperation between foundations within and outside Europe on rather divergent subject areas, including culture/arts. Especially interesting is the study by the Italian foundation Fitzcarraldo,⁴⁵ »Cultural Cooperation in Europe: What is the Role of Foundations?« which signals the growing readiness of foundations to cooperate within and beyond Europe. For them it is about giving a jump start to innovation within rigid structures. Here as well, the seeds have been sown with consideration for the intra-European cohesion and the corresponding image that Europe as a whole presents to the outside world. Let's remember: »cooperation is a priority of the EU.«

Support of encounter programs

This tool could not only put the Commission in closer cooperation with the member countries, as already mentioned; it could also strengthen relevant meeting programs of non-governmental actors. The Commission has recognized the importance of trans-border encounters: they foster intercultural competence and create emotional bonds.

We mentioned in this context only the support-worthy program »STEP *beyond*« of the European Cultural Foundation, which enables artists, cultural managers, cultural journalists, and literary translators to travel from the enlarged EU to the non-accession countries, from the non-accession countries to the accession countries, between the accession countries and between the non-accession countries. This mobility program supplements ECF projects that cross EU borders and its politico-cultural lobbying work. It fits with the neighborhood policy of the EU, thus it serves as an example.⁴⁶ It could not be managed by individual European nations, since they would be neither responsible nor interested.

Tools of the Commission in cooperation with public and non-governmental actors

Active Information Policy: the Laboratory of European Cultural Cooperation

For the optimized use of the above-described Commission tools in cooperation with governmental and non-governmental cultural actors, the tool of a pan-European active information policy is missing. This policy would have as a goal the facilitation of trans-border cooperation within Europe, with the new neighbors, and in other parts of the world.

Despite all recognizable starting points for cooperation between the various bodies, the tendency for each to remain in its own sphere is still easily perceptible. If Europe wants to become a credible public cultural area, it must grow »bottom-up« in cooperation with many actors. This area cannot be constructed from above, that is, from the EU.

A pan-European model project could set a precedent and provide encouragement for further cooperation projects: the »Laboratory of European Cultural Cooperation.«⁴⁷ Spearheaded by the European Cultural Foundation; pan-European cultural networks, political and private foundations and, in the second phase, governments of various EU member countries have agreed to tackle the following pilot project: collection, compatible processing, and easily accessible electronic exchange of information on trans-border support-exchange-meeting opportunities for cultural creators, mediators and journalists in Europe. There will also be case studies, successful models, supplementary research, and pilot projects.

This active information tool wants to consciously include the new neighbors, in the spirit of the EU neighborhood policy. Additionally, it could encourage other integrating world regions to take similar action. Despite all the continuing risks, it could become an ideal example of how private and governmental cultural bodies join forces beyond Europe's borders and in the interest of Europe as a whole. That allows the Commission to join in this public-private partnership as generous supporting partner, something it is also prepared to do.

VI. Summary

1. The European Union has grown beyond a purely economic community, not only factually but also as it is perceived by the world. With a continuously existing independent foreign policy – and the related foreign cultural policies of the member countries – the EU will increasingly be treated as a separate, though limited and unfinished, entity in international relations. With that, expectations and demands on the EU will rise, and this cannot be sufficiently dealt with by the institutions of the

foreign cultural policies of the member states, sometimes even where they appear cooperatively under the European name. Increasingly clearer constellations are emerging for the EU itself, which reveal a EU-initiated and EU-navigated policy of trust and security building offered to the outside. This has a number of cultural aspects that reach beyond the principle of subsidiarity. That is what constitutes the pan-European increase in value.

2. United Europe is not only a community based on cultural diversity; it has a rich and highly differentiated landscape of governmental, quasi-governmental, regional, communal, and private cultural actors with their own trans-border tasks and fields of experience. Amongst these actors there are interactions and cooperation of a most varied nature, which manifest themselves within Europe as well as maintain worldwide contacts. Especially on a non-governmental level, new actors are joining, often specialized or thematically determined Internet networks. A partnering scene is open to the EU, which could be used for European cultural matters and tasks abroad at relatively little organizational and financial cost. The three pilot projects should show how this could look in actual practice.
3. The question then arises as to what tools the EU has available, or would need to create, in order to effectively use the opportunities that the rich scene of cultural actors in EU-Europe offers. These tools would have to comprise financial support opportunities, procedures for issuing requests for project proposals, forms of coordination and networking, and evaluation and clearing authorities. In this regard, one could largely fall back on existing EU institutions with their already existing support sources and institutions in the member countries, or, a delegation of independent bodies should be considered. The additional organizational and financial costs could at least be kept low in the initial phase that should serve as a trial for the opportunities and tools. EU Europe could thus begin with a well thought-out Europe-specific foreign cultural policy without having to create separate culture institutes outside of the EU, such as those that the larger member countries maintain. It can be left to future developments to determine whether an up-and-running foreign cultural policy, complementary to the policies of the member states and under strict application of the subsidiarity principle, would actually lead to a separate organizational structure in the distant future.

In the authors' eyes, it is crucial to put the EU in the position to use the opportunities for initiative and support for a European FCP. The authors are convinced that a joint appearance to the outside world and targeted internal support of trans-border cultural cooperation will strengthen European feelings of solidarity.

Annex 1

Proposals for three pilot projects for improved cooperation between the EU Commission and the EU member states on cultural work with third countries, with special consideration for small and/or financially weak EU countries

First Pilot Project

Access to information on pan-European planning in third countries. EU offer of allowances for qualified participation from financially weak EU countries.

Project Justification/Background

Smaller and/or financially weaker EU countries are frequently less represented in non-European locations than the larger EU members. If they maintain cultural institutes at all, they generally do so in Europe and in the directly neighboring countries. That is why they are frequently not informed by the »big ones« about the planning of pan-European cultural events in third countries, and not at all included. This generates inequalities, which damage the internal European cohesion as well as the pan-European image presented to the rest of the world.

Project Content and Goals

Two goals are set:

1. The exchange of information about corresponding planning.
The knowledge itself of such pan-European projects would contribute to the strengthening of the intra-European area, offer suggestions for comparable events in other locations, and underscore the external image of Europe as diversity in unity.
2. The offer to enable qualified representatives from financially weaker EU countries to participate using EU allowances from an EU adjustment fund. The fact alone that such an offer exists, whether or not it is used, would contribute to an intra-European balance and to the general effect beyond Europe.

In addition, it would make it easier for organizers in the locations to invite competent artists/speakers from financially weaker EU countries.

Project Implementation

1. The responsible culture institute (embassy, EU delegation) in the location submits on time all relevant information in an agreed-upon format to a centrally administered website in Europe (for example: place, topic, topic's relevance for EU and for host country, time, duration, partner in the location, artists/speakers who have been invited up to that time point, status of the planning: completed or open, required qualifications for

potential further participants, substantiated request to issue invitations to artists/experts from financially weaker EU countries, etc..)

2. The administrators of the website check the incoming requests or applications with an advisory board and pass their conclusions on to those concerned. If an application comes from a small financially weak EU country or if a qualified participant is requested from there, then an allowance will be offered to the participant, which will be paid out after the event. The information exchange and the evaluation of requested candidates or of those applying on their own behalf could be managed within a period of eight weeks by the responsible parties. That such a short span of time is enough has been demonstrated by highly successful mobility programs of independent European cultural institutions.

To Illustrate

For example, a qualified applicant/requested candidate from Denmark is informed. With the early information, he could play an active part in the planning. On shorter notice, he could participate in the planned event without an EU allowance. His equally accepted colleague from Slovenia, for example, would receive an allowance. The latter should also apply to requested/qualified applicant artists/participants from Serbia or Albania, for example. In the spirit of the EU neighborhood policy, this pilot project should also be extended to the new neighbors.

Role of the EU Commission

1. The EU determines what is to be understood by »financially weaker« EU members. For example, it could apply the criteria of the present support for structurally weaker regions, or it could use the gross national product.
2. The EU builds the website and administers the project, or transfers these tasks to a qualified independent European cultural institution.
3. The EU creates a small adjustment fund, administered by itself or by others, from which the following could be paid:
 - a. a bonus/allowance for the informing event organizers in third countries for their projects;
 - b. overhead costs that might arise if the project is transferred to another party;
 - c. allowances for requested participants, or qualified participants applying independently, from financially weaker EU countries or from the new neighboring countries.

Evaluation

1. The subsidized participants write a report the event.
2. After four years, the entire pilot project will be evaluated by the administrating authority.

Second Pilot Project

Creation of a pan-European connecting-visitor program by networking the existing national programs in Europe. Allowance offer for financially weaker member states for justified connecting trips.

Project Justification/Background

Many EU members have a visitor program that is also for cultural actors from third countries. Those of the »bigger countries« are financially better-endowed, while those of the »smaller countries« are often meager. They are not networked. Countries do not inform one another whom they will invite from a third country and when, or if justified wishes for connecting trips exist. Not every invited artist/cultural expert has the contacts and the means to independently organize a connecting trip or to have it organized, especially not in the case of a financially weak EU country. This situation, which seems almost absurd, can be remedied at little expense.

Project Contents/Goals

Two goals are set:

1. EU-wide transfer of information about nationally issued invitations to cultural creators, mediators, journalists, and politicians from third countries when those invited have justified requests for connecting trips.

Just having this information would contribute to intra-European closeness. And a picture of Europe as communicating within its own borders would be conveyed to the outside world. The Goethe-Institut issues about 100 invitations yearly to cultural creators from all over world. That number is a bit higher for the British Council or the Institut Français. These are manageable quantities. Since not every person invited would want or be able to justify a connecting trip, the number in reality would decrease considerably. In addition, if the visitor departments work together, they will share expenses for long-distance flights, as festivals have long been doing.

2. Subsidized connecting trips to financially weaker EU member countries.

The offer to enable a connecting trip with allowances in the case of justified interest of an invited person from a third country, or on the basis of a qualified invitation from the financially weaker EU countries, would create a bonding agent for Europe. The result would be a feeling of solidarity, perceived both internally and from outside the EU.

Project Implementation

1. The national inviting visitor program submits to a centrally administered website on time all relevant information of the planned visitor trip in a given

format, with connecting trip requests; or directly informs the visitor program of a »richer« EU country in an agreed-upon format: for example, name, address, position of the invited person, reason for the invitation, time and duration of trip, tentative program, expressed and justified request for a connecting trip with information on the persons/institutions to be visited.

2. For connecting trips to financially weaker EU countries, the administrators of the website/project regulate the allowance in coordination with the responsible institution in the location.

To Illustrate

A real example: an African TV producer was invited to Germany by the Goethe-Institut. He also wanted to visit the ARTE editorial department in Strassburg. Because of budgetary rules, this was not possible. A ticket was only possible to the German border station of Kehl. He would have had to walk over the bridge to Strassburg and to sleep under the bridge. The French visitor program would have been responsible, but it had no idea about the request. Whether it would have paid for the connecting costs can only be surmised. If the African producer would have wanted to visit the film studios in Riga, or if the less financially strong Latvia had wanted him to visit, then the administrator of the adjustment funds, in cooperation with the responsible Latvians, would have arranged an EU allowance. The same would have been valid for a connection trip to Croatia or Montenegro – in the spirit of the previously mentioned European neighborhood policy.

Role of the EU Commission

1. The EU determines what is to be understood by »financially weaker« EU members. For example, it could apply the criteria of the present subsidies for structurally weaker regions, or it could use the gross national product of the countries.
2. The EU builds the website and administers the project, or transfers these tasks to a qualified independent European cultural institution.
3. The EU creates a small adjustment fund, administered by itself or by others, from which the following would have to be paid:
 - a. overhead costs that might arise if the project is transferred to another party/ to the implementing organization;
 - b. allowances for justified connecting trips to financially weaker EU countries.

Evaluation

1. The visitors who were subsidized for their connecting trips write reports on their experiences after the trip.
2. After four years, the entire pilot project will be evaluated by the administering authority.

Third Pilot Project

Creation of a networked visitor program of the European nation-states in third countries. Offer of allowances by the EU for justified requests of the candidates or for justified invitations from third countries to cultural creators from financially weaker EU countries.

Project Justification/Background

It is easier to steer interest towards Europe than to stimulate curiosity about non-European countries, especially when the living conditions there are judged as unattractive. This holds true for many countries. Poorer and structurally weaker third countries are well aware of this lack of interest from Europe. It is in Europe's interest not to let this knowledge about the dissimilarity turn into a burning feeling of inequality.

The financially strong EU countries in particular maintain scholarship programs in third countries for artists and cultural actors. That puts these cultural creators in a position to make contacts and to find, take in, and bring back stimulation. Their colleagues from financially weaker EU countries rarely have this chance.

Project Contents/Goals

Two goals are set:

1. Transmission of information on the so far limited scholarship programs of the EU countries in third countries. Even this bundled information serves as a trust-building measure.
2. Offer to poorer third countries to be able to invite qualified candidates using an EU adjustment fund. The simultaneous offer to richer as well as financially weaker EU countries to use various EU allowance resources to motivate qualified cultural candidates to spend time in less appealing third countries. The feeling of equality within the EU as well as in relationships with third countries would thereby be enhanced. In addition, the EU would appear as a united whole, despite all the differences. And, Europe does not only have things to offer but also needs new, unconventional, not-yet-practiced, unusual ideas for itself.

Project Implementation

1. The EU members (in a possible second phase, also regions, cities, foundations) enter their relevant scholarship programs into a central European website. To ensure compatibility, they follow a given format (e.g. destination, target group, duration of subsidized stay, conditions of the subsidy, etc..)
2. The website administrators ensure a compatible, client-friendly information program. This information system signals under which conditions cultural institutions/media in the third countries can issue invitations with an EU

allowance to artists, cultural researchers, cultural mediators, cultural journalists, etc... For an invitation/dispatch from a »poorer« EU country a special »tariff« could be valid.

To Illustrate

A real example: the museum in Kaunas (former capital of Lithuania) would like to invite a museum specialist for a few months to help decipher some of the limitedly decoded museum collection, mostly unsigned from the 19th century. However, there are no scholarships/hospitality/internship programs for this, even though it would not at all be a matter of one-sided EU support. Quite the opposite – one could discover the works of the brilliant symbolist Cuillonis on permanent exhibition at the Kaunas museum, up to now known only to experts. Thus there would be give and take. The same also applies to many museums in South America, and, in limited form, also in Africa; and of course it is not restricted to the world of museums. An open Europe could not only help but also profit a great deal from others.

If a Finnish expert (or a Dutch, Danish, French, etc..) were desired in Kaunas, or willing to go there, then he should receive an EU allowance. In the case of a Polish or Serbian expert, the EU allowance would need to be a bit higher.

Role of the EU Commission

1. The EU determines what is to be understood by »financially weaker« EU members. For example, it could apply the criteria of the present subsidies for structurally weaker regions, or it could use the gross national product.
2. The EU builds the website and administers the project, or transfers these tasks to a qualified independent European cultural institution.
3. The EU creates a small adjustment fund, administered by itself or by others, from which the allowances would be paid.

Evaluation

1. The subsidized travelers write a report at the end of their stay in the third country.
2. After four years, the entire pilot project will be valued by the administrating authority.

Annex 2

Examples of the handling of European topics in the foreign cultural policy from the work of the German Goethe-Institut

Overall Considerations

The following five examples from Bratislava, Chicago, Colombo, Dakar, and Melbourne concern three aspects:

1. topics of pan-European relevance, or, the EU as topic;
2. forms of cooperation amongst representatives from the EU countries in these locations;
3. the role of the EU.

The examples demonstrate

- that the discussion of Europe-related topics touches on the need in third countries for an exchange of experience, since they are confronted with similar phenomena, though under different circumstances (especially Colombo, Melbourne);
- that the EU itself is often the topic (especially Bratislava, Chicago, Colombo, Dakar);
- that when the EU member states are responsible for the theme, the cooperative form of organization is optimal (especially Chicago, Melbourne);
- that a cooperative form of organization can nevertheless be questionable if it only has an additive character and does not consider the voices of countries not represented in the location⁴⁸ (especially Dakar);
- that the third sector is rarely included (not in any of the examples);
- that the European Union should also serve as partner in the handling of the »EU« phenomenon (in Bratislava, not in Colombo);
- that the EU should appear as sponsor at events in third countries with Europe-related topics (not in Dakar or Chicago but in Melbourne).

The examples are to give indications for terms of reference to be developed by the EU for support-worthy cultural projects in third countries. Further examples from other cultural mediators in third countries could provide additional aspects.

It is in the EU's interest to support such events, because national thinking still clearly prevails in the organization of events, and the forms of cooperation are often purely coincidental. But the breeding ground is there for a pan-European mentality, supplementary to the national ones.

Example 1: Institut Melbourne

Theme of the Event: European Year of Languages: Perspectives on Culture, Education and Politics (Symposium).

Duration: 1 Day (2001).

Participants: Linguists, decision-makers from school authorities and the ministries for education, teachers.

Number of Participants/Visitors: 240.

Goethe-Institut Partners:

a. *In host country:* Contemporary Europe Research Centre;

b. *EU:* France (Alliance Française), Italy (Italian Institute of Culture), EU delegation.

Content/Goals

The conference brought together participants from research, school, tertiary education, ministries, school authorities and cultural life. They debated the following aspects with experts from the organizing EU countries:

- comparison of guidelines for foreign language acquisition,
- possibilities for foreign language acquisition,
- fields of application,
- connections between foreign language acquisition and cultural life, above all in the Australian context.

In the institute's report it was not specifically mentioned whether the »native language problem« of immigrants was addressed, though it seems to follow from the context that this was the case.

Significance for EFCP

Linguistic diversity is one of the most striking features of the cultural situation in the EU, especially after enlargement. It is simultaneously rich and problematic and therefore needs particular attention in the European unification process. The question of which foreign languages are offered in the education systems of the member states will need discussion for a long time to come. As a classic immigration country, Australia boasts a similar linguistic diversity, but with the very different backdrop of a uniform official language. The majority of EU countries are now in reality also immigration countries and have directly comparable problems in this aspect.

There is an interplay between, on the one hand, preservation of the wealth of linguistic diversity and its importance for the vividness and differentiation of the entire cultural scene, and, on the other hand, the suctioning effect and practical use of a common lingua franca. This is a current topic for both EU and Australia, despite their varying backgrounds and problems.

An event such as the Melbourne symposium shows how an almost uniquely EU characteristic, that of linguistic diversity and the consequences that result for the EU and the EU area, can be fruitful for an exchange of experiences in a country/region with similar phenomena but different problems.

A topic like this is a good example for a cooperative handling by as many member states as possible in the location. Since native language and foreign language acquisition in the EU belong to the member states' field of responsibility, the leadership in the FCP should lie with their mutually cooperating representatives in the host country. The EU level can take part supportively, as occurred in this case.

Example 2: Institut Colombo

Theme of the Event: Today's Challenges to Conflict Resolution: Europe and Sri Lanka (not public; pure expert symposium).

Duration: 1 day (in 2000).

Participants: according to the list of participants itemized in the report, the symposium had high caliber attendance. Managerial staff of topically governmental and private organizations from the host country, and from the press, media, and research spheres discussed topics with experts from Germany.

Number of participants/visitors: 21.

Goethe-Institut Partners:

a. *In Host Country:* National Peace Council;

b. *EU:* none.

Content/Goals

Comparison of strategies in dealing with conflict situations in Sri Lanka and the EU. The background in Sri Lanka is the Tamil conflict. On the European side, the experiences with the interventions in former Yugoslavia, Kosovo, and Macedonia were especially discussed.

The institute's report speaks of one of the most successful and important events put on by the Goethe-Institut Colombo. The participants from both sides emphasized that they had gained important information and encouragement.

Significance for EFCP

One should remember that the collapse of Yugoslavia and the resulting civil wars led to one of the deepest crises in Europe's identity yet. Talk everywhere was not only of the EU's political failure, but also of its moral failure. Since then, the security policy discussion in the EU is closely linked with the discussion about its identity, as a touchstone of its claim to be a community of values.

The topic therefore had an obvious connection to the EU. It would therefore be logical if the EU would act as partner in the international discussions on conflict control and conflict culture.

Example 3: Institut Bratislava

Theme: 1001 Europe – Unity and Diversity (series of events).

Duration: 1999–2002.

Participants/Contributors: Academics, experts, politicians, journalists, and artists from the organizing countries and from the host country.

Number of visitors: between 80 and 950 per event; as a rule 100-250.

Goethe-Institut Partners:

a. *In Host Country:* varying, usually Comenius University;

b. *EU:* French cultural institute, Austrian cultural center, EU delegation.

Content/Goals

In twenty-one thematic individual events (lectures and seminar-style formats) under the above-mentioned motto over the course of three years, the organizers familiarized a relatively broad audience that was, according to reports, relevant to forming public opinion, with important aspects of Slovakia's upcoming EU accession. All events had a closing discussion period, moderated several times by the chancellor or vice-chancellor of Comenius University. The individual topics were as follows (one per event):

- Minorities and their importance for the cultural diversity of Europe
- Ten years after the fall of the iron curtain: Europe's borders today
- Who is a European?
- On the road to the European Union – risks and opportunities
- The future of the institutions in the EU
- The musical borders of Europe
- Ethnic conflicts in central Europe – dealing with contradictions
- Regional development and jobs
- Literary myths in Europe
- Development of the population in Western Europe and in the former socialist states in Central and Eastern Europe
- Borders – conceptual and spatial changes; examples from Europe
- The image of Slovakia in the European media
- The contribution of Judaism to European culture
- No Europe without Central Europe
- Slovakia on the road to the EU
- The future of work in Europe
- Healthcare systems in Europe
- The future of European agriculture
- Multiculturalism in Europe
- Economy as the engine of European integration

The stated number of visitors suggests considerable interest in the event series. It is noticeable that the names of the lecturers and participants quickly became more well-known after the first few events. That points to quickly-won prestige. A few examples can be listed: Rita Süßmuth, Jürgen Habermas, Franz Fischler, Bernd Posselt, Erhard Buzek, Jacques Rupnik. Amongst prominent visitors, the Slovak Minister of Justice was listed and an acceptance from the Slovak president Schuster for a lecture in the series was mentioned (about which there is no report). The reports show that the subsuming of the individual event topics to a general theme, the long, three-year time frame, the regularity of the sequence of individual events, and the temporal relevance due to the upcoming EU accession were an ideal combination for the visibly powerful impact. There were some mentions about putting the lecture notes on the Internet.

Significance for EFCP

The event series demonstrates the possibility to include citizens of a country in the preparation process for EU accession, however limited the participation may be in terms of numbers. On the basis of the reports, it can be assumed that beyond press reports, Internet publications and multiplier effects, a certain additional, wider impact was present. The prominently moderated and evidently extensive, lively discussions gave the people a voice that, on the purely political level, they are usually denied. The awareness of at least having received an offer to join in the conversation, and not having to completely passively witness the preparations process, should not be underestimated for the people's acceptance of and identification with the EU accession. Certainly events of this type convey much more concrete and clear information on important aspects of future membership in the EU than politicians' speeches, newspaper articles or news reports. The fact that EU members organized the event shows the accession country that member states are interested in the accession country as future member state. How much stronger this signal could be if such an event series were supported by more than just three member countries. In the future, the EU, which in this case gave financial support, should also become organizationally active to recruit more member states as cooperation partners.

Example 4: Institut Chicago

Theme: EU Literature Festival 1999–2002.

Duration: 2–3 days each.

Participants: from 4 (2002) to 6 (2000) authors, each from an EU country.

Visitors: 180 (2000), 160 (1999 and 2001), 70 (2002).

Goethe-Instituts Partners:

a. In Host Country: Chicago Humanities Festival and Chicago Sister Cities International Program;

b. EU: EU countries represented in Chicago (up to now: Germany, France, Italy, Spain, Austria, the Netherlands, Belgium, Denmark, Ireland).

Content/Goals

Cooperative event series of EU countries with consular or cultural representatives in Chicago, initiated due to the great success of the EU film festival, which has been regularly held since 1997. (The 2003 report was not yet available.) If the evaluations are positive, the series will become permanent. Each EU country is called upon to invite one author per year for the joint literature festival. If possible, the works should already have been published in the U.S., though this was often not the case. For two to three consecutive days, readings (with English translations) alternate with discussion times. At the end, there is a joint panel discussion moderated by a well-known American journalist. The stated goal of the organizer is »to demonstrate the cultural components of the European Union,« to show

»commonalities and variety in Europe's literature scene« and »to stamp the EU as a cultural community into the consciousness of the American public.«

Significance for EFCP

Literature belongs to the field of responsibility of the member states, and it should and will remain there in the future. In this case, the cooperative form of event is the optimal type to present oneself to the non-European world as a cultural community and to pursue cultural exchange with a European background. That considerable impact can be achieved with this is underscored not only in the event reports, but also in the continuation of the event, which must be agreed upon from year to year.

A weak point in terms of having the widest possible participation from the member countries is that only countries with consular or cultural representatives in Chicago are involved. This excludes primarily the smaller and poorer countries. An organizational, but above all a financial assistance at the EU level (e.g. the Commission) would decisively contribute to these countries' future ability to bring their outstanding authors or artists and their artistic achievement into the European context. Events such as these would show that Europe's literary scene (art scene, culture scene) is actually much broader, more diverse, and alive than has been presented up to now. On the other hand, the countries that until now were practically excluded from participation would learn that their inclusion in the cultural dialogue with the world matters to the union, since they too are members of the European community. This is surely a contribution to the strengthening of the European consciousness in these states that cannot be taken lightly.

Example 5: Institut: Dakar

Theme: European Culture on the Internet.

Duration: 1 day (in 2000).

Participants/Visitors: 51.

Goethe-Institut Partners:

a. In Host Country: Maison de la Culture Doua Seck;

b. EU: »Groupe Europe 2000« (Local alliance from 7 EU countries: Germany, France, Great Britain, the Netherlands, Austria, Italy, Portugal).

Content/Goals

Public online projection of Internet websites on European culture. Each participating EU country presented important Internet sites from its country. An annotated directory of web addresses was created and distributed for the event. The relevance for the host country is the rapidly increasing Internet usage in Senegal. The Goethe-Institut report emphasizes the following important results of the event:

- deepening of the cultural cooperation of the EU countries in Senegal;
- demonstration of the variety of European cultures (»Shifting the focal point away from Paris«);

- familiarization with independent research techniques for the predominantly student audience.

Significance for EFCP

The cooperative appearance under one European name (»Groupe Europe 2000«) is the format prescribed by the subsidiarity principle (cultural sovereignty of the member states). The objective emphasized in the report is surely interesting: to widen the previous focus in Senegal on France to a European perspective. Given that the French were co-organizers, they evidently shared this objective (which would have been highly unusual until very recently!).

According to the report, the event was European only in a very qualified way. Every participating country presented examples from its country. That not only left out the member states not participating, but also conveyed a highly incomplete picture of the group of transnational private providers in Europe, which are especially important and diverse in the Internet sphere. That is not only a content restriction. In view of the emphasized goal of demonstrating the variety of the European cultural scene, there was an ideal opportunity in this topic formulation to show the rich and multifarious contribution of private and informal actors. The EU could provide decisive support here if it were to provide an information platform about these informal provider scenes and could offer member states not represented in those locations financial support, particularly for small and financially weak countries. These tasks cannot be afforded by or expected from any other institution.

Annex 3

Example of addressing the European theme by an independent foundation: Fund for Central and East European Book Projects (CEEFP), Amsterdam

Locations: Accession countries and »new EU neighbors« in Eastern and Central Europe.

Theme: European History and Integration Programme.

Duration: since 2001.

Partners: Publishers in these Eastern and Central European countries.

Content/Goals

The current discussion on European integration, on its historic roots, and on its contemporary institutions is very difficult for these ex-communist countries to comprehend. Therefore, the above-mentioned translation program was founded at the request of publishers in those countries. For justified presented works on European history, politics, economy, culture, literature and European law, the publishers receive allowances for translations into the particular national language. The book's country of origin plays no

part. The book may be written by an intellectual from Kosovo or by an author from the USA, England, Germany, etc... A pan-European panel of experts and independent specialists judge each application on the quality of the book, the translator, and the publishing house; and evaluate the sales and marketing opportunities, and the relationship between overhead costs and total costs. This project is about a subsidy in the market economy, an economy that is very new for many publishing houses.

Significance for EFCP

A few titles illustrate the pan-European relevance:

- Deák, István / Gross, Jan T. / Judt, Tony (ed.): *Europe on Trial. The politics of Retribution in Europe. World War II and its Aftermath.* Translation into Romanian, 2003.
- Russell, Bertrand: *History of Western Philosophy.* Translation into Polish, 2001.
- Smith, Karen: *The Making of EU Foreign Policy. The Case of Eastern Europe.* Translation into Bulgarian, 2002.
- Tolstaya, Tatjana: *Denj (Essays).* Translation into Albanian, 2003.
- Vidal-Naquet, Pierre: *La démocratie grècque vue d'ailleurs.* Translation into Serbian, 2003.

Many more »East-East« or »West-East« translations could be cited. They help to dig up the buried knowledge about European common interests amongst a generally educated audience and to illustrate the current situation, besides the infrastructure improvements that occur through constant dialogue with the publishers.

Undoubtedly both goals are in the foreign and security policy interests of the EU and its proclaimed neighborhood policy. Translation programs of this kind are worthy of EU support, particularly since no European state would and could cooperate in such a global way.

Annex 4

Example of the facilitation of EU trans-border mobility through the independent European Cultural Foundation (ECF), Amsterdam

Locations: EU countries, accession countries, and non-accession countries in Northeast, Central and Southeast Europe (in the Mediterranean region).

Theme: STEP *beyond* (Supporting Travel for European Projects).

Duration: since early 2003 (as an extended replacement of an earlier mobility program, APEX).

Partners and target groups: professional artists, cultural managers, cultural journalists, literary translators, cultural researchers (no government representatives, no students, no festival or conference guests or those furthering their education).

Content/Goals

1. With allowances (reimbursement of travel/visa expenses, per diem for 7 days maximum), it facilitates the travel of the above mentioned target group from the enlarged EU to the non-accession countries, from the non-accession countries to the EU, and between the accession countries and the non-accession countries in order to
2. find opportunities for meeting and exchange, particularly in the development phase of trans-border artistic-cultural projects (no presentation of completed artistic products), and to
3. thereby have the opportunity to initiate true cooperation that could lead to a longer partnership.

The ECP supports a comparable program for the new southern neighbors, the Mediterranean countries, through the Roberto Cimetta Fund in Brussels.

Significance for ECRP

No EU member country will take responsibility for or even be interested in the special character of this mobility program that crosses many borders. It is obviously in the pan-European interest and falls under the responsibility of the EU Commission in its role as promoter and supporter – indeed, it must be the initiator. The EU has acknowledged the importance of mobility for cultural creators and cultural journalists in order to break down prejudices/misunderstandings and to create opportunities for understanding. Only in this way will the »ring of friends,« as mentioned by Commission president Romano Prodi, have an opportunity to become such a ring of friends. Therefore, absolutely support-worthy.

Annex 5

Example of the attempt to shape and strengthen the cultural cooperation in Europe from the »bottom-up« – a public-private alliance initiated by the European Cultural Foundation (ECF), Amsterdam

Locations: Europe in the broadest sense.

Theme: The establishment of a »Laboratory of European Cultural Cooperation« (LAB).

Duration/Time Period: 2004–2007 (pilot project; continuation depending on results).

Partners: Private foundations in Europe, expertise organizations, cultural networks, ministries of culture (from the member and accession countries and others), and the EU Commission.

Target Groups:

1. Cultural creators, artists, cultural managers, journalists, and those in the general public who are interested in Europe and culture;

2. Decision-makers in the public cultural administrative authorities in the European countries;
3. European institutions.

Project Justification/Background

European integration cannot succeed without an increased cultural component, without the guarantee of trans-border cooperation and related discourse. There is a lack of tools to convey a European dimension of thought and action, as well as a lack of mechanisms to coordinate and make accessible the abundance of valuable information. (Compare the results of the feasibility study commissioned by the Commission for an Observatory of Cultural Cooperation.⁴⁹) Picking up on an idea in the European Parliament that in the confusing European cultural landscape a cultural observatory may be necessary, the European Cultural Foundation invested in two studies and intensive expert networking before it finally presented a pragmatic concept for a pilot project. This project should be realized in public-private partnership. The fundamental characteristics of this plan are that it is borne by actors in the field and that the concrete, practical use for the target group has the highest priority.

Content/Goals

The LAB should be the reference address for everyone who is interested in cultural cooperation in Europe, who wants to participate or has something to contribute; it should serve as a reliable guide through the landscape of European cultural cooperation and should facilitate access to the general public on the cultural aspects of European integration.

This should initially be made possible through

1. an interactive *portal* that acts as coordination platform and as service and information provider, generates innovative knowledge, makes grant/allowance opportunities accessible, presents and analyzes best-practice examples, and organizes legal information and makes it usable;
2. promotion of the development of a genuinely European debate, a European area of thought, with the help of the *Public European Space* project (in cooperation with European partners): it should open debates and discourses of a European character (in multiple languages), make them accessible, document them, and stimulate them. It should contribute to the formation of a European civil society and contain an up-to-date overview and interactive components that enable and support broad participation; and through
3. action-oriented and goal-focused *research projects* that identify relevant subject areas for the field of cultural cooperation, analyze practices, and turn results into politico-cultural recommendations (for example, in the field of mobility).

Project Implementation

Initiated and developed by the European Cultural Foundation, the LAB will lead to an independent, streamlined institution with innovative guiding structures, which will generate contents and prove its reliability in constant communication with the field. Because of its alliance of private and public partners, it will be able to work independently in terms of content while also having European legitimacy.

Significance for EFCP

This project has a genuinely European character and goes far beyond the idea of an additional (bureaucratic) EU institution. Through its reliability, networked connection with the field, and transparent organizational structure, it will win the trust of a broad audience. Its strength lies in the fact that it developed »bottom-up,« reacts to concrete needs, and will continually fulfill its responsibility to seek and quickly implement innovative solutions. That is how it has the potential to maintain and support real cultural exchange between the individual member countries and to constructively react to constantly changing demands.

On the basis of its pan-European claim and inclusive character, the LAB particularly enables the integrative dialogue between the future EU and the new neighbor countries. The LAB, especially in its function as guide, information and knowledge provider, can furthermore become *the* incentive for non-Europeans to want to learn more about Europe – and to be able to do so in a very simple way.

On the one hand, the LAB will act as intermediary between the field and the EU institutions, but on the other hand it will also serve as role model and information platform for interested non-European countries, and facilitate access to and understanding of the enlarged Europe.

Footnotes

- 1 Quoted from the *Kölner Stadtanzeiger*, 23 December 2003.
- 2 »Die Lehren von Brüssel,« *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20 December 2003.
- 3 Tzvetan Todorov, *Die verhinderte Weltmacht-Reflexionen eines Europäers* (Wilhelm Goldmann Verlag, 2003) 95–104.
- 4 Tzvetan Todorov, *Die verhinderte Weltmacht-Reflexionen eines Europäers* (Wilhelm Goldmann Verlag, 2003) 90.
- 5 All these listed programs from the work of the Goethe-Institut are cultural programs. They do not seek to primarily exchange know-how, and they do more than just inform. They have a discursive, dialogue, reflective character. They question their thematic subjects, put them in a broader perspective, and examine the relationship between claims and reality. They are open to the critical views of the partner in the host country. They present the concrete reality of a foreign cultural policy as part of the notion of the so-called broader cultural concept as the totality of all expressions of life in a community. The frequent reproach that this plan is actually only a cover in order to have unrestricted content, would hold true only if the reflective element were missing. Because, as should have just been made clear, the authors consider the priority subject matters of a future EU foreign cultural policy in this field, this remark is perhaps useful.
- 6 National foreign cultural policies are constantly changing. That is what is said in the central office of the Goethe-Institut, and surely also by other foreign cultural policy decision-makers: »the Goethe-Institut has broadened its identity. It sees itself as a national as well as a European cultural institute. In the future it will act more European – in Europe and in its worldwide work.« The practical consequences of this are the transfer of resources and encouragement for multinational action.
- 7 See Annex 1, Pilot Project 1.
- 8 See Annexes 1, 3, 4, and 5.
- 9 <www.visegradfund.org>
- 10 <www.ars-baltica.net> This is an association of the governments of Denmark, Germany, Estonia, Finland, Latvia, Norway, Poland, Russia, and Sweden, founded in 1999.
- 11 *Handbook of Cultural Affairs* (3rd edn., Nomos Verlagsgesellschaft / Zentrum für Kulturforschung: Baden-Baden, 2000).
- 12 <www.eurocities.org>
- 13 <www.kunststiftungnrw.de>
- 14 <www.ietm.org>
- 15 <www.efah.org>
- 16 <www.ecumest.ro>
- 17 *Handbook of Cultural Affairs* (3rd edn., Nomos Verlagsgesellschaft / Zentrum für Kulturforschung: Baden-Baden, 2000).
- 18 <www.ccebp.org>
- 19 <www.eurocult.org>
- 20 Requested by DG Education and Culture; presented 17 November 2002 in Copenhagen.
- 21 A wealth of information can be found in the book *Europa fördert Kultur – Ein Handbuch zur Kulturförderung der Europäischen Union* (Kulturpolitische Gesellschaft e.V./Deutscher Kulturrat e.V. Klartext Verlag: Essen, 2002) based on the original French edition *Relais Culture Europe* with support from the German foreign ministry. In april 2004 updated electronic version ::www.europa-foerdert-kultur.info.
- 22 <www.minbuza.nl> or <www.minocw.nl>
- 23 <www.sida.se>
- 24 Address to the 6th ECSA World Conference, Brussels, 6 December 2002.
- 25 COM (2003) 104, 11 March 2003.
- 26 COM (2003) 393, 1 July 2003.
- 27 Speech by Romano Prodi at the TEMPUS, MEDA regional conference, Alexandria Library, 12 October 2003.
- 28 Albania, Bosnia-Herzegovina, Croatia, Macedonia, Serbia, Montenegro. See <www.europa.eu.int/comm/external_relations/see/docs/com03_748_en.pdf>
- 29 According to nearly all authors in *Confluence Méditerranée, L'élargement de L'Europe vu du Sud*, Revue trimestrielle Nr. 46, été 2003. Editions L'Harmattan, Paris. With support from the European Cultural Foundation.
- 30 This arose during conversations between Kathinka Ditrach and governmental cultural actors on all administrative levels as well as private actors at thirteen conferences with pan-Latin American participation in Buenos Aires, Santiago, Cordoba, Asuncion, Montevideo, and Porto Alegre in 1999, 2000, 2001, 2002 und 2003.
- 31 *Europa fördert Kultur – Ein Handbuch zur Kulturförderung der Europäischen Union* (Kulturpolitische Gesellschaft e.V./Deutscher Kulturrat e.V. Klartext Verlag: Essen, 2002). See note 22
- 32 Such was the case at the »International Consultative Workshop on Ghana's Cultural Policy« 22.–26. April 2002 in Kumais, with participants from Ghana's neighboring countries and the artistic and political elite of Ghana. These doubts would need to be verified on a broader level.
- 33 <http://europa.eu.int/comm/culture/eac/sources_info/studies_evaluation/studies_en.html>
- 34 *Consociato Institutorum Culturalium Europaforum inter Belgas* currently represents Alliance Française, the British Council, the Cervantes Institut, the Danish cultural Institute, the Finnish cultural institute, the Goethe-Institut, the Italian cultural institute, the Louvain Institute, the Austrian Cultural Forum, and the Czech Cultural Center.
- 35 See Wolfgang Schneider (ed.), *Studien zur Kulturpolitik*, Vol.1 (Peter Lang Verlag: Frankfurt, 2003).
- 36 According to Walter Maaß, Secretary General of the Institute for Foreign Relations, in his speech »Für eine europäische Außenkulturpolitik« at the German-French Dialogue on the Future of Europe, 23 May 2003.
- 37 See Annex 2.
- 38 See Annex 3.
- 39 General meeting on 9 October 2003 in Birmingham.
- 40 Annual conference in November 2003 in Berlin.
- 41 Amsterdam, 16.–18. June, 2003.
- 42 Krakow, 24.–26. October, 2003.
- 43 Toledo, 13.–16. November 2003.
- 44 <www.efc.be>
- 45 <www.fitzcarraldo.it>
- 46 See Annex 4.
- 47 See Annex 5.
- 48 See Pilot Project 1.
- 49 »However, our research has illustrated that the current situation presents a series of gaps and persisting barriers in relation to the development of cultural cooperation in Europe, both in terms of overall sustainability of the field and in terms of creating a favorable environment for artistic collaboration by individual actors.« *A Feasibility Study Concerning the Creation of a European Observatory of Cultural Cooperation*, 35.

CONCLUSIONS

I. A cultural policy for Europe and a European foreign cultural policy are two sides of the same coin

1. *Internally*, it is about protection of the diversity of cultures, traditions, languages, forms of artistic expression, and the understanding of varying historical backgrounds. And it is about the intensification of cultural exchange and European cooperation, so that the community-building and critical power of culture, the arts, and education can help create a sense of belonging to a democratic European unit, as well as develop a European civil society. Simultaneous to this development, a cultural policy is
2. *externally* about using trust-building cultural measures to convincingly convey a politically unifying Europe as a cultural project in progress and as a specifically European community of values. If Europe wants to play a formative role in the world of tomorrow, then it cannot be judged merely as a functional economic area, or feared as a threatening bulwark and isolationist security zone. A unified Europe has an existential interest in developing a European foreign cultural policy as an indispensable bonding agent for intercultural dialogue amongst people and between cultures.

II. The EU has an important role as promoter and supporter of cultural cooperation in and outside of the EU – supplementary to the many public and non-governmental cultural actors on a local, regional, and governmental level

This will not encroach upon the subsidiarity principle, and no new bureaucracies, such as a European cultural institute, are necessary or desirable at the present time. The possibilities that are presently available to the EU Commission – even without a European constitution or European foreign ministry – have not at all been exhausted. The multi-faceted »field« is ready and willing to cooperate with the EU Commission according to the »bottom-up« principle, and it is well prepared for this after many pan-European cultural experiences and cooperation.

III. Some Compelling Possibilities for the EU Commission

1. Improved cooperation with the Council of Europe and UNESCO on programs with a cultural relevance, as well as intensive cooperation with the member states and their internationally active institutions;
2. Coordination of the current 70 EU programs with a cultural dimension arising from the various Commission Directorates;
3. A simplified, transparent, and active information policy about EU programs containing cultural components;

4. The consistent incorporation of cultural projects into contracts with third countries, and an equally consistent practical implementation.;
5. A consistent attempt to push through the proposed »culture compatibility clause«;
6. Continuous, persistent lobby work in the EU finance, economic, and legal committees for the benefit of arts and culture during the preparation of laws and the allocation of funds;

Only with these optimized tools, which are under its own »roof,« can the EU Commission substantially contribute to an integrated EU domestic as well as foreign cultural policy.

7. Intensified stimulation of cooperation between the national cultural mediators in third countries on pan-European topics, with special consideration for smaller/financially weaker EU member countries. Special efforts for the coordinated inclusion of the new EU neighbors, as a new cultural border, and thereby conflict border, cannot be allowed to develop within the European cultural area;
8. The creation of a small EU adjustment fund for the inclusion of smaller/financially weaker EU countries in, amongst others, cultural cooperation projects in third countries, in a pan-European connecting visitor program, in the visitor programs of the »big« European states in third countries (see the pilot projects in Annex 1.);
9. The creation of a reference framework for support-worthy cultural cooperation projects in third countries, whether between public cultural actors, between public and private actors, or amongst private ones (for guidance, see the examples from the work of a) the Goethe-Institut, Annex 2; b) the Fund for Central and Eastern European Book Projects, Annex 3; c) the European Cultural Foundation, Amsterdam, Annex 4);
10. EU support of the public-private initiative for a pan-European active information policy, or facilitation of trans-border cultural cooperation plans in all areas (see the ECF-initiated »Laboratory of European Cultural Cooperation,« Annex 5). Investigation of the possibilities for a future additional use of the LAB as an information platform also for the cultural components of a future EU foreign policy.

With these last-named optimized tools, the EU could strengthen intra-European bonds in all cultural and civil societal areas, and could simultaneously convey this cooperating »diversity in unity« to the outside world via trust-building cultural measures. This would also be an essential step towards an integrated cultural policy in Europe and, in turn, towards an integrated European foreign cultural policy.

Does Europe need a cultural message?

Lord MacLennan of Rogart
House of Lords , United Kingdom

The place of culture in the politics of the European Union is often discussed with diffidence. The great merit of the Dittrich/Schürmann paper is that, while proposing an experimental approach to particular cultural foreign policy activity, it is robust in recognizing that the treatment of culture within the Union will be of critical importance in determining the Union's future success. Internally, the consent of the peoples of Europe to the Union's decision-making on their behalf requires confidence that their cultures, being the forces and relationships which shape their lives, are understood and appreciated by the decision-makers. Externally, the willing acceptance of the European Union as a partner, and even ultimately as a worthy model, in the global discussion will be greatly helped by the perception that it is not a monolithic power seeking hegemony but rather a pluralistic union within which cultural diversity is sustained and flourishes. The European mansion must be seen by the people living there, and by those who view it from outside, as a home in which all the members of the family live comfortably with rooms in which to pursue their different interests as well as common spaces in which to follow their common pursuits. For the realization of this vision Europe's politicians need to show less uncertainty about their duty towards Europe's cultures. Neglect is not benign. Europe's reassuring cultural messages cannot be delivered abroad if the reasons for the politicians' hesitancy at home are not first understood and then properly answered.

The first problem to be disposed of is definition. There is no generally accepted usage, at least in English, of the word »culture«. The paper helpfully advances an anthropological definition which could serve well by describing culture as »the historically conditioned contacts which people have with one another in a particular society«. Put this way, culture clearly has to be taken into account in policy formulation, at least in the sense that it must be respected by politicians to avoid the citizens' sense of the violation of their identities and particular interests.

For English speakers, however, the problem of definition stems from the close connection between the arts and culture, which often leads to the mistaken conflation of the two concepts. The arts should properly be seen as the emanation of particular cultures- »the means«, it has been said, »by which a culture develops its fears and desires«. [see Simon Mundy, *Making it Home*, ECF 1997] But in common parlance in Britain, »culture« commonly refers to the intellectual side of civilization and is seen as the training and refinement of mind, taste and manners. It is an aristocratic view, which claims universality for the true cultural experience and quite overlooks the particularities of different cultures. When »culture« is spoken of, as it often is, as the product of such training and refinement in the form of »high art« it is not surprising that politicians scurry away from the overtones of elite aestheticism. The first necessary step, therefore, towards displacing this dated and effete concept of culture lies in the acceptance that we are all participants, active or passive, in the culture of the society to which we belong. (For those who do not see this as a statement of the obvious we can only hope that they may experience the delight of Moliere's M. Jourdain on making the discovery that he spoke prose!)

A further cause of the tentativeness of the politicians' contribution to the discussion of cultural policy is their awareness of the external evidence of how culture has been shamefully enlisted in the service of the state, as a tool for the manipulation of the people. Consequently, an arms length approach to culture is proclaimed as the proper stance of the democrat. (This argument is often invoked by those who take an ideologically parsimonious approach to public expenditure in general and to public patronage of the arts in particular.) It is certainly not the business of politicians to meddle in the content of culture (unless it claims the right to inflict harm on another). But such proper political detachment from content should not be transmogrified into indifference to the cultural context in which people live their lives. If culture is seen as it should be, and

as the paper does see it, as the fundament of the sense of belonging which characterizes a society at ease with itself, then its centrality to the future of Europe cannot be in question.

But there is a more sensitive reason for the restraint with which politicians approach the subject of cultural policy at the European level. Politicians in Europe today generally believe, and proclaim their belief, that among the historical conditioning factors which determine which cultures we call our own, primacy must be ascribed to the nation state. It was not always so in Europe. And some fear that the spread of jeans and Coca-Cola may betoken a different future. But today, we do not live in a world in which from the Atlantic littoral to the eastern Mediterranean people proudly proclaim »civis Romanus sum«. Despite the layering of cultural deposits across our continent, recent centuries of territorial conflict have caused us to see national political frontiers as the determining boundaries of our cultures. That limiting perception may be changing, but it is faithfully reflected in the institutions and policies of the European Union today. Even the union's proposed Constitution prescribes merely a supporting role for the Union in matters of culture. The Dittrich/Schurmann paper's prescription wisely precludes an imperial view of Europe's culture. A mansion house is not a fort.

Although Europe's citizens are increasingly ready to admit their awareness of, and even attraction to, elements of each other's culture, Europe's politicians would be right to disavow any potentially homogenizing or identity-threatening action in the name of cultural policy. The withering away of unnecessary national boundaries, already well advanced by commerce and mobility within Europe, will be accelerated by the new communication technology. The need, rather, is to ensure the sustenance of Europe's cultural diversity. This is required as much within the member states as it is between them. Only if the position of cultural minorities is secure, appreciated and seen to be appreciated by Europe's decision-makers in particular, will Europe's citizens be drawn into allegiance to the Union. The new Europe's cultures living in propinquity and harmony with each other will be the firmest evidence of the Union's avoidance of the tyranny of the majority.

The development of a Europe-wide culture which will grow with the sense of belonging does not merely depend on the avoidance of local cultural oppression. It also requires the positive promotion of understanding through interchange of ideas, educational opportunities and artistic exposure. Despite the tendency to national introversion of the member states in addressing cultural issues, the actions that have been taken at Union level to increase the mobility of people, goods and services have surely had a spillover effect upon their appreciation of each other's culture. Who would have predicted fifty years ago that an English architect, Norman Foster, would be commissioned to redesign the

Reichstag in Berlin, or that the design of the new Scottish Parliament would be entrusted to the Spanish architect, Enrico Miralles?

The purpose of national cultural foreign policy is to promote better understanding and appreciation in the receiving countries. For Europe, too, there is a similar need and opportunity to do this, not only among themselves but together in third countries. Such a European cultural foreign policy had to wait upon the Union's self-discovery. So long as its members chose to present their actions as ad hoc functional regulation the Union had no soul. Now that the Union stands on the brink of acknowledging its large purpose and proudly proclaiming as its motto, »Unity in diversity«, it has a cultural message to export – a message of reassurance, encouragement and hope. That message is not a mere amalgam of the cultural exports of the member states, although there is no harm in different countries extending their cultural message by sharing shop window space with each other. Nor is it primarily about finding the means to expose more of the culture from the countries which can afford less than their larger partners, although that too is helpful. It is, rather, a message and a medium for communicating to a world from which more exclusive and even threatening cultural messages are being delivered. It is a message from a continent which, once wracked by wars, pestilence, poverty and self-destructive vainglory, has now found a way of living which enables and encourages its peoples freely to express themselves in richly varying forms for their own fulfilment and their neighbours' admiration.

Perhaps that will be regarded as an overstatement, or one which is premature. But, reflecting upon the enlargement of the Union to embrace twenty five member countries, all pledged to respect the Union's shared values, and contrasting the fifty years of the Union and its precursors with the fifty years which went before, it is not too soon to present such a union as a realizable goal.

Foreign cultural policy as a tool for the promotion of cultural diversity

Nina Obuljen

Research Fellow / Institute for International Relations, Zagreb, Croatia

Cultural diversity« is a term frequently quoted in discussions throughout the world concerning culture and cultural policies. However, the term is understood differently in various parts of the world. While in some countries it carries negative connotations connected to historical misuse and attempts to justify oppression, »cultural diversity« is generally associated with the promotion of multiculturalism, equal participation of all minorities, respect for »the other« and tolerance. It is linked to human rights and social cohesion, but in the European context »cultural diversity« also plays an important role in building and enhancing European citizenship and identity. In a broader context, the advocacy of cultural diversity confronts a need for more balanced exchanges between cultures, a need for reducing the negative effects of globalisation and liberalisation of trade, and a need for respect for the specific nature of cultural goods and services.

Today, cultural diversity is in fact a political concept and it is politically correct to advocate the preservation and promotion of cultural diversity. But the question still remains of whether we really know what it is we are advocating. And more importantly – do we know how to achieve it?

Article 151 of the Amsterdam Treaty explicitly talks about the need to promote cultural diversity, but there are neither guidelines nor a common position on the EU level to determine which measures and policies should be adopted in order to achieve this goal. Designing specific policies for the promotion of cultural diversity would not endanger the principle of subsidiarity as some may fear. It would simply reflect a pragmatic and functional need to achieve a higher degree of co-ordination in dealing with challenges previously not dealt with in cultural policies. This would primarily help to alleviate or reduce the negative effects that other common policies and measures have or might have on cultural diversity, as well as to deal more effectively with the consequences of globalisation and liberalisation of trade.

The study entitled »Does Europe need a foreign cultural policy?« written by Kathinka Dittrich van Weringh and Ernst Schürmann links different aspects of cultural diversity and more broadly different cultural policy issues »internally« and »externally«. As in other sectors, it is becoming more and more difficult to distinguish between what constitutes »domestic« cultural policy and what appears to concern »foreign« policy. In many fields these two previously separated topics are becoming increasingly inter-linked, which is another visible consequence of globalization. In the cultural context, a call for a common foreign cultural policy implicitly requires a common European »internal« cultural policy. And indeed, if we take cultural diversity as an example, it can surely be considered in the context of both internal and external cultural policy, and moreover, as a priority for the European Union as was well articulated in the study.

Promoting cultural diversity within the EU requires designing policies and programmes for enhancing cultural co-operation on all levels and in all directions. The study brings up some interesting ideas. One such proposes to establish a special fund that would represent a balancing force between large and small member countries. This fund would not only act as a balance but would intervene to support smaller countries which might be unable to compete in a common cultural market. Competition policy is surely one of those policies that has a major impact on culture. Several EU initiatives in the field of culture, such as the »Television without frontiers« directive or the Resolution on the fixed book price, are enabling intervention in the cultural and media markets in order to accommodate some goods and services of a more specific cultural nature. Since the early stages of European integration, there has been a consensus about the need to preserve cultural diversity. Policy-makers opted for a solution where this would remain a responsibility of the member states. While it might have been a rational choice a few decades ago, there is an obvious need today for the more active inclusion of cultural concerns in the de-

sign of other common policies, either by more systematic lobbying for specific treatment of culture in fiscal, economic, competition or tax policies or by introducing a new common cultural policy.

The issue of »the emergence of a European citizen consciousness which is lagging behind the actual integration of Europe«, as pointed by Dittrich van Weringh and Schürmann, is another topic worth discussing in the context of designing a common foreign cultural policy. The authors analyse the failure to achieve a greater cohesion on a European level and highlight the fact that »Europe«s people still know too little about each other«. While it has been perceived as a problem already in the Europe of fifteen, this will become even more evident after the enlargement; but it extends well beyond new EU borders and raises some concerns regarding managing cultural communication between the EU and the »other Europe«.

There is no doubt that even the »other Europe« is culturally, historically and geographically Europe. But it is not »Europe« politically. This division creates numerous distortions that are present in the way that cultural exchanges are taking place today. In their attempts to prove that they belong to Europe, most of the resources, both human and financial, from new member countries and especially those that remain outside the EU, are invested in presenting their cultures in big European cultural centres. They are neglecting or investing few resources in cultural exchanges with immediate neighbours or cultures from the »other Europe«. At the same time, cultural markets in these countries are flooded with imported cultural products that belong to so-called global popular culture, which leaves very little space for other types of cultural output. The ability to produce and distribute their own cultural goods and services both in their own cultural markets and within the EU is seriously limited, due to the still evident economic gap. It will take years if not decades until countries in Central and Eastern Europe achieve the same living standards as their western counterparts.

In these circumstances it is unfortunately easy to imagine the creation of new divisions, not as a result of a specific policy, but rather a consequence of the lack of policy. This has been recognised as a problem and many EU programmes, as well as programmes designed by national governments and European foundations, are striving to reverse some trends and support different types of cultural co-operation. A well-defined and detailed foreign policy which could deal with these issues, and be responsible for the EU level co-ordination of different initiatives would surely make all these efforts much more efficient. This is however another example where it will be very difficult if not impossible to differentiate between domestic and foreign policy.

The third aspect of cultural diversity that has its place on the EU agenda, both on the level of member states and the Commission, is the position of the European

Union in international trade negotiations. The famous cultural exemption (*exception culturelle*) was embraced during GATS negotiations and has remained ever since one of the trade-marks of the European cultural policy. But the approach of defending cultural exemption is not efficient enough in creating a space for cultural creation, in ensuring channels for distribution and providing environments for more balanced exchanges. Around the world, many bilateral trade and investment treaties include provisions harmful for culture, thus creating precedents and new practices in the trade of cultural goods and services. Europe has to play a proactive role in addressing these issues and can not be satisfied with only defending the principle of protection of existing cultural industries, market share, cultural content, employment and ownership. Europe should push for broader reflection on cultural diversity, including the development of cultural capacity and the use of measures of positive discrimination if this results in raising the competitiveness of cultural industries and the flourishing of cultures.

As it was pointed out in the study, a strong EU, capable of holding its ground internationally, is more a guarantor than a danger for the preservation of European national and regional cultures. The authors also write about the global competition, in which the cultural industries are caught in the crossfire of trade liberalization. They suggest that a European structure is necessary to protect and subsidize artistically creative forces as a breeding ground for these industries. In the quest for diversity it is important not to completely turn over the cultural industries to the free market, and to support comparable actions in third world countries as well. They characterize this as a part of Europe«s »soft power«. The EU is in some ways built on the principles of free circulation of people, goods and services, similar principles to those driving the WTO and free trade agenda. Some European cultural industries do have a dominant position in other markets that they will surely want to protect. In my view, some form of common policy that will integrate both cultural and foreign policy is necessary in order to clearly articulate how Europe intends to deal with the negative consequences of further liberalization, and in order to ensure that the European position in international trade negotiation reflects a general consensus of all member states and is not driven by specific industry interests.

One should read with special attention the chapter that touches upon one of the most sensitive issues in contemporary social and political debates; the threat of terrorism. Europe, as a »soft power« that does not strive for a unilateral world order, can play a pivotal role in promoting a more balanced global cultural exchange and through that also contribute to alleviating the threat of terrorism. Some European countries are investing significant resources internationally in development projects with strong cultural components that

contribute to bridging dangerous divisions in today's world. Europe is in a position where it could play an extremely important role, therefore the cultural component of foreign policy should not be neglected. While Europe still has many issues to deal with within its borders it has to continue developing its presence globally. The presented study offers numerous concrete suggestions on how to improve existing or introduce new programmes.

The study »Does Europe need a foreign cultural policy?« by Kathinka Dittrich van Weringh and Ernst Schürmann is an extremely valuable document that will surely inspire numerous reactions and debates. It seems to me that the ideas posed could resonate in Berlin or Brussels as well as in Warsaw, Zagreb and beyond. And that makes it even more valuable. One can only hope that at least some of the ideas will inspire policy-makers to use existing opportunities for initiatives and support the idea of advancing the Foreign Cultural Policy.

advertisement



**CULTURAL EUROPE
IN MOTION:
FACTS, TRENDS, ANALYSES**

For the past ten years the European Institute for Comparative Cultural Research (ERICarts) has helped to shape a dialogue on the New European Cultural Space. During this process, the Institute has successfully co-operated with individual researchers and cultural institutions from over 40 countries in Europe and world-wide.

The ERICarts Institute

- plans, co-ordinates and implements comparative cultural research projects in and outside of the EU;
- participates in the development and management of transnational projects proposed by third parties;
- constantly monitors developments in the fields of culture and the arts, cultural policy, heritage and media through the collection, analysis and presentation of specialised information and data.

Among our most recent projects are:

- CREATIVE EUROPE: On the Governance and Management of Artistic Creativity in Europe (www.creativeeurope.info)
- CULTURE GATES: Exposing Professional Gate-Keeping Processes in Music and New Media Arts (www.culturegates.info)
- COMPENDIUM OF CULTURAL POLICIES AND TRENDS IN EUROPE: A web-based information system, carried out in co-operation with the Council of Europe and individual experts from 33 European countries (www.culturalpolicies.net)
- Coming Soon CULTURE-BIZ: New Career Paths for Professionals in Film Production and Book Publishing (www.culturegates.info)

ERICarts projects are being supported by the EU and other European bodies, UNESCO, Foundations, Networks and National/Regional Governments and Institutions.

European Institute for Comparative Cultural Research (ERICarts)

President of the Board of Governors:

Dr. Ritva Mitchell, Helsinki

Executive Director: Prof. Dr. Andreas Wiesand

Dahlmannstr. 26 • D-53113 Bonn

Tel. +49.228.242.0996/7 • Fax +49.228.241.318

info@ericarts.org • <http://www.ericarts.org>

Does Europe need a complementary foreign cultural policy?

A summary of a conversation between Jacques Delors, former president of the European Commission, and Kathinka Dittrich van Weringh, June 7. 2004

We must make a clear distinction between European foreign policy and European cultural policy. External European policy is strong in terms of trade, development aid and humanitarian aid. Do not mix cultural relations with these fields of action. Cultural affairs should not be linked with EU foreign policy.«

»It is all about the European cultural space,« Jacques Delors went on to insist. Art and cultural heritage must be promoted and preserved in the spirit of diversity. If this is to be done in a way which people in Europe understand and which conveys the universal worth of these diverse treasures to the rest of the world, then we should not set ourselves too many goals at once. »Do not be too complex and too complicated,« he added. »Do not ask too much. Let us set clear priorities.«

Delors identified the following priority areas:

- **Public Awareness**

The people and peoples of the European Union should become aware of and participate in the rich cultural diversity of Europe. This could be encouraged by, for example, holding an annual cultural event in significant cities like Bologna, Prague etc., celebrating diversity-in-unity and rewarding artistic excellence on a European basis.

- **Quality in the Media**

The media play a crucial role, especially TV. Following the American example, the quality of cultural and educational TV programmes has deteriorated in the various countries of Europe. »We should work for distinctiveness, finding an equilibrium between leisure programmes and artistic and educational ones. If 'elitism' is denounced completely, then the quality and diversity of our rich cultures will be lost too.«

- **Quality in Universities**

»Europe's universities are engaged in a somewhat artificial competition. The self-critical viewpoint is neglected. Of course, the Erasmus programme

is good, but we need a more content-oriented, competitive cooperation between universities. Greater specialisation is also needed to ensure the diversity and quality of research and teaching in Europe overall.«

- **The Languages of Europe**

Europe's several languages should be promoted. So many of the essays, short stories, and novels written in one of these languages are not read and appreciated by other language communities. »Publish them in the original language and add a substantial supplement/summary in English, subsidized by the EU.«

- **Culture and Education**

The need for cooperation between the cultural and educational sectors, within Europe and with the outside world – whether in the public or private spheres, at local, regional or national level – is self-evident.

Delors feels that we neither want nor need new bureaucratic structures to achieve these goals, since »each new EU unit will take its own position and will not move away from it.« He proposes instead that the EU appoint a strong Commissioner for cultural and educational affairs who would also be Vice President of the Commission. This would send a clear signal that the EU regards culture, the arts and education, both within and beyond its borders, as an absolute priority.

Does Europe need a complementary cultural foreign policy?

A summary of a conversation between Anne-Marie Autissier, cultural journalist and university lecturer and Kathinka Dittrich van Weringh, June 7. 2004

A complementary European foreign cultural policy is a major issue to me, may be even more important than a cultural policy for Europe«, says Anne-Marie Autissier as an opening statement.

According to her the EU must and can design guidelines for action in this area, based on the experiences of the existing wide range of cultural initiatives in Europe that are working in a global scope.

There are, she explains, many networks, that cities in Europe, big or small, developed in a global context. Just think of »Luci«, or all the many twin-cities.

There are the cultural European networks, which – by now – reach far beyond Europe, such as IETM (Informal European Theatre Meeting), to name just one out of many.

There are regions in Europe, such as the ›working area‹ of the Nordic Council – others could be named – that cooperate far beyond their originally designed »territory«.

When it comes to the role of the cultural mediators of the individual nation states – be they embassies or cultural institutes such as the British Council, the Institut Francais, the Goethe- Institut, the Instituto Cervantes and about 15 others, Anne-Marie Autissier becomes hesitant. »They are very, very, very slow in realizing that the world does not function any longer in bilateral terms, that they have to rethink and restructure their national cultural »export«-mission into a multilateral and trust-building mission based on mutuality in the global context of today. For this criticism I might be considered in France as a Jeanne d`Arc.«

Since Anne-Marie Autissier is an optimistic, but critical realist (such hybrids exist), she acknowledges that even within the system of a »very old-fashioned cultural diplomacy some signs of trust-building cultural relations emerge:

For example through AFAA, the French Ministry of Culture and the French Ministry for Foreign Affairs joined their efforts in a programme called »Afrique en création«. This programme does not only promote

French artists in Africa but helps African artists to be present on the European, the international scene.

And she mentions another example: »The Swedish Institute maintains very few buildings abroad – different from what other foreign cultural mediators do. They have very interesting short missions: I met a non diplomatic Swedish person, who had been asked to map the contemporary art-scene in South East Europe, to find out what could done in collaboration, how it could be interconnected with the European art-scene. This project was much cheaper and much more effective than maintaining many local Swedish representations«.

»At the EU level«, Anne-Marie Autissier comments critically, »programmes with a cultural component are neither coordinated, nor integrated in the general EU policy, though the EU competence is there, according to article 151 in the Maastricht/Amsterdam treaty«.

To sum up:

In her view there are many possibilities and chances for an improved internal and thus external cultural cooperation on the basis of experiences that grew »bottom up«, that emerged from the various sectors of the cultural field, mostly private, sometimes public.

And: »We certainly do not need new bureaucratic structures, but bridges. It is not a question of money, in the first place, but of vision!«

Dr. Kathinka Dittrich van Weringh

arbeitete von 1967 bis 1994 für das Goethe-Institut in Barcelona, New York, Amsterdam, der Zentrale in München und zuletzt als Gründungsleiterin in Moskau. Von 1994 bis 1998 war sie Kulturdezernentin der Stadt Köln. Heute ist sie Kuratoriumsvorsitzende der Europäischen Kulturstiftung.

Lord Robert Maclennan of Rogart

Gegenwärtig Regierungssprecher der Liberal-Demokraten für Europäische Angelegenheiten (House of Lords, Grossbritannien). Vormalig Vertreter der Liberal-Demokraten im Europäischen Konvent; von 1997 bis 2001 liberal-demokratischer Regierungssprecher für Verfassungsangelegenheiten und Kultur (Parlament, Grossbritannien); von 1994 bis 1997 Sprecher für Verfassungsangelegenheiten (Kunst und Medien); von 1994 bis 1998 Vorsitzender der Liberal-Demokratischen Partei Grossbritanniens.

Nina Obulyen

Gegenwärtig Research Fellow am Institut für Internationale Beziehungen Zagreb, Kroatien, und Mitglied des Vorstandes des Internationalen Netzwerks für kulturelle Vielfalt (International Network for Cultural Diversity, INCD). Vormalig Kabinettsleiterin des Kulturministers der Kroatischen Republik, sowie UNESCO-Koordinatorin des kroatischen Aussenministeriums.

Ernst Schürmann

arbeitete von 1966 bis 1996 für das Goethe-Institut in Helsinki, Teheran, Kabul, San Francisco, Bangkok und zuletzt als Leiter der Abteilung Planung und Kontrolle in der Zentrale des Goethe-Instituts in München.

Dr. Kathinka Dittrich van Weringh

worked from 1967 to 1994 for the Goethe-Institut in Barcelona, New York, Amsterdam, at the central office in Munich, and finally as founding director in Moscow. From 1994 to 1998 she was head of the cultural department for the city of Cologne. Currently she is committee chairperson of the European Cultural Foundation.

Lord Robert Maclennan of Rogart

Currently the Liberal Democrat spokesperson on Europe (House of Lords, UK). Formerly Liberal Democrat's representative on the European Convention; Liberal Democrat Spokesperson for Constitutional Affairs and Culture 1997 to 2001 (Parliament, UK); Spokesperson for Constitutional Affairs (Arts and Broadcasting) 1994 to 97; President, Liberal Democrat Party 1994 to 98.

Nina Obulyen

Currently research fellow at the Institute for International Relations, and Member of the Steering Committee of the International Network for Cultural Diversity. Formerly Chief of Cabinet to the Minister of Culture of the Republic of Croatia, and Coordinator for UNESCO at the Ministry of Foreign Affairs, Republic of Croatia.

Ernst Schürmann

worked from 1966 to 1996 for the Goethe-Institut in Helsinki, Teheran, Kabul, San Francisco, Bangkok, and finally as director of the planning and controlling department in the central office of the Goethe-Institut in Munich.

Kulturpolitische Gesellschaft e.V.

»Kulturpolitik findet im Kontext öffentlicher Kommunikation statt.
Hier erfährt sie ihre Begründung, ihre Kritik und ihre Reformimpulse.«

Die Kulturpolitische Gesellschaft ist eine bundesweite Vereinigung für die konzeptionelle und praktische Weiterentwicklung der Kulturpolitik. Sie wurde 1976 in Hamburg gegründet und hat ihren Sitz seit 1996 in der Bundesstadt Bonn. Gründung und Aufbau der Vereinigung waren seinerzeit durch das Motiv bestimmt, das reformpolitische Engagement der 70er Jahre (Stichwort: »Mehr Demokratie wagen«) auch im Kulturbereich zur Geltung zu bringen. Mit der Bildung eines unabhängigen Forums sollte Kulturpolitik im Kontext öffentlicher Kommunikation weiterentwickelt werden.

Die Kulturpolitische Gesellschaft ist daher kein berufsständischer Interessenverband und auch an keine Partei, Kirche oder Gewerkschaft gebunden. Sie versteht sich als überparteiliche Instanz, die sich für eine zeitgemäße und demokratische Kulturpolitik engagiert, damit Kunst und Kultur die ihr angemessene Förderung in der Gesellschaft erfahren können. Seit mehr als fünfundzwanzig Jahren setzt sie sich ein für die Entwicklung kultureller Chancengleichheit sowie für neue Formen und Orte der kulturellen (Selbst-)Darstellung und Begegnung, damit eine möglichst plurale Trägerstruktur kunstschaftender und -vermittelnder Einrichtungen entstehen und gesichert werden kann.

Zu den zahlreichen Aktivitäten der Kulturpolitischen Gesellschaft gehören:

- Fachtagungen zu den verschiedensten kulturpolitischen Themen sowie die Durchführung eines kulturpolitischen Bundeskongresses im Zweijahresrhythmus;
- Herausgabe von Publikationen; hierzu zählen u.a.:
 - die Kulturpolitischen Mitteilungen, Zeitschrift für Kulturpolitik,
 - das Jahrbuch für Kulturpolitik,
 - die Schriftenreihen »Edition Umbuch« und
 - »Dokumentationen« zu den unterschiedlichsten kulturellen Themen,
- Trägerschaft des Cultural Contact Point (CCP) – zusammen mit dem Deutschen Kulturrat – als Informations- und Beratungsstelle zu europäischen Kulturförderprogrammen.

Bei ihren vielfältigen Aufgaben kann sich die Kulturpolitische Gesellschaft auf ihr »Institut für Kulturpolitik« (IfK) stützen. Das IfK betreibt wissenschaftliche Politikberatung und anwendungsbezogene Kulturpolitikforschung im Rahmen der Aktivitäten der Kulturpolitischen Gesellschaft.



Kulturpolitische Gesellschaft e.V.

Kulturpolitische Gesellschaft e.V.

Weberstr. 59a

53113 Bonn

Tel. 0228/201 67-0

Fax 0228/201 67 33

post@kupoge.de

www.kupoge.de

Kulturpolitische Mitteilungen – Die Zeitschrift für Kulturpolitik

Die *Kulturpolitischen Mitteilungen*, die Zeitschrift für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft, bringen viermal im Jahr aktuelle Informationen über allgemeine kulturpolitische Trends und Entwicklungen, praxisnahe Berichte und Reportagen und fundierte Auseinandersetzungen zu zentralen Themen und Praxisfeldern der Kultur und Kulturpolitik sowie Rezensionen und Nachrichten.

ISSN 0722-4591 • DIN A 4 • 64–80 Seiten
Einzelheft 6,50 € • Jahresabo 34 € • für Mitglieder kostenlos

Schwerpunktthemen der letzten Hefte:

Theaterdebatte (105 II/2004) • Medienkunst (104 I/2004) • Sparen als Politikersatz – Teil II (103 IV/2003) • inter.kultur.politik (102 III/2003) • Musik als Wirtschaft (101 II/2003) • Zukunft Kulturpolitik (100 I/2003) • Kulturpolitik in den »neuen« Ländern (99 IV/2002) • Vier Jahre Bundeskulturpolitik (98 III/2002) • Kultur der Nachhaltigkeit – nachhaltige Kultur? • Baukultur (96 I/2002) • kunst.macht.kulturpolitik (95 IV/2001) Kulturelle Bildung (94 III/2001) • 25 Jahre Kulturpolitische Gesellschaft (93 II/2001) • Nationalkultur – Leitkultur (92 I/2001) • Weltkultur – Multikultur – Leitkultur (91 IV/2000) • Kulturpolitik in der Bürgergesellschaft (90 III/2000) • Kulturpolitik – Kommunale Perspektiven (89 II/2000) • Interessenpolitik in Europa (88 I/2000) • Kultur und Konflikt (87 IV/1999)



Jahrbuch für Kulturpolitik 2004 • Band 4, Thema: Theaterdebatte

Herausgegeben für das Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft von Bernd Wagner

Kulturstatistik • Chronik • Literatur • Adressen

450 Seiten, 19,90 Euro, Essen: Klartext Verlag, ISBN 3-89861-297-X

Proteste von Theatern gegen die Kürzung ihrer Mittel, Fusionen und Sparten- bzw. Spielstättenschließungen sind gegenwärtig ebenso häufig wie Tagungen und Kongresse zur Zukunft des deutschen Theaters. Im Mittelpunkt stehen dabei der Druck der öffentlichen Haushalte auf die Theater und, zumindest teilweise, der Zusammenhang von Theaterfinanzierung und Reformbedarf an den Theatern.

Die notwendigen Strukturveränderungen von Theatern sind aber nicht allein eine Frage der steigenden Kosten bzw. zurückgehender öffentlicher Mittel, sondern auch veränderter künstlerischer Produktionsweise und Rezeptionsformen sowie eines durch neue Medien, wachsende Freizeitindustrie und Globalisierung weitgehend veränderten kulturellen Umfeldes.

Gegenstand der Beiträge dieses Jahrbuches sind die verschiedenen Dimensionen der Theaterlandschaft in Deutschland und ihrer Strukturveränderung. Im Zentrum steht dabei das »deutsche Stadt- und Staatstheatersystem« mit Mehrspartenbetrieb, Ensemble und Repertoire und seiner unvergleichlichen Dichte des Theaterangebotes, aber auch die oft fehlende Kooperation, Abstimmung und Arbeitsteilung sowohl zwischen den Stadttheatern untereinander als auch zwischen ihnen und anderen Theatern. Es werden darüber hinaus auch andere Produktionsformen etwa im freien Bereich und in anderen europäischen Ländern betrachtet in Hinblick auf mögliche Anregungen für organisatorische und strukturelle Reformen.

Mit Beiträgen u.a. von Rolf Bolwin, Cornelia Dümcke, Henning Fülle, Peter Frankenberg, Monika Griefahn, Kirsten Hass, Peter Iden, Armin Klein, Hans-Georg Küppers und Thomas Konietzka, Knut Nevermann, Günter Nooke, Hans-Joachim Otto, Klaus Pierwoß, David Ranan, Udo Salzbrenner, Roland Schneider, Wolfgang Schneider, Oliver Scheytt, Dietmar N. Schmidt, Tom Stromberg, Alice Ströver, Peter Vermeulen, Michael Vesper, Antje Vollmer, Johanna Wanka und Christina Weiss.

Zusätzlich zum Schwerpunkt enthält das Jahrbuch Beiträge zur Kulturstatistik, eine kulturpolitische Chronik des Jahres 2003 sowie eine Bibliografie und wichtige Adressen zur Kultur und Kulturpolitik.



Kulturpolitische Gesellschaft eV.

Weberstr. 59a • 53113 Bonn

T 0228-201 67-0 • F 0228/201 67-33 • post@kupoge.de • www.kupoge.de



«Jetzt, da die Europäische Union an der Schwelle steht, ihre Ziele höher zu setzen und stolz als ihr Motto verkündet «Einheit in Vielfalt», hat sie eine kulturelle Botschaft zu exportieren – eine Botschaft der Beruhigung, der Ermutigung und der Hoffnung. (...) Es geht um eine Botschaft an eine Welt, aus der ausgrenzende, ja bedrohliche kulturelle Signale kommen: Hier ist ein Kontinent, der nach vernichtenden Kriegen und Seuchen, nach tiefster Armut und selbstzerstörerischer Überheblichkeit einen Modus des Zusammenlebens gefunden hat, in dem die Menschen nach eigenem Gutdünken frei leben und ihre Nachbarn achten dürfen.»

«Now that the Union stands on the brink of acknowledging its large purpose and proudly proclaiming as its motto, «Unity in diversity», it has a cultural message to export – a message of reassurance, encouragement and hope. (...) It is, rather, a message and a medium for communicating to a world from which more exclusive and even threatening cultural messages are being delivered. It is a message from a continent which, once wracked by wars, pestilence, poverty and self-destructive vainglory, has now found a way of living which enables and encourages its peoples freely to express themselves in richly varying forms for their own fulfilment and their neighbours' admiration.»

Lord Maclean of Rogart
House of Lords, United Kingdom

Die Studie erscheint als Beiheft 3 der Kulturpolitischen Mitteilungen, der Zeitschrift für Kulturpolitik, die vom Vorstand der Kulturpolitischen Gesellschaft herausgegeben wird.

The study will be published as additional instalment No. 3 of the Kulturpolitische Mitteilungen, the periodical for cultural policy which is edited by the board of the Association of Cultural Policy.

Mit freundlicher Unterstützung
Kindly supported by

Goethe-Institut
Europäische Kulturstiftung (ECF)